

- **Aufschwung der Industriekonjunktur verlangsamt sich**
- **Geschäftstätigkeit durch Arbeitskräftemangel und Lieferengpässe beeinträchtigt.** Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Oktober 2021
- **COVID-19-Krise beschert heimischem Tourismus herbe Verluste**
- **Steuerreform 2022/2024 – Maßnahmenüberblick und erste Einschätzung**
- **Dekarbonisierung als ein Treiber des Wandels der österreichischen Kfz-Zulieferindustrie**

WIFO ■ MONATSBERICHTE

Mission Statement

Die Mission des WIFO ist es, durch den Brückenbau zwischen akademischer Grundlagenforschung und wirtschaftspolitischer Anwendung zur Lösung sozioökonomischer Herausforderungen beizutragen und sachliche Grundlagen für Entscheidungen in Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen. Die WIFO-Monatsberichte veröffentlichen Forschungsergebnisse des WIFO und Beiträge zur nationalen und internationalen Wirtschaftsentwicklung auf der Grundlage wissenschaftlich fundierter Analysen. Sie tragen damit zur Erfüllung dieser Mission bei.

Die in den Monatsberichten veröffentlichten Beiträge werden von den jeweiligen Autorinnen und Autoren gezeichnet. Beiträge von WIFO-Ökonominen und -Ökonomen entstehen unter Mitwirkung des Institutsteams; für den Inhalt ist das WIFO verantwortlich. Beiträge externer Autorinnen und Autoren repräsentieren nicht zwingend die Institutsmeinung.

Beiträge aus diesem Heft werden in die EconLit-Datenbank des "Journal of Economic Literature" aufgenommen.

Editorial Board

Univ.-Prof. Dr. Jesús Crespo Cuaresma, Wirtschaftsuniversität Wien

Univ.-Prof. Dr. Claudia Kemfert, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Univ.-Prof. Philipp Schmidt-Dengler, PhD, Universität Wien

Univ.-Prof. Dr. Jens Südekum, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Univ.-Prof. Dr. Andrea Weber, Central European University

Impressum

Herausgeber: Gabriel Felbermayr

Medieninhaber (Verleger) und Redaktion:
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
A-1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Telefon +43 1 798 26 01-0,
Fax +43 1 798 93 86, <https://www.wifo.ac.at>

Satz: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Druck: Medienfabrik Graz, Dreihackengasse 20,
A-8020 Graz

Chefredakteur: Hans Pitlik

Lektorat: Christoph Lorenz • **Technische Redaktion:**
Tamara Fellinger, Tatjana Weber

Kontakt: redaktion@wifo.ac.at

Preise 2021

Jahrgang (12 Hefte, Printversion): 270 € • Einzelheft (Printversion): 27,50 €

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber (Verleger): Verein "Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung" • **Geschäftsführer:** Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD • **Vereinszweck:** Laufende Analyse der Wirtschaftsentwicklung im In- und Ausland, Untersuchung spezieller ökonomischer Problemstellungen nach dem Grundsatz der Objektivität auf wissenschaftlicher Basis, Veröffentlichung der Ergebnisse



94. Jahrgang, Heft 11/2021

783-790 ■ **Aufschwung der Industriekonjunktur verlangsamt sich**

Sandra Bilek-Steindl

Nachdem sich die Weltwirtschaft sehr rasch vom Einbruch durch die COVID-19-Krise erholt hatte, verlor die Dynamik zuletzt an Schwung. Vor allem in der Industrie wird der Aufschwung durch Material- und Lieferengpässe gedämpft. Vertrauensindikatoren liegen jedoch weiterhin auf hohem Niveau. In Österreich wuchs die Wirtschaftsleistung im III. Quartal 2021 robust. Getragen wurde dieses Wachstum von einem kräftigen Anstieg der Konsumnachfrage der privaten Haushalte. Auch die stark vom privaten Konsum abhängigen Dienstleistungsbereiche expandierten deutlich. Die Ausweitung der Beschäftigung setzt sich fort. Mit dem Anstieg der Rohstoffpreise beschleunigte sich die Inflation im Oktober weiter.

Upturn in the Industrial Economy Slows Down

791 ■ **Konjunkturberichterstattung: Methodische Hinweise und Kurzglossar**

793-802 ■ **Geschäftstätigkeit durch Arbeitskräftemangel und Lieferengpässe beeinträchtigt. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Oktober 2021**

Werner Hölzl, Jürgen Bierbaumer, Michael Klien, Agnes Kügler

Die Lagebeurteilungen der österreichischen Unternehmen deuteten im Oktober in allen Sektoren bis auf den Einzelhandel auf eine stabile Entwicklung der Konjunktur. Die WIFO-Konjunkturampel sprang dennoch auf Rot. Dies lässt erkennen, dass der Höhepunkt des konjunkturellen Aufschwungs bereits erreicht sein dürfte. Die Kapazitätsauslastung sank in der Sachgütererzeugung leicht, blieb aber in allen Sektoren überdurchschnittlich. Als wichtigstes Hemmnis der Geschäftstätigkeit wurde wie im Vorquartal der "Mangel an Arbeitskräften" genannt. In der Sachgütererzeugung, der Bauwirtschaft und im Einzelhandel hemmt daneben eine durch Lieferengpässe hervorgerufene Knappheit an Material und Vorprodukten die Geschäftstätigkeit.

Labour Shortages and Supply Bottlenecks Hamper Business Activity. Results of the WIFO-Konjunkturtest Quarterly Survey of October 2021

803-813 ■ **COVID-19-Krise beschert heimischem Tourismus herbe Verluste**

Oliver Fritz, Anna Burton, Sabine Ehn-Fragner

Lockdowns, Einreise- und Flugbeschränkungen sowie die allgemeine Verunsicherung der Gäste bescherten der heimischen Tourismuswirtschaft seit März 2020 herbe Verluste. Nach einer kurzen Atempause im Sommer 2020 entfiel die Wintersaison 2020/21 zur Gänze. Seit der Öffnung der Beherbergungsbetriebe im Mai 2021 gewann die Nachfrage zwar wieder an Schwung. Die Aussichten für die Wintersaison 2021/22 trüben sich jedoch angesichts der deutlichen Zunahme des Infektionsgeschehens, der Verschärfung der behördlichen Restriktionen und der Reisewarnungen für Österreich immer mehr ein.

COVID-19 Crisis Causes Heavy Losses for Domestic Tourism

815-827 ■ **Steuerreform 2022/2024 – Maßnahmenüberblick und erste Einschätzung**

Claudia Kettner-Marx, Simon Loretz, Margit Schratzenstaller

Die ökosoziale Steuerreform 2022/2024 reduziert deutlich die Abgabenbelastung durch die Senkung der Lohn- und Einkommensteuer, der Unternehmensbesteuerung und der Krankenversicherungsbeiträge. Das Entlastungsvolumen erreicht 2025 7,8 Mrd. € (1,6% des BIP) pro Jahr, die jährliche Nettoentlastung beträgt dann rund 6,1 Mrd. € (1,2% des BIP). Gleichzeitig verringert die Reform einige der strukturellen Ungleichgewichte im österreichischen Abgabensystem. Mitte 2022 wird eine CO₂-Bepreisung (einschließlich Kompensationsmechanismen) eingeführt. Die Senkung der Krankenversicherungsbeiträge verringert die hohe Abgabenlast für Personen mit geringem Einkommen. Zudem schafft die Reduktion der Lohn- und Einkommensteuer einen Ausgleich für die kalte Progression.

Tax Reform 2022-2024 – Overview of Measures and Initial Assessment

829-839 ■ **Dekarbonisierung als ein Treiber des Wandels der österreichischen Kfz-Zulieferindustrie**

Birgit Meyer, Klaus S. Friesenbichler (WIFO), Mario Hirz (TU Graz)

Die Dekarbonisierung der Fahrzeugflotten stellt die Kfz-Zulieferindustrie und somit auch den Produktionsstandort Österreich vor Herausforderungen. Das Bestreben, die CO₂-Emissionen zu verringern, ist mittlerweile ein zentraler Treiber des Strukturwandels in der Kfz-Branche. Dieser Strukturwandel eröffnet zwar neue Märkte und Absatzchancen. Er birgt jedoch auch Risiken und wird zu gestrandeten Investitionen führen. Um unerwünschte Folgen hintanzuhalten, empfiehlt der vorliegende Beitrag wirtschaftspolitische Ansätze, die um Planungssicherheit, die Konsistenz des Maßnahmenmix, Diversifizierung sowie Aus- und Weiterbildung kreisen.

Decarbonisation as a Driver of Change in the Austrian Automotive Supply Industry

841-842 ■ **Errata zu "Starker privater Konsum treibt das Wirtschaftswachstum. Mittelfristige Prognose 2022 bis 2026 unter Berücksichtigung der Steuerreform 2022/2024"**

Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Marian Fink, Hans Pitlik, Silvia Rocha-Akis

WIFO-Monatsberichte, 2021, 94(10), S. 715: Im ersten Querleserkasten wurde die Jahreszahl geändert. S. 732: Im dritten Absatz von Kapitel 5 wurde das Quartal korrigiert.

843-855 ■ **Kennzahlen zur Wirtschaftslage**

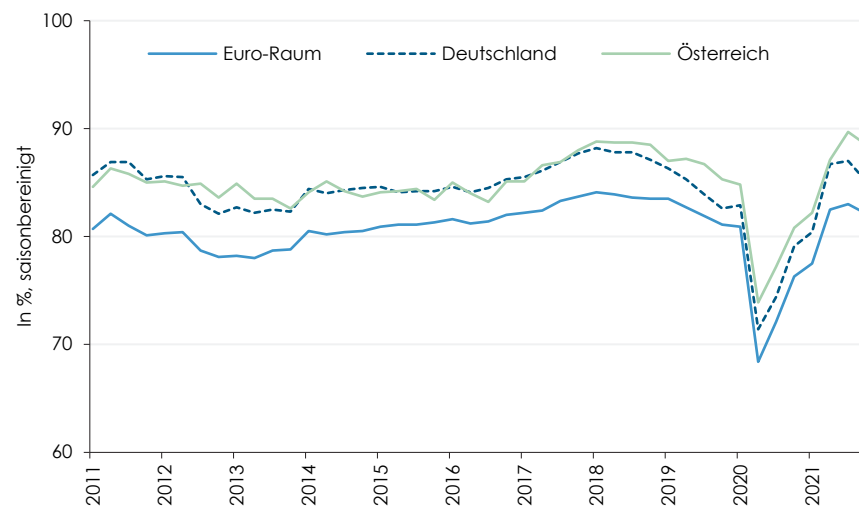
Economic Indicators

Aufschwung der Industriekonjunktur verlangsamt sich

Sandra Bilek-Steindl

- In den Sommermonaten schwächte sich die Dynamik im Welthandel und in der weltweiten Industrieproduktion ab.
- Kapazitäts- und Lieferengpässe bei Rohstoffen und Vorprodukten dämpfen die Industriekonjunktur.
- Der Anstieg der Energiepreise beschleunigt die Inflation in den USA, im Euro-Raum und in Österreich.
- Der Aufschwung der heimischen Industriekonjunktur verlangsamt sich zuletzt. Das robuste BIP-Wachstum im III. Quartal wurde vom privaten Konsum und den Dienstleistungen getragen.
- Laut WIFO-Konjunkturtest vom Oktober bleibt die Konjunkturdynamik auf hohem Niveau, wenngleich mehr Unternehmen Materialmängel als Produktionshemmnis beklagten.

Auslastung der Produktionskapazität in der Industrie



"Infolge von Lieferengpässen und Rohstoffknappheit meldet ein wachsender Anteil der Sachgütererzeuger eine sinkende Auslastung der Produktionskapazitäten."

Gemäß den Umfragen der Europäischen Kommission von Oktober 2021 ging die Kapazitätsauslastung in der Industrie leicht zurück, blieb aber auf hohem Niveau (Q: Business Survey, Europäische Kommission; Macrobond; WIFO-Berechnungen).

Aufschwung der Industriekonjunktur verlangsamt sich

Sandra Bilek-Steindl

Aufschwung der Industriekonjunktur verlangsamt sich

Nachdem sich die Weltwirtschaft sehr rasch vom Einbruch durch die COVID-19-Krise erholt hatte, verlor die Dynamik zuletzt an Schwung. Vor allem in der Industrie wird der Aufschwung durch Material- und Lieferengpässe gedämpft. Vertrauensindikatoren liegen jedoch weiterhin auf hohem Niveau. In Österreich wuchs die Wirtschaftsleistung im III. Quartal 2021 robust. Getragen wurde dieses Wachstum von einem kräftigen Anstieg der Konsumnachfrage der privaten Haushalte. Auch die stark vom privaten Konsum abhängigen Dienstleistungsbereiche expandierten deutlich. Die Ausweitung der Beschäftigung setzt sich fort. Mit dem Anstieg der Rohstoffpreise beschleunigte sich die Inflation im Oktober weiter.

JEL-Codes: E32, E66 • **Keywords:** Konjunkturbericht, Konjunkturprognose

Der Konjunkturbericht entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des WIFO. Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <https://www.wifo.ac.at/wwadocs/form/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf>

Wissenschaftliche Assistenz: Astrid Czaloun (astrid.czaloun@wifo.ac.at), Christine Kaufmann (christine.kaufmann@wifo.ac.at), Martha Steiner (martha.steiner@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 9. 11. 2021

Kontakt: Mag. Sandra Bilek-Steindl (sandra.bilek-steindl@wifo.ac.at)

Upturn in the Industrial Economy Slows Down

After the global economy had recovered very quickly from the slump caused by the COVID-19 crisis, the development recently lost momentum. Especially in industry, the upswing is being dampened by material and supply bottlenecks. Confidence indicators, however, remain at a high level. In Austria, economic output grew robustly in the third quarter of 2021. This growth was driven by a strong increase in consumer demand from private households. The service sectors, which are strongly dependent on private consumption, also expanded significantly. The expansion of employment continues. With the rise in commodity prices, inflation accelerated further in October.

Nach einer Phase kräftiger Erholung verloren der Welthandel und die weltweite Industrieproduktion in den Sommermonaten 2021 an Schwung. In China schwächt sich das Wirtschaftswachstum bereits seit Anfang 2021 ab.

In den USA flaute das BIP-Wachstum mit dem Auslaufen fiskalischer Impulse im III. Quartal ab (+0,5% gegenüber dem Vorquartal), nachdem diese im 1. Halbjahr den Konsum belebt hatten. Die Arbeitslosigkeit sank im Oktober weiter auf 4,6%, den tiefsten Wert seit April 2020.

Im Euro-Raum wuchs die Wirtschaft im III. Quartal robust, das BIP stieg um 2,2%. Hier dürfte der Konsum der privaten Haushalte erneut die tragende Säule gewesen sein. Die Industriekonjunktur verlor dagegen an Fahrt. Nachdem der Produktionsindex für den Euro-Raum im Juni und Juli 2021 gegenüber dem Vormonat noch angestiegen war, sank er im August um 1,6%. Gemäß den Umfragen der Europäischen Kommission von Oktober 2021 meldeten die Industrieunternehmen eine sinkende Auslastung ihrer Produktionskapazitäten.

Der Arbeitsmarkt entwickelt sich hingegen nach wie vor günstig. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im Euro-Raum sank im September auf 7,4%.

Bei Energierohstoffen hielt der Preisanstieg an. Im Oktober notierte ein Barrel Rohöl der Sorte Brent bei 84 \$, nach 55 \$ Anfang 2021. Auch der Preis für Erdgas stieg zuletzt markant. Mit dem Anstieg der Rohstoffpreise zogen auch die Verbraucherpreise an. Im Euro-Raum beschleunigte sich die Inflation laut ersten Schätzungen im Oktober auf 4,1%, in Deutschland auf 4,6%.

Die deutsche Industrie leidet weiterhin unter dem Mangel an Vorprodukten. Der Produktionsindex sank im August und September gegenüber dem Vormonat.

Auch in Österreich melden immer mehr Sachgütererzeuger einen Mangel an Material als primäres Produktionshemmnis. Im Oktober stieg der entsprechende Anteil auf 42% der befragten Unternehmen. Der Aufschwung der Industriekonjunktur verlangsamte sich zuletzt. Auch in der Bauwirtschaft setzte sich die hohe Dynamik aus dem 1. Halbjahr nicht fort.

Im III. Quartal stützten vor allem der Tourismus und andere Dienstleistungsbereiche das heimische Wirtschaftswachstum. Diese Sektoren profitierten von der weiteren Lockerung der COVID-19-Maßnahmen über den Sommer. Gemäß ersten Berechnungen stieg das BIP im III. Quartal um 3,3% gegenüber der Vorperiode.

Im Zuge des Aufschwungs der Konjunktur setzte sich im Oktober der Beschäftigungszuwachs fort und die Arbeitslosigkeit ging

weiter zurück. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote gemäß nationaler Berechnung sank nach vorläufigen Zahlen auf 7,1%.

Der Anstieg der Treibstoffpreise trieb im Oktober weiterhin die Verbraucherpreise. Gemäß der Vorausschätzung von Statistik Austria beschleunigte sich die Inflation laut VPI auf 3,6%, den höchsten Wert seit November 2011.

1. Erholung der Weltwirtschaft verliert an Schwung

Die Erholung der Weltwirtschaft verlangsamte sich infolge von Lieferengpässen weiter. Laut CPB schrumpfte der Welthandel nach einer Phase kräftiger Expansion im Sommer (Juni bis August 2021) um durchschnittlich 0,9% gegenüber dem Durchschnitt der Monate März bis Mai. Über den Sommer schwächte sich auch das Wachstum der weltweiten Industrieproduktion auf 0,3% ab. Regional zeigen sich bereits länger unterschiedliche Muster; so verzeichneten die Schwellenländer bereits im II. Quartal Rückgänge bei Exporten und Produktion.

In China verliert das Wirtschaftswachstum schon seit Anfang 2021 an Schwung; die Wachstumsraten liegen unter jenen vor der Pandemie, wobei erneute COVID-19-Ausbrüche und die hohen Rohstoffpreise die Dynamik dämpften. Die Null-COVID-Strategie der chinesischen Regierung führte bei ansteigenden Fallzahlen im Sommer 2021 zu Einschränkungen und regionalen Lockdowns. Ausfälle in der Energieversorgung wirkten sich negativ auf Produktion und Exporte aus. Demgemäß wuchs das chinesische BIP im III. Quartal nur mehr um 4,9%

gegenüber dem Vorjahresquartal. Ende Oktober stieg allerdings der PMI für China wieder leicht an und lag mit 50,6% an der Schwelle von 50%, welche eine Ausweitung der Industrieproduktion signalisiert.

Der Anstieg der Rohstoffpreise setzte sich im Oktober mit erhöhter Dynamik fort. Der HWWI-Index der Weltmarktrohstoffpreise, der Nahrungs- und Genussmittel sowie Energie- und Industrierohstoffe umfasst, lag bis Oktober 2021 um durchschnittlich 76% über dem Vorjahreswert (Euro-Basis +67%) und um fast 100% über dem Vorkrisenniveau von Februar 2020. Der Großteil dieses Zuwachses geht auf die Verteuerung von Energierohstoffen zurück. Zwischenzeitlich sind die Preise einiger Rohstoffe – etwa von Industrie- oder Agrarrohstoffen – wieder leicht gesunken, jene für Energie stiegen hingegen zuletzt weiter. Im Oktober 2021 notierte ein Barrel Rohöl der Sorte Brent bei 84 \$, nach 55 \$ Anfang des Jahres. Diese Verteuerung folgte u. a. daraus, dass die Fördermenge nicht im selben Ausmaß ausgeweitet wurde, wie die Nachfrage zunahm. Mit der Nachfrage stieg zuletzt auch der Preis für Erdgas deutlich.

Angebotsengpässe und ein erneuter Anstieg der COVID-19-Infektionen bremsen die Dynamik des Welthandels.

Infolge von Angebotsengpässen ziehen die Energiepreise weiter an.

2. Wachstum in den USA flaut ab

In den USA wuchs die Wirtschaft im III. Quartal um 0,5%. Die hohe Dynamik der ersten beiden Quartale (I. Quartal +1,5%, II. Quartal +1,6%), in denen fiskalische Impulse den privaten Konsum belebt hatten, setzte sich somit nicht fort. Aufgrund der im 1. Halbjahr 2021 getätigten Vorziehkäufe war im III. Quartal vor allem der Konsum von Gebrauchsgütern rückläufig. Darüber hinaus dämpfte auch der verstärkte Preisauftrieb den privaten Konsum. Während dieser im III. Quartal dennoch einen positiven Wachstumsbeitrag lieferte, ging die Exportnachfrage zurück.

Aktuelle Konjunkturindikatoren zeichnen ein gemischtes Bild. Der nationale Einkaufsmanagerindex (ISM) für das verarbeitende Gewerbe sank im Oktober leicht, lag aber mit 60,8 Punkten weiterhin deutlich über der Expansionsmarke von 50 Punkten. Das Ver-

brauchervertrauen (laut Conference Board) nahm hingegen nach einem Rückgang in den 3 Monaten zuvor im Oktober wieder etwas zu.

Während sich der Beschäftigungsaufbau im Oktober fortsetzte, sank die Arbeitslosigkeit weiter auf 4,6% (September 4,9%), den tiefsten Wert seit April 2020. Damit lag sie jedoch noch über dem Vorkrisenniveau (Februar 2020 3,5%). Die Beschäftigung wurde sowohl in Dienstleistungsbereichen als auch in der Industrie ausgeweitet.

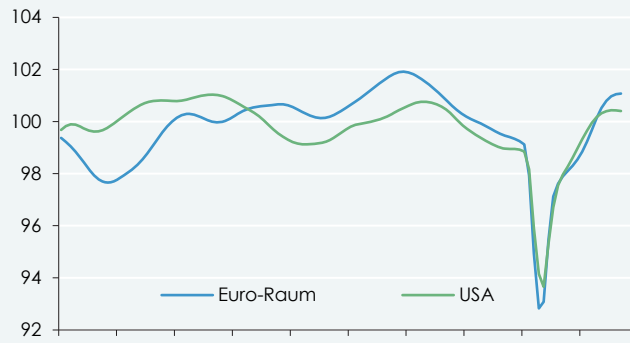
Die Inflation, die im April 2021 sprunghaft angezogen war, blieb zuletzt hoch (5,4% im September 2021). Neben der Verteuerung von Rohstoffen trieben Lieferengpässe und Unterbrechungen der Transportketten die Preise von Industriegütern.

Nachdem die Wirtschaft in den USA im 1. Halbjahr 2021 durch fiskalische Impulse gestützt worden war, schwächte sich das Wachstum im III. Quartal ab.

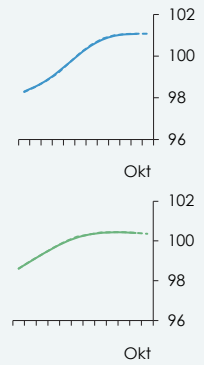
Abbildung 1: **Internationale Konjunktur**

Saisonbereinigt, 2015 = 100, gleitende Dreimonatsdurchschnitte

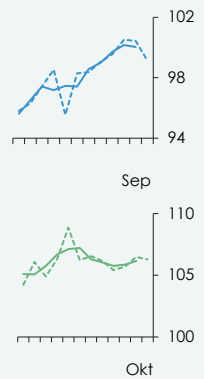
Leading indicators – Amplitude



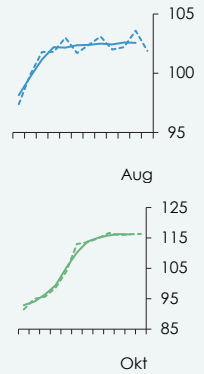
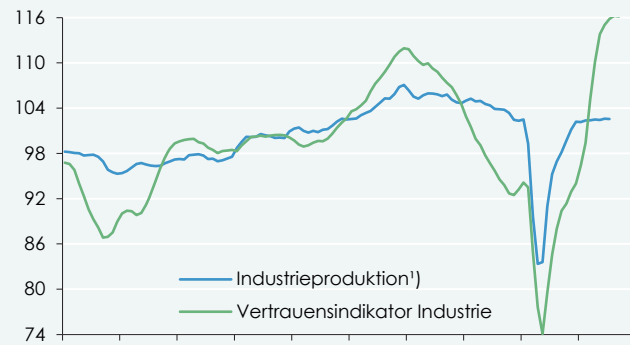
Entwicklung in den letzten 12 Monaten



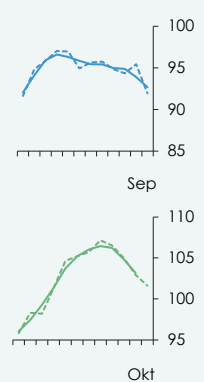
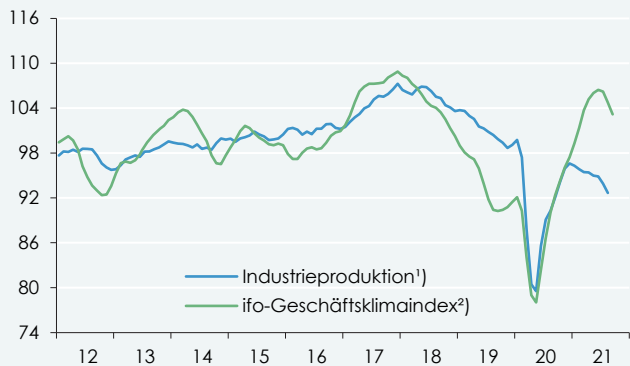
USA



Euro-Raum



Deutschland



Q: Europäische Kommission, Deutsche Bundesbank, ISM (Institute for Supply ManagementTM), ifo (Institut für Wirtschaftsforschung), OECD. – ¹) Produzierender Bereich. – ²) Verarbeitendes Gewerbe.

3. Wirtschaft im Euro-Raum wuchs im III. Quartal 2021 deutlich

Im Euro-Raum stieg das BIP gemäß vorläufigen Berechnungen im III. Quartal um 2,2% gegenüber der Vorperiode (II. Quartal +2,1%). Für die vier größten Volkswirtschaften zeigen die Daten für das III. Quartal einen deutlichen Zuwachs (Frankreich +3,0%, Italien +2,6%, Spanien +2,0%, Deutschland +1,8%). Der Konsum der privaten Haushalte dürfte aufgrund von Nachholeffekten erneut die tragende Säule des Wachstums gewesen sein. In den stark vom Tourismus abhängigen Volkswirtschaften dürften daneben die touristischen Dienstleistungen zum Wachstum beigetragen haben.

Die Industriekonjunktur flachte hingegen zuletzt ab. Nachdem der Produktionsindex für den Euro-Raum im Juni und Juli 2021 gegenüber dem Vormonat noch angestiegen war, sank er im August um 1,6%. Damit lag er noch um 5,1% über dem Vorjahreswert von August 2020. Anhaltende Lieferengpässe dämpften die Produktion von Kapitalgütern und dauerhaften Konsumgütern. Das zeigt sich auch in den Ergebnissen von Unternehmensbefragungen. Gemäß den Umfragen der Europäischen Kommission von Oktober ging die Produktionsauslastung in der Industrie zurück, lag jedoch weiterhin auf hohem Niveau.

Aufgrund von Lieferengpässen und Preiserhöhungen stiegen die Preiserwartungen: Der Anteil der Unternehmen, die damit rechnen, in den kommenden Monaten die Preise ihrer Produkte anheben zu müssen, nahm zuletzt markant zu. Dies betrifft neben den Industrieunternehmen auch Unternehmen im Dienstleistungsbereich, im Einzelhandel und im Bauwesen.

Weitere Vertrauensindikatoren blieben auf hohem Niveau, zeigen jedoch am aktuellen Rand ein gemischtes Bild. Der EinkaufsMa-

nagerIndex (IHS Markit) für den Euro-Raum deutet auf eine Abschwächung des Wachstums, vor allem in den Dienstleistungsbranchen, aber auch in der Industrie. Insgesamt sank er im Oktober das dritte Mal in Folge (laut vorläufigen Zahlen), lag mit 54,3 Punkten aber noch über der Wachstumsschwelle. Der Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung der Europäischen Kommission (ESI) stieg hingegen nach einem kurzfristigen Rückgang zuletzt wieder an. Dies geht vor allem auf Verbesserungen in den Teilbereichen Dienstleistungen und Bauwesen zurück. In den Bereichen Einzelhandel und Industrie stieg er leicht an. Das Konsumentenvertrauen verschlechterte sich zuletzt.

Der Arbeitsmarkt entwickelt sich hingegen weiterhin günstig. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote für den Euro-Raum sank im September auf 7,4%. Die Erholung auf dem Arbeitsmarkt ruht auf breiter Basis, sowohl die Jugend- als auch die Langzeitarbeitslosigkeit waren zuletzt rückläufig.

Die gesamtwirtschaftliche Inflation beschleunigte sich im Euro-Raum weiter. Gemäß der Vorausschätzung für Oktober erhöhte sich die Inflationsrate auf 4,1% (September 3,4%). Das entspricht dem höchsten Wert seit 13 Jahren. Wie bereits in den vergangenen Monaten trug der Anstieg der Energiepreise am stärksten zur Teuerung bei. Die Kerninflation wird daher laut erster Schätzung im Oktober deutlich unter der Gesamtinflation liegen (+2,1%, September +1,9%). Die Auswirkungen der Verteuerung von Energie auf die Verbraucherpreise sind in den Euro-Ländern breit spürbar. Für Deutschland wird der Preisauftrieb im Oktober auf 4,6% geschätzt, wobei sich hierin auch die Rücknahme der vorübergehenden Mehrwertsteuersenkung mit Anfang 2021 niederschlägt.

Während der Konsum die wirtschaftliche Dynamik trägt, leidet die Industrie unter Materialengpässen.

4. Deutsche Industrie verliert weiter an Fahrt

Die deutsche Industrieproduktion ging zuletzt deutlich zurück. Nachdem der Produktionsindex im August saisonbereinigt um 4,3% gegenüber dem Vormonat zurückgegangen war, sank er im September erneut (-1,5%) und lag damit bereits um 1,4% unter dem Vorjahreswert. Durch den Mangel an Vorprodukten war vor allem die Produktion im Automobilssektor deutlich rückläufig.

Die deutschen Unternehmen berichten schon seit einigen Monaten von Produktionshindernissen durch Materialknappheit. Der

Anteil der davon betroffenen Industrieunternehmen stieg gemäß ifo-Unternehmensbefragung im Oktober auf 77% (Juli 2021 63,8%). Aktuelle Umfrageergebnisse deuten auf eine weitere Verschärfung der Lage. Der ifo-Geschäftsklimaindex ging im Oktober bereits das vierte Mal in Folge zurück. Auch der vorläufige Wert des EinkaufsManagerIndex für Oktober deutet auf eine anhaltende Abkühlung der Industriekonjunktur, wenngleich er mit 58,2% weiterhin über der Expansionschwelle liegt.

Anhaltende Lieferengpässe belasten die deutsche Industrie. Besonders der Automobilssektor war von Produktionsausfällen betroffen.

5. Österreich: Kräftige Konsumnachfrage treibt das Wirtschaftswachstum

Der Tourismus und andere Dienstleistungsbereiche profitierten von der weiteren Lockerung der COVID-19-Maßnahmen im Sommer 2021.

Gemäß vorläufigen Berechnungen stieg das BIP in Österreich im III. Quartal 2021 um 3,3% gegenüber dem Vorquartal (+4,8% gegenüber dem Vorjahresquartal). Nachdem im II. Quartal noch teilweise behördliche COVID-19-Maßnahmen in Kraft gewesen waren, wurden diese im III. Quartal weitgehend gelockert bzw. aufgehoben. Dies führte zu einem kräftigen Anstieg der Konsumnachfrage der privaten Haushalte. Auch die stark vom privaten Konsum abhängigen Dienstleistungsbereiche expandierten deutlich. Dazu zählen etwa die Beherbergung und Gastronomie sowie die sonstigen Dienstleistungen, die u. a. den Bereich Kunst, Unterhaltung und Erholung sowie die körpernahen Dienstleistungen umfassen.

Der heimische Tourismus profitierte 2021 stark von der Rückkehr der ausländischen Gäste.

In den ersten fünf Monaten der Sommersaison (Mai bis September 2021) wurden um 17,9% mehr Nächtigungen verzeichnet als im Vergleichszeitraum des Vorjahres (inländische Gäste +6,0%, ausländische Gäste +25,8%). Im Vergleich zur Vorkrisenperiode 2019 bedeutet dies dennoch einen Rückgang um 17,2% (inländische Gäste +2,2%, ausländische Gäste -25,2%).

Von den Zuwächsen in der Beherbergung und Gastronomie profitierte auch der Handel, insbesondere der Großhandel. Die Entwicklung der nominellen Einzelhandelsumsätze (ohne Handel mit Kfz) verlor zuletzt an Dynamik (September +2,1%, August +4,2%). Ein deutlicher Einbruch wurde bei den Pkw-Neuzulassungen verzeichnet, diese waren im September um 19,4% geringer als im Vorjahr.

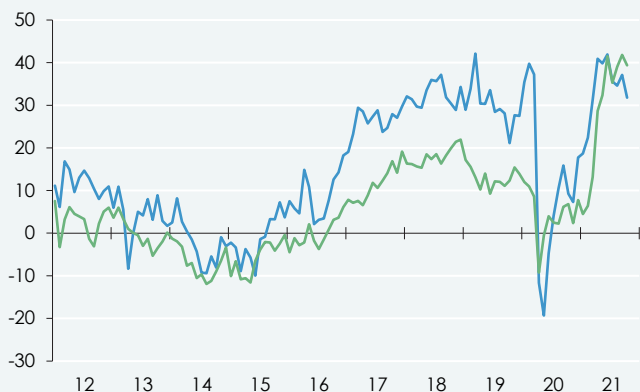
Abbildung 2: **Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests**

Indizes der aktuellen Lagebeurteilung und der unternehmerischen Erwartungen, saisonbereinigt

Sachgütererzeugung



Bauwirtschaft

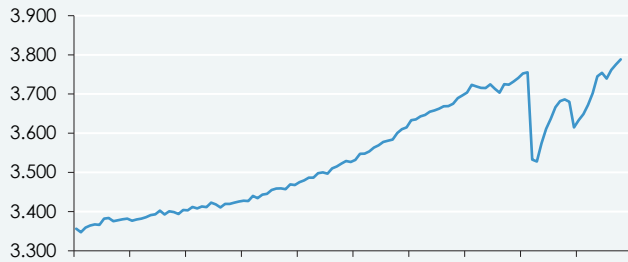


— Zusammenfassung der Beurteilungen der aktuellen Lage und der jüngsten wirtschaftlichen Entwicklung
— Zusammenfassung der für die kommenden Monate erwarteten Produktion und Geschäftslage

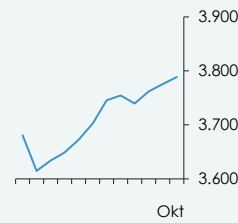
Q: WIFO-Konjunkturtest. Angaben in Indexpunkten (Prozentpunkten) zwischen +100 und -100. Werte über 0 zeigen insgesamt positive, Werte unter 0 negative Erwartungen an.

Abbildung 3: **Wirtschaftspolitische Eckdaten**

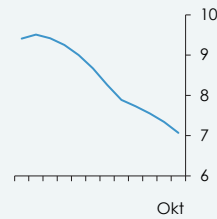
Unselbständig aktiv Beschäftigte¹⁾, in 1.000, saisonbereinigt



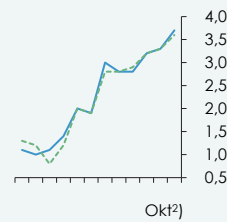
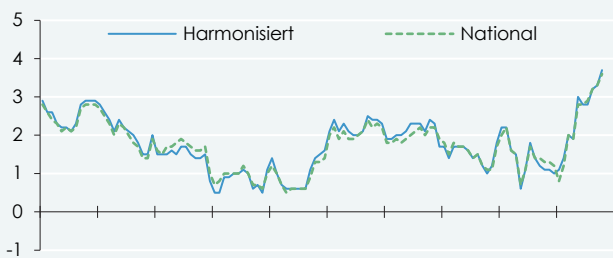
Entwicklung in den letzten 12 Monaten



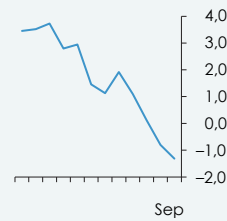
Arbeitslosenquote, in % der unselbständigen Erwerbspersonen, saisonbereinigt



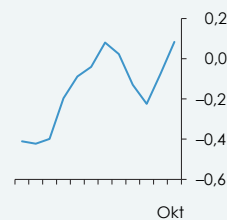
Inflationsrate, in %



Effektiver Wechselkurs, real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Sekundärmarkttrendite für 10-jährige Bundesanleihen, in %



Q: Arbeitsmarktservice Österreich, Dachverband der Sozialversicherungsträger, OeNB, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – 1) Ohne Personen in aufrehtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung. – 2) Gemäß Schnell-schätzung von Statistik Austria.

5.1 Industrie- und Baukonjunktur schwächen sich ab

Die heimischen Industrie- und Bauunternehmen berichten von Produktionsengpässen.

Die Industriekonjunktur flaute zuletzt auch in Österreich ab. Im Vergleich zum Vorquartal stagnierte die Wertschöpfung in der Industrie (NACE B bis C) im II. und III. Quartal. Laut Ergebnissen des WIFO-Konjunkturtests von Oktober ist die Stimmung der heimischen Unternehmen weiterhin positiv. In der Sachgütererzeugung dürfte jedoch der konjunkturelle Höhepunkt bereits überschritten sein. Bei gestiegener Auftragslage meldeten die dortigen Unternehmen erneut verstärkt Produktionsengpässe. Im Oktober verschärfte sich die Situation: 42,7% der Sachgütererzeuger beklagten einen Mangel an Material oder Kapazität als primäres Produktionshemmnis. Besonders betroffen war die Kfz-Branche mit einem Anteil von 81,6%. Aufgrund von Lieferengpässen und Preiserhöhungen bei Vorprodukten rechnet der Großteil der Unternehmen damit, in den kommenden Monaten die Verkaufspreise anheben zu müssen.

Auch in der Bauwirtschaft setzte sich die hohe Dynamik des 1. Halbjahres nicht fort. Die Einschätzungen zur aktuellen konjunkturellen Lage sanken im Oktober auf den Wert von März 2021, lagen jedoch weiterhin auf hohem Niveau. Zudem stieg der Anteil der Unternehmen, deren Bautätigkeit in den letzten drei Monaten zurückging. Die unternehmerischen Erwartungen blieben im Bauwesen trotz eines leichten Rückgangs überdurchschnittlich hoch, getrieben vor allem durch steigende Baupreiserwartungen. Die Baukosten stiegen im September weiter an, wozu neben der Verteuerung von Energie auch der Preisanstieg bei Baumaterial wie Holz und Stahl beitrug.

Die Warenexportnachfrage blieb über den Sommer hoch (August +19,8%, Juli +10,6%; laut Außenhandelsstatistik). Auch die Ausfuhren nach Deutschland entwickelten sich zuletzt gut (August +17,4, Juli +6,9%).

5.2 Arbeitslosigkeit sinkt unter Vorkrisenniveau

Infolge des konjunkturellen Aufschwungs hielt die kräftige Beschäftigungsdynamik der vergangenen Monate auch im Oktober an (+2,7% zum Vorjahresmonat, gemäß vorläufiger Schätzung). Bereinigt um saisonale Faktoren wuchs die unselbständig aktive Beschäftigung um 0,3% gegenüber dem Vormonat (+13.000 Beschäftigungsverhältnisse) und lag damit bereits um 0,9% (+33.300

Beschäftigungsverhältnisse) über dem Niveau vor Ausbruch der COVID-19-Krise von Februar 2020. Gleichzeitig sind jedoch nach wie vor Beschäftigte zur Kurzarbeit angemeldet – mit steigender Tendenz, angesichts der Lieferengpässe im Produktionsbereich.

Parallel dazu ging auch die Zahl der Arbeitslosen weiter zurück. Ende Oktober waren 269.500 Personen beim AMS arbeitslos vorgemerkt, erweitert um Personen in Schulung 341.100 (-82.600 gegenüber Oktober 2020). Damit war die erweiterte Arbeitslosigkeit erstmals geringer als im Vergleichsmonat vor Ausbruch der COVID-19-Krise (Oktober 2019). Die Langzeitbeschäftigungslosigkeit sinkt jedoch nur langsam. Im Oktober 2021 galten 114.640 Arbeitslose als langzeitbeschäftigungslos, einschließlich Personen in Schulung waren es 150.800 – das entspricht gemessen am Bestand der erweiterten Arbeitslosigkeit einem Anteil von 44,2%. Dieser Wert liegt deutlich über dem Vorkrisenniveau von Oktober 2019 (35,1%).

Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote gemäß nationaler Berechnung sank im Oktober nach vorläufigen Zahlen auf 7,1% (September 7,3%). Der rasche Aufschwung treibt die Nachfrage nach Arbeitskräften und führte in einigen Bereichen zu Rekrutierungsschwierigkeiten. Die Zahl der beim AMS gemeldeten offenen Stellen stieg Ende Oktober saisonbereinigt auf 110.800. Die saisonbereinigte Stellenandrangsziffer sank damit weiter auf 2,7 Arbeitslose je offene Stelle.

5.3 Preisauftrieb beschleunigt sich weiter

Der Anstieg der Nachfrage verstärkt zusammen mit Angebotsengpässen bei Energierohstoffen und Vormaterialien wie Holz und Metall den Preisauftrieb auf der Herstellerseite: Die Erzeugerpreise im produzierenden Bereich stiegen im September um 10,5% gegenüber dem Vorjahr (August +9,5%).

Die Verteuerung von Treibstoffen treibt weiterhin die Verbraucherpreise. Gemäß der Vorausschätzung von Statistik Austria beschleunigte sich die Inflation laut VPI im Oktober auf 3,6% (September +3,3%) und war damit so kräftig wie zuletzt im November 2011. Dies ist zu einem großen Teil durch den markanten Anstieg der Energierohstoffpreise bedingt. Im September lagen die Preise für Treibstoffe um 23,6% über dem Niveau des Vorjahres, jene für Heizöl gar um 34,1%.

Die Zahl der Arbeitslosen sank im Oktober 2021 unter das Vorkrisenniveau von Oktober 2019.

Der Anstieg der Rohstoffpreise treibt auch die Erzeuger- und Verbraucherpreise.

Methodische Hinweise und Kurzglossar

Die laufende Konjunkturberichterstattung gehört zu den wichtigsten Produkten des WIFO. Um die Lesbarkeit zu erleichtern, werden ausführliche Erläuterungen zu Definitionen und Fachbegriffen nach Möglichkeit nicht im analytischen Teil gebracht, sondern im vorliegenden Glossar zusammengefasst.

Rückfragen: astrid.czaloun@wifo.ac.at, christine.kaufmann@wifo.ac.at, martha.steiner@wifo.ac.at

Periodenvergleiche

Zeitreihenvergleiche gegenüber der Vorperiode, z. B. dem Vorquartal, werden um jahreszeitlich bedingte Effekte bereinigt. Dies schließt auch die Effekte ein, die durch eine unterschiedliche Zahl von Arbeitstagen in der Periode ausgelöst werden (etwa Ostern).

Die Formulierung "veränderte sich gegenüber dem Vorjahr . . ." beschreibt hingegen eine Veränderung gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres und bezieht sich auf unbereinigte Zeitreihen.

Die Analyse der saison- und arbeitstägig bereinigten Entwicklung liefert genauere Informationen über den aktuellen Konjunkturverlauf und zeigt Wendepunkte früher an. Die Daten unterliegen allerdings zusätzlichen Revisionen, da die Saisonbereinigung auf statistischen Methoden beruht.

Wachstumsüberhang

Der Wachstumsüberhang bezeichnet den Effekt der Dynamik im unterjährigen Verlauf (in saisonbereinigten Zahlen) des vorangegangenen Jahres (t_0) auf die Veränderungsrate des Folgejahres (t_1). Er ist definiert als die Jahresveränderungsrate des Jahres t_1 , wenn das BIP im Jahr t_1 auf dem Niveau des IV. Quartals des Jahres t_0 (in saisonbereinigten Zahlen) bleibt.

Durchschnittliche Veränderungsrate

Die Zeitangabe bezieht sich auf Anfangs- und Endwert der Berechnungsperiode: Demnach beinhaltet die durchschnittliche Rate 2005/2010 als 1. Veränderungsrate jene von 2005 auf 2006, als letzte jene von 2009 auf 2010.

Reale und nominelle Größen

Die ausgewiesenen Werte sind grundsätzlich real, also um Preiseffekte bereinigt, zu verstehen. Werden Werte nominell ausgewiesen (z. B. Außenhandelsstatistik), so wird dies eigens angeführt.

Produzierender Bereich

Diese Abgrenzung schließt die NACE-2008-Abschnitte B, C und D (Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Herstellung von Waren, Energieversorgung) ein und wird hier im internationalen Vergleich verwendet.

Inflation, VPI und HVPI

Die Inflationsrate misst die Veränderung der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr. Der Verbraucherpreisindex (VPI) ist ein Maßstab für die nationale Inflation. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) ist die Grundlage für die vergleichbare Messung der Inflation in der EU und für die Bewertung der Preis-

stabilität innerhalb der Euro-Zone (siehe auch <http://www.statistik.at/>).

Die Kerninflation als Indikator der Geldpolitik ist nicht eindeutig definiert. Das WIFO folgt der gängigen Praxis, für die Kerninflation die Inflationsrate ohne die Gütergruppen unverarbeitete Nahrungsmittel und Energie zu verwenden. So werden über 87% der im österreichischen Warenkorb für den Verbraucherpreisindex (VPI 2015) enthaltenen Güter und Dienstleistungen in die Berechnung der Kerninflation einbezogen.

WIFO-Konjunkturtest und WIFO-Investitionstest

Der WIFO-Konjunkturtest ist eine monatliche Befragung von rund 1.700 österreichischen Unternehmen zur Einschätzung ihrer aktuellen und künftigen wirtschaftlichen Lage. Der WIFO-Investitionstest ist eine halbjährliche Befragung von Unternehmen zu ihrer Investitionstätigkeit (<https://www.konjunkturtest.at>). Die Indikatoren sind Salden zwischen dem Anteil der positiven und jenem der negativen Meldungen an der Gesamtzahl der befragten Unternehmen.

Arbeitslosenquote

Österreichische Definition: Anteil der zur Arbeitsvermittlung registrierten Personen am Arbeitskräfteangebot der Unselbständigen. Das Arbeitskräfteangebot ist die Summe aus Arbeitslosenbestand und unselbständig Beschäftigten (gemessen in Standardbeschäftigungsverhältnissen). Datenbasis: Registrierungen bei AMS und Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

Definition gemäß ILO und Eurostat: Als arbeitslos gelten Personen, die nicht erwerbstätig sind und aktiv einen Arbeitsplatz suchen. Als erwerbstätig zählt, wer in der Referenzwoche mindestens 1 Stunde selbständig oder unselbständig gearbeitet hat. Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, und Lehrlinge zählen zu den Erwerbstätigen, nicht hingegen Präsenz- und Zivil-diener. Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen (Arbeitslose plus Erwerbstätige). Datenbasis: Umfragedaten von privaten Haushalten (Mikrozensus).

Begriffe im Zusammenhang mit der österreichischen Definition der Arbeitslosenquote

Personen in Schulungen: Personen, die sich zum Stichtag in AMS-Schulungsmaßnahmen befinden. Für die Berechnung der Arbeitslosenquote wird ihre Zahl weder im Nenner noch im Zähler berücksichtigt.

Unselbständig aktiv Beschäftigte: Zu den "unselbständig Beschäftigten" zählen auch Personen in aufrechterm Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. Zieht man deren Zahl ab, so erhält man die Zahl der "unselbständig aktiv Beschäftigten".

Der WIFO-Konjunkturtest ist eine monatliche Befragung österreichischer Unternehmen zu ihrer wirtschaftlichen Lage und deren Entwicklung in den nächsten Monaten. Ziel ist es, mit möglichst geringem Aufwand für die Befragten die aktuelle und bevorstehende Entwicklung der österreichischen Wirtschaft zu erfassen. Die Ergebnisse werden zwölfmal pro Jahr jeweils vor dem Ende des Monats der Erhebung veröffentlicht. Sie liegen damit wesentlich früher vor als Daten der amtlichen Konjunkturstatistik. So sind die Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests für einen bestimmten Monat rund zwei Monate vor der Veröffentlichung des vorläufigen Wertes und rund drei Monate vor der Publikation des ersten Wertes des Produktionsindex verfügbar.

Pro Monat nehmen rund 1.600 Unternehmen mit mehr als 200.000 Beschäftigten freiwillig am WIFO-Konjunkturtest teil. An dieser Stelle sei den Unternehmen gedankt, ohne ihre Mitwirkung wäre der WIFO-Konjunkturtest nicht möglich.

11/2021 Leichte Rückgänge bei den Konjunkturbeurteilungen. Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom November 2021

Werner Hölzl, Jürgen Bierbaumer, Michael Klien, Agnes Kügler

Die Stimmungslage unter den österreichischen Unternehmen verschlechterte sich im November leicht. Der WIFO-Konjunkturklimaindex notierte saisonbereinigt mit 18,0 Punkten 1,3 Punkte unter dem Wert des Vormonats (19,2 Punkte). Auch wenn viele Fragebögen bereits Anfang November beantwortet wurden, zeigen sich Rückgänge vor allem bei den Erwartungen in den Dienstleistungsbranchen, insbesondere Gastronomie und Tourismus. Die Konjunktur dürfte sich in den nächsten Monaten in Folge von COVID-19-Einschränkungsmaßnahmen und Lieferengpässen wenig dynamisch entwickeln.

<https://www.wifo.ac.at/www/pubid/69170>

Frühere Ausgaben

10/2021 Konjunkturdynamik stabilisiert sich wieder. Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom Oktober 2021

Werner Hölzl, Jürgen Bierbaumer, Michael Klien, Agnes Kügler

<https://www.wifo.ac.at/www/pubid/68031>

9/2021 Konjunkturdynamik stabilisiert sich in den meisten Bereichen, Rückgänge in Gastronomie und Tourismus. Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom September 2021

Werner Hölzl, Jürgen Bierbaumer, Michael Klien, Agnes Kügler

<https://www.wifo.ac.at/www/pubid/67987>

Sonderausgabe 2/2021 Erwartungen bezüglich Geschäftstätigkeit, Beeinträchtigungen und Liquidität in der vierten COVID-19-Welle. Ergebnisse der sechsten Sonderbefragung zur COVID-19-Krise im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests vom August 2021

Werner Hölzl, Michael Klien, Agnes Kügler

<https://www.wifo.ac.at/www/pubid/67941>

8/2021 Aufschwung verliert an Dynamik, Indizes bleiben auf hohem Niveau. Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom August 2021

Werner Hölzl, Michael Klien, Agnes Kügler

<https://www.wifo.ac.at/www/pubid/67451>

7/2021 Konjunkturaufschwung stabilisiert sich. Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom Juli 2021

Werner Hölzl, Julia Bachtrögler-Unger, Agnes Kügler

<https://www.wifo.ac.at/www/pubid/67179>

6/2021 Konjunkturaufschwung verfestigt sich. Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom Juni 2021

Werner Hölzl, Michael Klien, Agnes Kügler

<https://www.wifo.ac.at/www/pubid/67247>

<https://www.wifo.ac.at/themen/wifo-konjunkturtest/wifo-konjunkturtest>

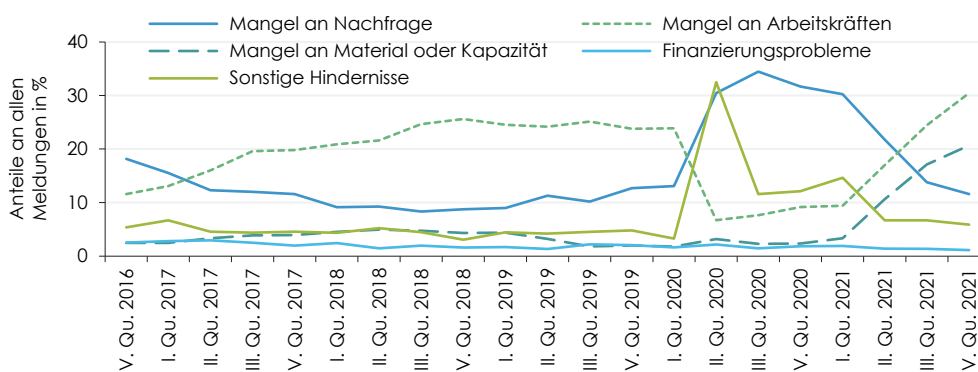
Geschäftstätigkeit durch Arbeitskräftemangel und Lieferengpässe beeinträchtigt

Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Oktober 2021

Werner Hölzl, Jürgen Bierbaumer, Michael Klien, Agnes Kügler

- Die heimischen Unternehmen beurteilten die Konjunkturlage im Oktober weiterhin zuversichtlich, allerdings zeigt die WIFO-Konjunkturampel – ein Frühindikator für Wendepunkte – bereits eine Abschwächung der Dynamik an.
- Der Index der unternehmerischen Erwartungen stieg im Vormonatsvergleich zuletzt wieder an. Sein Niveau deutet nach wie vor auf eine Fortsetzung der Erholung, wenngleich mit geringerer Geschwindigkeit.
- Die WIFO-Konjunkturklimaindices erreichten in der Sachgütererzeugung, in der Bauwirtschaft und im Dienstleistungssektor bereits wieder das Vorkrisenniveau. Im Einzelhandel ist das Konjunkturklima weiterhin leicht unterdurchschnittlich.
- Die Kapazitätsauslastung war im Oktober in fast allen Sektoren höher als im Juni. Nur in der Sachgütererzeugung wurde ein leichter Rückgang verzeichnet.
- In der Gesamtwirtschaft war erneut der "Mangel an Arbeitskräften" das wichtigste Hemmnis der Unternehmenstätigkeit. Der "Mangel an Material und Kapazität" gewann weiter an Bedeutung: Insbesondere in der Sachgütererzeugung und im Einzelhandel hemmten zuletzt Lieferengpässe die Geschäftstätigkeit.

Hemmnisse der Geschäftstätigkeit in der Gesamtwirtschaft



"In der Gesamtwirtschaft war im Oktober 2021 der "Mangel an Arbeitskräften" das meistgenannte Hemmnis der Geschäftstätigkeit, vor dem "Mangel an Material oder Kapazität", der insbesondere in der Sachgütererzeugung, in der Bauwirtschaft und im Einzelhandel von hoher Bedeutung war."

Seit Jahresbeginn 2021 verlor der "Mangel an Nachfrage" spürbar an Gewicht, während die Bedeutung des Arbeitskräftemangels merklich zunahm – im Oktober war er für 30% der Unternehmen das wichtigste Hemmnis. Für rund 20% war es der "Mangel an Material oder Kapazität". Dies ist der höchste Wert seit Erhebungsbeginn und spiegelt die Bedeutung der Lieferkrise wider (Q: WIFO-Konjunkturtest, saisonbereinigt).

Geschäftstätigkeit durch Arbeitskräftemangel und Lieferengpässe beeinträchtigt

Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Oktober 2021

Werner Hölzl, Jürgen Bierbaumer, Michael Klien, Agnes Kügler

Geschäftstätigkeit durch Arbeitskräftemangel und Lieferengpässe beeinträchtigt. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Oktober 2021

Die Lagebeurteilungen der österreichischen Unternehmen deuteten im Oktober in allen Sektoren bis auf den Einzelhandel auf eine stabile Entwicklung der Konjunktur. Die WIFO-Konjunkturampel sprang dennoch auf Rot. Dies lässt erkennen, dass der Höhepunkt des konjunkturellen Aufschwungs bereits erreicht sein dürfte. Die Kapazitätsauslastung sank in der Sachgütererzeugung leicht, blieb aber in allen Sektoren überdurchschnittlich. Als wichtigstes Hemmnis der Geschäftstätigkeit wurde wie im Vorquartal der "Mangel an Arbeitskräften" genannt. In der Sachgütererzeugung, der Bauwirtschaft und im Einzelhandel hemmt daneben eine durch Lieferengpässe hervorgerufene Knappheit an Material und Vorprodukten die Geschäftstätigkeit.

JEL-Codes: E32, E66 • **Keywords:** WIFO-Konjunkturtest, Quartalsdaten, Konjunktur

Begutachtung: Sandra Bilek-Steindl • **Wissenschaftliche Assistenz:** Birgit Agnezy (birgit.agnezy@wifo.ac.at), Alexandros Charos (alexandros.charos@wifo.ac.at), Tim Slickers (tim.slickers@wifo.ac.at), Anna Strauss-Kollin (anna.strauss-kollin@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 9. 11. 2021

Kontakt: Dr. Werner Hölzl (werner.hoelzl@wifo.ac.at), Dr. Jürgen Bierbaumer (juergen.bierbaumer@wifo.ac.at), Dr. Michael Klien (michael.klien@wifo.ac.at), Mag. Dr. Agnes Kügler, MSc (agnes.kuegler@wifo.ac.at)

Labour Shortages and Supply Bottlenecks Hamper Business Activity. Results of the WIFO-Konjunkturtest Quarterly Survey of October 2021

The business cycle assessments of Austrian companies show a stable development of the economy across almost all sectors in October, except in the retail trade sector. Nevertheless, the economic traffic light shows red and thus signals that the peak of the economic upturn has probably been reached. Capacity utilisation fell slightly in manufacturing but remained above average in all sectors. As in the previous quarter, the "shortage of labour" was cited as the most important obstacle to business activity. In addition, shortages of materials and inputs caused by supply bottlenecks hampered business activity in manufacturing, construction and retailing.

Die Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests¹⁾ für Oktober 2021 (Anfang IV. Quartal) zeigen eine weitgehend stabile Entwicklung seit dem Sommer. Der WIFO-Konjunkturklima-Index blieb im Vergleich zum Juli nahezu unverändert (Übersicht 1). Mit 19,4 Punkten war er um rund 29 Punkte höher als im Oktober 2020. Die Lagebeurteilungen verschlechterten sich gegenüber Juli leicht (-2,0 Punkte), der entsprechende Index notierte mit 20,9 Punkten aber weiterhin merklich im positiven Bereich. Der Index der unternehmeri-

schen Erwartungen lag im Oktober bei 17,9 Punkten und somit knapp über dem Wert von Juli 2021 (+1,0 Punkte). Wie der leichte Anstieg im Oktober zeigt, erwarten die österreichischen Unternehmen derzeit noch keine gravierenden Auswirkungen der neuerlichen Zunahme der COVID-19-Infektionen auf ihre Geschäftstätigkeit. Die Mehrzahl der heimischen Unternehmen rechnete vielmehr mit einer Verbesserung ihrer Geschäftslage.

¹⁾ Der WIFO-Konjunkturtest ist eine monatliche Befragung österreichischer Unternehmen zu ihrer aktuellen wirtschaftlichen Lage und der Entwicklung in den nächsten Monaten. Einmal pro Quartal wird der Fragenkatalog des WIFO-Konjunkturtests um zusätzliche Fragen erweitert ("Quartalsfragen"), die relevante Information zur Konjunktur liefern, aber nicht in die monatlichen Indizes des WIFO-Konjunkturtests eingehen. Die aktuellen Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests stehen auf der WIFO-Website (<https://www.wifo.ac.at/publikationen/wifo-konjunkturtest>) und auf der

Themenseite Konjunkturanalysen am WIFO (<https://www.wifo.ac.at/themen/konjunktur> oder <https://www.konjunkturtest.at>) zur Verfügung. Hölzl und Schwarz (2014) bieten einen Überblick über den WIFO-Konjunkturtest. Detailliertere Ergebnisse zu den Subsektoren der Sachgütererzeugung und des Dienstleistungsbereiches können als graphischer Appendix von der Projekt-Homepage heruntergeladen werden (<https://www.wifo.ac.at/themen/wifo-konjunkturtest/publikationen>).

Nach Branchen zeigen sich nur leichte Unterschiede: In der Sachgütererzeugung blieb der WIFO-Konjunkturklimaindex gegenüber dem Vorquartal unverändert und lag mit 20,7 Punkten deutlich über der Nulllinie, die positive von negativen Konjunktüreinschätzungen trennt. Der Index der aktuellen Lagebeurteilungen verschlechterte sich gegenüber Juli geringfügig (-0,8 Punkte) und notierte bei 23,6 Punkten. Der Index der unternehmerischen Erwartungen verbesserte sich leicht (+0,9 Punkte) und blieb mit 17,7 Punkten im optimistischen Bereich.

Auch in der Bauwirtschaft veränderte sich der WIFO-Konjunkturklimaindex kaum gegenüber Juli (+0,1 Punkte auf 35,5 Punkte). Während hier der Index der aktuellen Lagebeurteilungen etwas deutlicher um 3,8 Punkte auf 31,8 Punkte sank, legte der Index der unternehmerischen Erwartungen um 4,1 Punkte auf 39,4 Punkte zu. Beide Indizes notierten somit erneut klar im positiven Bereich. Die günstige Entwicklung des Erwartungsindex ist weiterhin vor allem dem Umstand geschuldet, dass ein großer Teil der Bauunternehmen mit einem weiteren Anstieg der Baupreise rechnet.

Im von behördlichen Einschränkungen stärker betroffenen Dienstleistungssektor zeigten sich ebenso nur geringfügige Änderungen gegenüber Juli 2021: Der WIFO-Konjunkturklimaindex stagnierte nahezu (+0,1 Punkte) und notierte mit 20,0 Punkten deutlich über

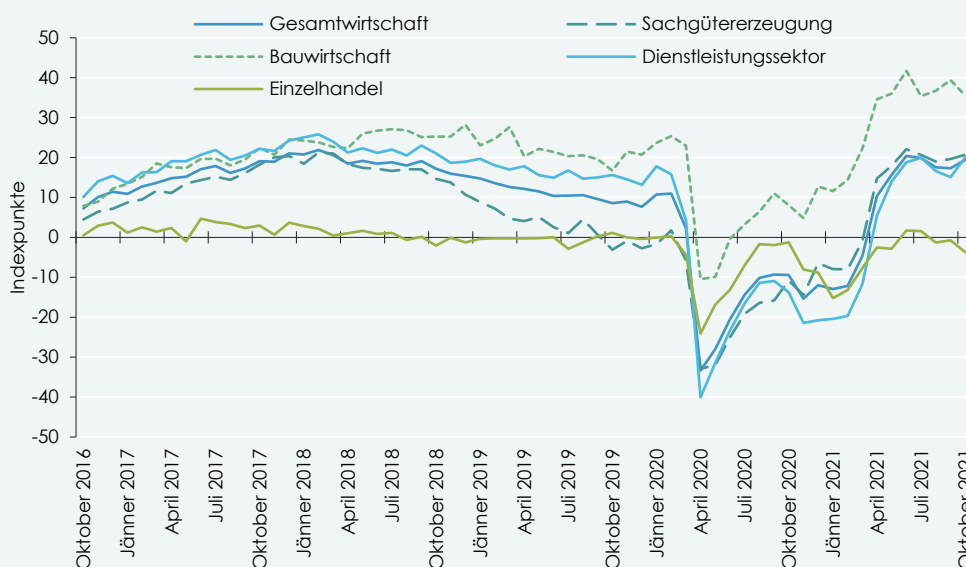
der Nulllinie²⁾. Der Index der aktuellen Lagebeurteilungen verschlechterte sich leicht gegenüber Juli (-0,5 Punkte), blieb aber mit 21,7 Punkten merklich positiv. Der Index der unternehmerischen Erwartungen verbesserte sich im Oktober etwas (+0,6 Punkte gegenüber Juli) und lag mit 18,4 Punkten abermals deutlich im positiven Bereich.

Die Konjunkturindizes für den Einzelhandel, die das WIFO auf Basis von Erhebungen der KMU Forschung Austria berechnet, zeigen gegenüber dem Vorquartal eine Verschlechterung: Der Konjunkturklimaindex lag im Oktober um 5,3 Punkte unter dem Juliwert und rutschte mit -3,7 Punkten wieder unter die Nulllinie. Der Index der aktuellen Lagebeurteilungen sank spürbar (-10,7 Punkte gegenüber Juli) und notierte mit -1,7 Punkten zuletzt ebenfalls im negativen Bereich. Der Index der unternehmerischen Erwartungen verbesserte sich geringfügig (+0,2 Punkte), signalisiert aber mit -5,7 Punkten weiter ein Überwiegen pessimistischer Einschätzungen.

Eine längerfristige Betrachtung der WIFO-Konjunkturklimaindizes zeigt das Ausmaß des Rückgangs infolge der COVID-19-Krise, aber auch den deutlichen Anstieg seit Anfang 2021. Ebenso werden die leichten Unterschiede in der sektoralen Entwicklung im Vergleich zum Vorquartal sichtbar (Abbildung 1).

Die Konjunktüreinschätzungen veränderten sich im Quartalsvergleich über alle Branchen hinweg nur geringfügig. Die Konjunkturerwartungen verbesserten sich nach der merklichen Erholung im Frühjahr 2021 nur mehr leicht, lagen im Oktober aber weiterhin deutlich im optimistischen Bereich.

Abbildung 1: WIFO-Konjunkturklimaindizes



Q: WIFO-Konjunkturtest, saisonbereinigt.

²⁾ Im August 2021 waren die Konjunkturindizes im Dienstleistungsbereich rückläufig. Wie die Detailergebnisse nach Branchen zeigen, wurde dieser Rückgang insbesondere von den im Winter und Frühjahr 2021 besonders stark eingeschränkten Branchen Beherber-

gung und Gastronomie und Transportwesen getrieben. Im September und Oktober erholten sich die Indizes in diesen Bereichen und somit in den Dienstleistungen insgesamt wieder.

Übersicht 1: Indizes des WIFO-Konjunkturtests

	2020				2021				Veränderung gegenüber Juli (Vorquartal)
	Oktober	Jänner	April	Indexpunkte Juli	August	September	Oktober	Oktober	
Gesamtwirtschaft									
WIFO-Konjunkturklimaindex	- 9,4	- 13,0	10,3	19,9	17,6	17,3	19,4	- 0,5	
Index der aktuellen Lagebeurteilungen	- 7,2	- 13,4	8,7	22,9	20,5	20,3	20,9	- 2,0	
Index der unternehmerischen Erwartungen	- 11,7	- 12,5	12,0	16,9	14,7	14,3	17,9	+ 1,0	
Sachgütererzeugung									
WIFO-Konjunkturklimaindex	- 10,8	- 7,9	14,8	20,6	19,0	19,6	20,7	+ 0,0	
Index der aktuellen Lagebeurteilungen	- 10,2	- 8,2	13,7	24,4	20,7	21,8	23,6	- 0,8	
Index der unternehmerischen Erwartungen	- 11,4	- 7,6	15,9	16,8	17,3	17,5	17,7	+ 0,9	
Bauwirtschaft									
WIFO-Konjunkturklimaindex	8,0	11,6	34,6	35,4	36,7	39,4	35,5	+ 0,1	
Index der aktuellen Lagebeurteilungen	9,3	18,7	40,9	35,6	34,6	37,1	31,8	- 3,8	
Index der unternehmerischen Erwartungen	6,8	4,5	28,7	35,3	39,0	41,8	39,4	+ 4,1	
Dienstleistungssektor									
WIFO-Konjunkturklimaindex	- 13,8	- 20,4	5,4	20,0	16,6	15,1	20,0	+ 0,1	
Index der aktuellen Lagebeurteilungen	- 13,1	- 26,1	- 0,1	22,2	20,4	18,7	21,7	- 0,5	
Index der unternehmerischen Erwartungen	- 14,4	- 14,8	10,9	17,8	12,9	11,5	18,4	+ 0,6	
Einzelhandel									
WIFO-Konjunkturklimaindex	- 1,3	- 15,2	- 2,6	1,6	- 1,3	- 0,7	- 3,7	- 5,3	
Index der aktuellen Lagebeurteilungen	14,5	2,2	5,4	9,0	6,0	6,7	- 1,7	- 10,7	
Index der unternehmerischen Erwartungen	- 17,0	- 32,6	- 10,5	- 5,9	- 8,6	- 8,2	- 5,7	+ 0,2	

Q: WIFO-Konjunkturtest.

Indizes des WIFO-Konjunkturtests

Die Indizes des WIFO-Konjunkturtests werden monatlich auf Sektorebene für die Sachgütererzeugung, die Bauwirtschaft, die Dienstleistungen und den Einzelhandel ermittelt. Die Befragungen werden monatlich vom WIFO (Sachgütererzeugung, Bauwirtschaft und Dienstleistungen) und der KMU Forschung Austria (Einzelhandel) durchgeführt. Anhand der Sektorindizes werden durch Gewichtung (Gewichte: Dienstleistungen 0,5, Sachgütererzeugung 0,3, Bauwirtschaft und Einzelhandel jeweils 0,1) die "gesamtwirtschaftlichen Indizes" errechnet. Der zusammenfassende WIFO-Konjunkturklimaindex aggregiert zwei Teilindizes, die getrennt ausgewiesen werden:

- Der Index der aktuellen Lagebeurteilungen basiert auf den monatlichen Erhebungen zur Einschätzung der aktuellen Lage und zur Entwicklung in den letzten drei Monaten. Er ist als gleichlaufender Index konzipiert, der allein durch die frühe Verfügbarkeit (rund zwei Monate vor den aktuellen Daten der amtlichen Statistik) einen Vorlauf gegenüber der amtlichen Konjunkturstatistik aufweist.
- Der Index der unternehmerischen Erwartungen fasst jene monatlichen Fragen zusammen, die sich auf die Entwicklung in den Folgemonaten der Erhebung beziehen. Er ist als vorlaufender Indikator konzipiert.

Details zu den Indizes bieten Hölzl und Schwarz (2014).

1. Konjunkturampel zeigt Rot – Dynamik des Aufschwungs schwächt sich ab

Mit Hilfe eines Markov-Regime-Switching-Modells wird in der WIFO-Konjunkturampel modellbasiert die Wahrscheinlichkeit berechnet, mit der die aktuellen Werte der Indikatoren des WIFO-Konjunkturtests einer Verbesserung oder Verschlechterung der Konjunktüreinschätzungen gegenüber der Vorperiode entsprechen (Glocker und Hölzl, 2015)³. Die ermittelte Wahrscheinlichkeit kann in eine von drei Kategorien fallen, die zusammen-

fassend als "Konjunkturampel" bezeichnet werden:

- Im "grünen Bereich" (Verbesserung) beträgt die Wahrscheinlichkeit über zwei Drittel, dass die Veränderung der aktuellen Indexwerte gegenüber dem vorhergehenden Messpunkt eine Verbesserung der Konjunktüreinschätzungen wiedergibt.

³ Die Verschlechterung ist als Gegenzustand des Zustandes "Verbesserung" definiert: Die Wahrscheinlichkeit, sich im Zustand "Verbesserung" (q) zu befinden, ist

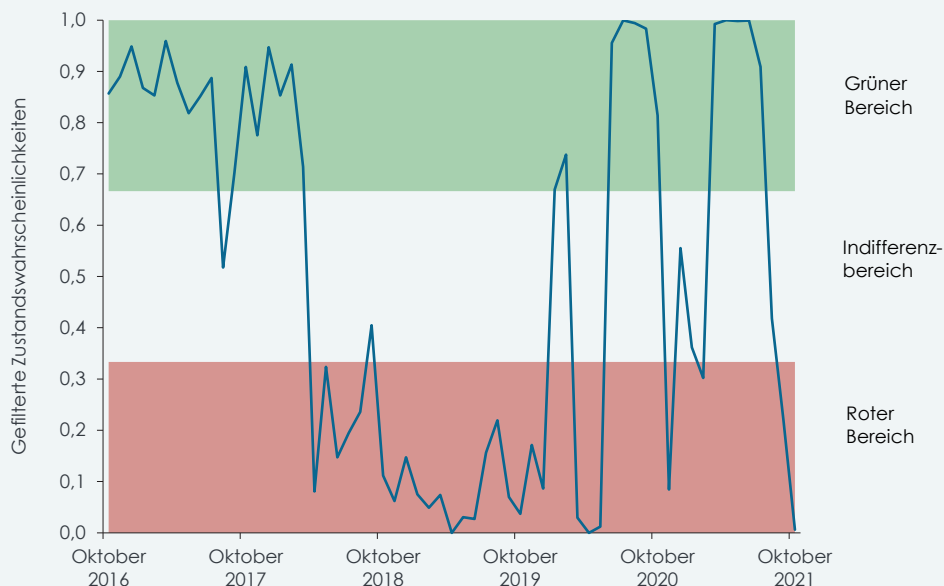
1 minus die Wahrscheinlichkeit, sich im Zustand "Verschlechterung" zu befinden ($p = 1 - q$).

- Im "roten Bereich" (Verschlechterung) liegt die Wahrscheinlichkeit unter einem Drittel, dass der aktuelle Indexwert eine Verbesserung gegenüber dem vorhergehenden Messpunkt bedeutet.
- Zwischen dem "grünen" und dem "roten" Bereich liegt der Indifferenzbereich. Die Entwicklung der Konjunktüreinschätzungen kann in diesem Fall nicht eindeutig zugeordnet werden.

Die Wahrscheinlichkeit, sich in einem Verbesserungsregime zu befinden, wurde im Oktober 2021 vom Modell mit 0,01 als sehr gering eingeschätzt. Damit blieb die WIFO-Konjunkturampel wie im Vormonat auf Rot.

Während des tiefen Einbruchs im April und Mai 2020 sprang die Ampel auf Rot, im darauffolgenden Aufholprozess im Sommer und Herbst zeigte sie Grün und im November im Zuge der zweiten COVID-19-Welle erneut Rot. Von März bis Juli 2021 leuchtete sie neuerlich Grün (Abbildung 2). Obwohl nach wie vor die Mehrheit der heimischen Unternehmen mit einer Verbesserung der Wirtschaftslage rechnet, sprang die Ampel im September 2021 auf Rot, da sich die Dynamik des Aufschwungs zuletzt abschwächte. Die Wachstumsraten dürften in den nächsten Monaten etwas zurückgehen, aber weiterhin positiv bleiben.

Abbildung 2: WIFO-Konjunkturampel



Q: WIFO-Konjunkturtest. Die WIFO-Konjunkturampel für Österreich zeigt die monatliche Wahrscheinlichkeit für die Phasen "Verbesserung der Konjunktüreinschätzungen" ("grüner Bereich") und "Verschlechterung der Konjunktüreinschätzungen" ("roter Bereich"). Im Indifferenzbereich kann die Entwicklung der Konjunktüreinschätzungen nicht eindeutig klassifiziert werden.

2. Unsicherheit weiterhin überdurchschnittlich

Seit den 1980er-Jahren wird im WIFO-Konjunkturtest die Einschätzung der Unternehmen zur Unsicherheit der künftigen Geschäftslage erhoben, welche Einfluss auf Investitions- und Beschäftigungsentscheidungen der Unternehmen hat (Glocker und Hölzl, 2019). Im Mai 2021 wurde die Formulierung der Frage zur Unsicherheit im Zuge ihrer Einbeziehung in das gemeinsame harmonisierte Fragenprogramm der EU (Joint Harmonised EU Programme of Business and Consumer Surveys) verändert. Zudem wird die Unsicherheitsfrage seit Mai monatlich statt wie zuvor vierteljährlich gestellt. Aufgrund dieser Änderungen sind bis dato nur sehr eingeschränkte Vergleiche über die Zeit möglich.

Der Indikator der Unsicherheit bezüglich der künftigen Geschäftslage weist einen Werte-

bereich von 0 (keine Unsicherheit) bis 100 (höchste Unsicherheit) auf. Für die Gesamtwirtschaft ergab sich im Oktober 2021 (IV. Quartal) ein Wert von 56,0 Punkten. In der Sachgütererzeugung (60,6 Punkte) war die Unsicherheit überdurchschnittlich hoch, im Dienstleistungsbereich (54,4 Punkte) lag sie dagegen leicht und in der Bauwirtschaft (49,9 Punkte) deutlicher unter dem Durchschnitt. Im Einzelhandel war sie mit 58,6 Punkten leicht überdurchschnittlich. Den vorliegenden Monatsdaten zufolge war die Unsicherheit im Oktober in der Sachgütererzeugung etwas höher als im Juli 2021, während sie in den anderen Sektoren (Bauwirtschaft, Dienstleistungen und Einzelhandel) im Vergleich zum Sommer stagnierte oder sogar abnahm.

Die Unsicherheit war im Oktober 2021 nur in der Sachgütererzeugung höher als im Sommer.

3. Kapazitätsauslastung und Auftragsbestände bleiben hoch

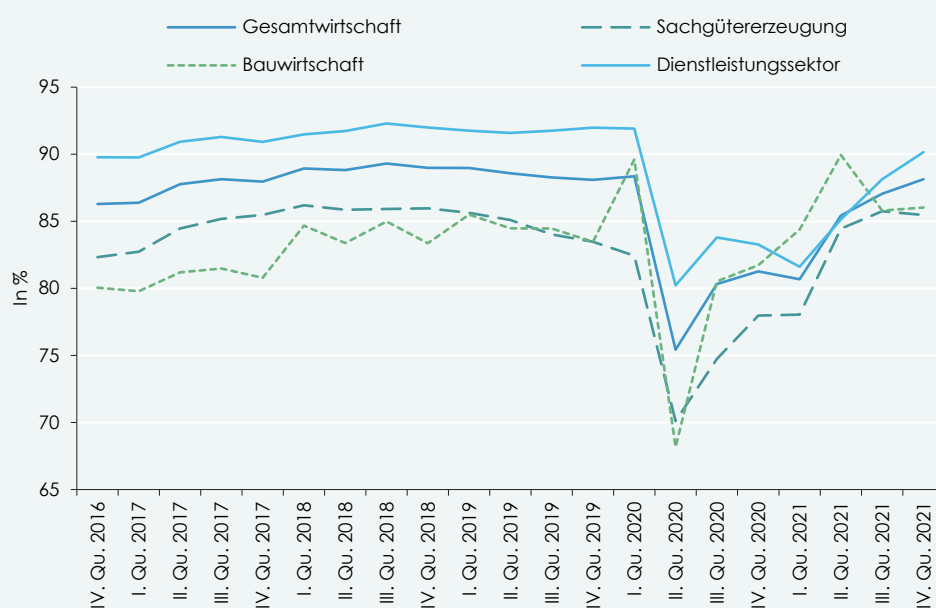
3.1 Leichter Rückgang der Kapazitätsauslastung in der Sachgütererzeugung

Gegenüber Juli stieg die Kapazitätsauslastung in allen Sektoren mit Ausnahme der Sachgütererzeugung. In den Dienstleistungsbranchen erreichte die Kapazitätsauslastung das Niveau vor der COVID-19-Krise.

Vor allem in Branchen mit hoher Kapitalintensität, hohen Anpassungskosten und langen Anpassungszeiträumen ist die Kapazitätsauslastung ein wichtiger Konjunkturindikator. Sie wird deshalb im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests in allen Sektoren erhoben (Hözl et al., 2019). Die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung stieg im Oktober 2021 im Vergleich zu Juli um 1,1 Prozentpunkte auf 88,1%. Nach Sektoren verbesserte sich die Auslastung in allen Bereichen mit Ausnahme der Sachgütererzeugung, wo

sie aufgrund von Lieferengpässen leicht um 0,3 Prozentpunkte zurückging, mit 85,5% aber weiterhin überdurchschnittlich blieb. In der Bauwirtschaft lag sie mit 86,0% ebenfalls über dem Durchschnitt (+0,2 Prozentpunkte). Ein deutlicher Anstieg wurde in den Dienstleistungsbranchen verzeichnet (+2,0 Prozentpunkte), die Kapazitätsauslastung erreichte hier mit 90,1 Punkten wieder ungefähr den langjährigen Durchschnitt vor der COVID-19-Krise. Dies zeigt, dass sich die Wirtschaftstätigkeit in den Dienstleistungsbranchen im Zuge der Lockerungen der COVID-19-Maßnahmen über den Sommer im Großen und Ganzen wieder stabilisiert hat.

Abbildung 3: Kapazitätsauslastung nach Sektoren



Q: WIFO-Konjunkturtest, saisonbereinigt.

3.2 Gesicherte Produktionsdauer weiterhin hoch

Die gesicherte Produktionsdauer – gemessen in Monaten – wird im Rahmen der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests in der Sachgütererzeugung und in der Bauwirtschaft erhoben (Abbildung 4). Im Oktober entwickelten sich die Durchschnittswerte in den beiden Sektoren leicht unterschiedlich.

In der Bauwirtschaft meldeten die Unternehmen, dass ihre Produktionstätigkeit für die nächsten 5,7 Monate gesichert ist. Dieser Wert entspricht zwar einem leichten Rückgang um 0,05 Monate gegenüber Juli 2021, liegt aber nur unwesentlich unter dem langjährigen Höchstwert von 5,8 Monaten. In der Sachgütererzeugung stieg die durchschnittliche gesicherte Produktionsdauer leicht an

In der Sachgütererzeugung entwickelten sich die Auftragseingänge anhaltend positiv. Auch bezüglich der erwarteten Auslandsauftrags-eingänge blieben die Unternehmen mehrheitlich zuversichtlich.

und lag bei 4,5 Monaten (+0,08 Monate gegenüber Juli 2021).

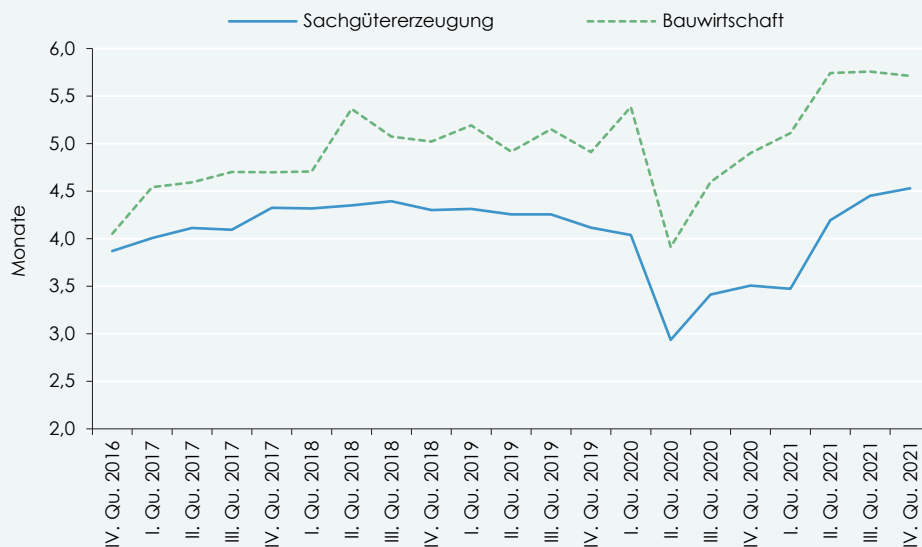
3.3 Auftragslageentwicklung in der Sachgütererzeugung ist weiterhin günstig, verlor aber zuletzt an Schwung

In der Sachgütererzeugung werden die Auftragseingänge und die Erwartungen zu den Auslandsauftrags-eingängen als relevante Indikatoren einmal im Quartal erfragt. Die Antworten auf diese Fragen werden zu Salden zwischen dem Anteil der positiven und dem Anteil der negativen Antworten aggregiert. Wie Abbildung 5 zeigt, entwickelten sich die Auftragsbestände im Oktober (IV. Quartal) zwar nicht mehr so dynamisch wie im Vorquartal, der entsprechende Indikator blieb aber deutlich im positiven Bereich. Die erwarteten Auslandsauftragsbestände lagen ebenfalls weiterhin im positiven Bereich: Der

Anteil der optimistischen Stimmen, die eine Zunahme der Auslandsaufträge in den kommenden Monaten erwarten, stieg im

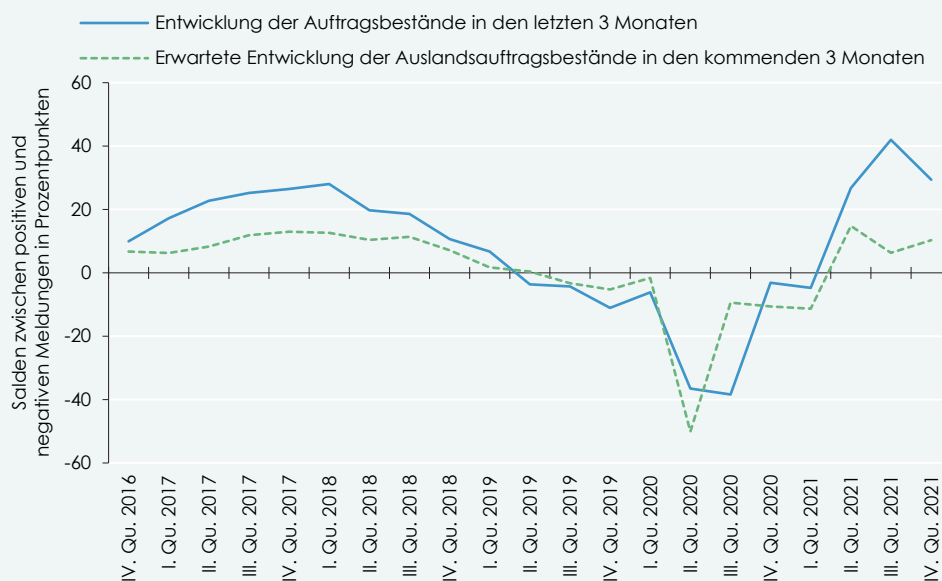
Vergleich zu Juli an und die positiven Meldungen überwogen die negativen um 10,3 Prozentpunkte.

Abbildung 4: **Gesicherte durchschnittliche Produktionsdauer in der Sachgütererzeugung und der Bauwirtschaft**



Q: WIFO-Konjunkturtest.

Abbildung 5: **Entwicklung der Auftragsbestände und erwartete Entwicklung der Auslandsauftragsbestände in der Sachgütererzeugung**



Q: WIFO-Konjunkturtest.

4. Hemmnisse der Unternehmenstätigkeit: Arbeitskräftemangel und Materialknappheit gewinnen weiterhin an Bedeutung

Im WIFO-Konjunkturtest werden quartalsweise auch Hemmnisse für die Geschäftstätigkeit der befragten Unternehmen erhoben.

Die Unternehmen haben die Möglichkeit, keine Beeinträchtigung ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit zu melden oder das wichtigste

Hindernis aus einer vorgegebenen Liste zu wählen:

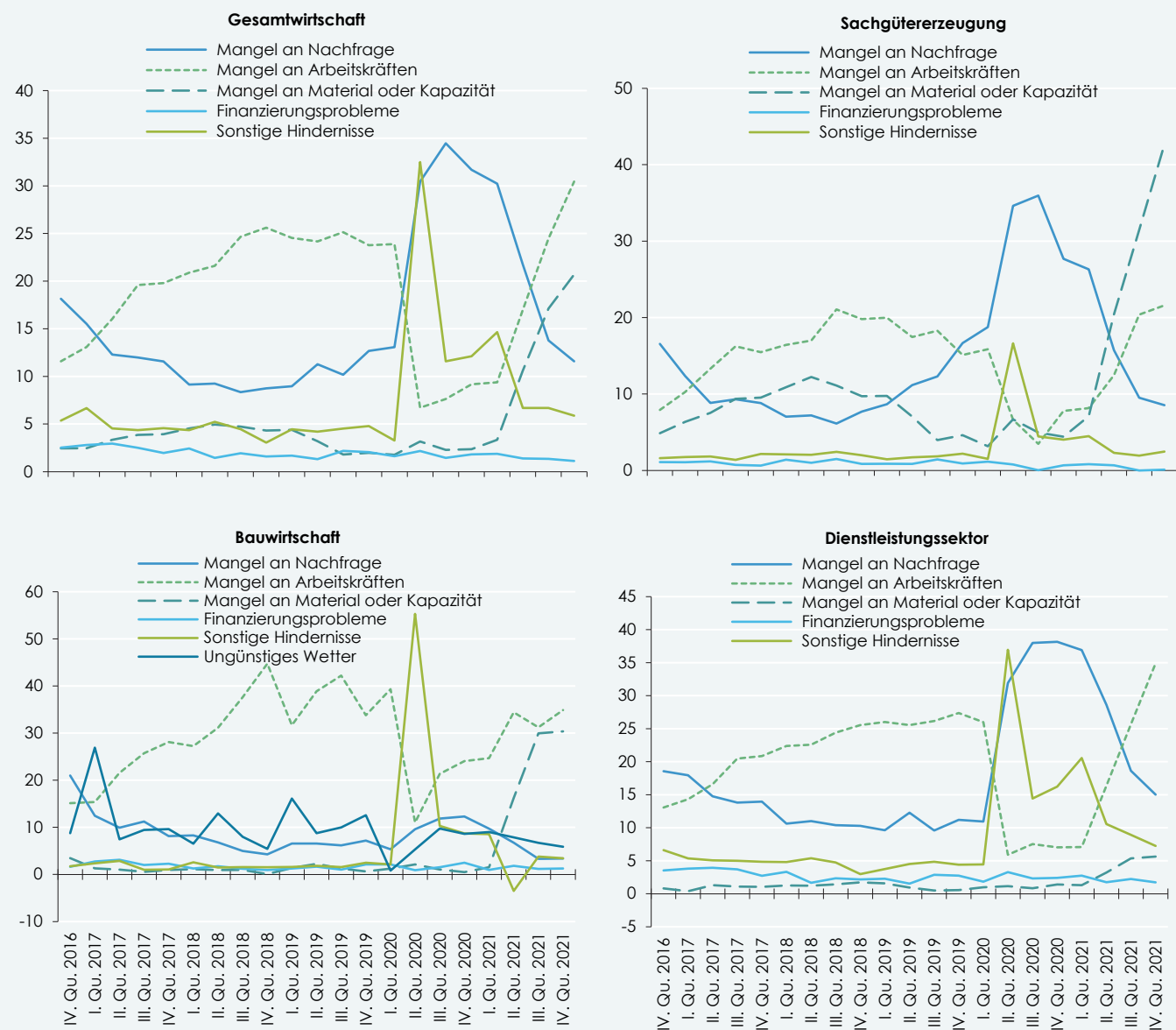
- Mangel an Nachfrage (Dienstleistungen und Sachgütererzeugung) oder Mangel an Aufträgen (Bauwirtschaft),
- Mangel an Arbeitskräften,
- Platzmangel oder Kapazitätsengpässe (Dienstleistungen) bzw. Mangel an Material oder Kapazität (Sachgütererzeugung und Bauwirtschaft),

- Finanzierungsprobleme und
- sonstige Gründe – diese Kategorie spiegelt neben dem Wettereinfluss vor allem die Beeinträchtigung durch die COVID-19-Krise und die gesundheitspolitischen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung wider.

In der Bauwirtschaft wird zusätzlich das Hindernis "ungünstiges Wetter" erhoben⁴⁾.

Abbildung 6: **Hemmnisse der wirtschaftlichen Tätigkeit**

Anteile an allen Meldungen in %



Q: WIFO-Konjunkturtest, saisonbereinigt. Um die unterjährige Vergleichbarkeit der Zeitreihen zu gewährleisten, werden saisonbereinigte Werte ausgewiesen. Negative Werte können aufgrund des Saisonbereinigungsverfahrens "Dainties" nicht ausgeschlossen werden. Es handelt sich um statistische Artefakte.

⁴⁾ Bei der Berechnung der gesamtwirtschaftlichen Hemmnisse wird "ungünstiges Wetter" unter "sonstige Hindernisse" klassifiziert.

Im Oktober 2021 meldeten nur rund 25% der Unternehmen der Sachgütererzeugung (-12 Prozentpunkte gegenüber Juli), rund 21% der Bauunternehmen (-3 Prozentpunkte), rund 35% der Unternehmen in den Dienstleistungsbranchen (-4 Prozentpunkte) und rund 37% der Einzelhandelsunternehmen (-5 Prozentpunkte), dass ihre Tätigkeit ohne Beeinträchtigung möglich ist.

In der Sachgütererzeugung war im Oktober 2021 zum dritten Mal seit Beginn der Erhebungen der "Mangel an Material oder Kapazität" das meistgenannte wichtigste Hemmnis der Produktionstätigkeit (rund 42,7% aller Unternehmen), vor dem "Mangel an Arbeitskräften" (rund 21,6%). Nur mehr rund 8,5% der Sachgüterproduzenten meldeten einen "Mangel an Nachfrage" als wichtigstes Hemmnis, rund 2,5% "sonstige Hindernisse" und weniger als 1% "Finanzierungsprobleme" (Abbildung 6). Seit der Juli-Befragung nahm der Anteil der Sachgüterproduzenten, die mit Produktionshemmnissen konfrontiert sind, deutlich zu; hierbei gewann insbesondere der "Mangel an Material oder Kapazität" enorm an Bedeutung. Grund dafür ist die fortgesetzte Knappheit an industriellen Vorprodukten und Rohstoffen. Diese geht ihrerseits auf Logistikprobleme – etwa durch Kapazitätsengpässe im internationalen Gütertransport, u. a. aufgrund der Schließung von Häfen – und einen Rückstau von Aufträgen zurück. Neben dem Material- bzw. Kapazitätsmangel blieb in der Sachgütererzeugung auch der "Mangel an Arbeitskräften" ein relevantes Hemmnis der Geschäftstätigkeit.

In der Bauwirtschaft meldeten im Oktober rund 34,9% der befragten Unternehmen einen "Mangel an Arbeitskräften" als wichtigstes Hemmnis der Bautätigkeit, vor dem "Mangel an Material oder Kapazität" (rund 30,4%), dem ungünstigen Wetter" (rund 5,9%) und dem "Mangel an Nachfrage" (rund

5. Zusammenfassung

Die Indizes des WIFO-Konjunkturtests von Oktober 2021 deuten für fast alle Sektoren auf eine stabile Entwicklung der Konjunktur. Nur im Einzelhandel trübten sich die Konjunkturschätzungen ein. Die Kapazitätsauslastung stieg im Vergleich zu Juli in den meisten Branchen. Während sie im Dienstleistungsbereich deutlich zunahm und den Durchschnitt der Vorkrisenjahre erreichte, war sie in der Sachgütererzeugung aufgrund von Lieferengpässen leicht rückläufig, übertraf allerdings weiterhin den Vorkrisendurchschnitt. In der Bauwirtschaft stagnierte die Kapazitätsauslastung zuletzt. Die Auftragseingänge in der Sachgütererzeugung blieben trotz einer Abschwächung der Dynamik klar im Wachstumsbereich. Die Erwartungen zur künftigen

3,4%). Damit blieb in der Bauwirtschaft die Bedeutung des Materialmangels seit dem letzten Bericht im Juli praktisch unverändert.

In den Dienstleistungsbranchen war im Oktober der "Mangel an Arbeitskräften" (34,9%) noch vor dem "Mangel an Nachfrage" (rund 15%) und "sonstigen Hindernissen" (rund 7,2%) die wichtigste Beeinträchtigung der Unternehmenstätigkeit. Letztere verloren seit dem Frühling merklich an Bedeutung, worin sich auch die weitgehende Rücknahme der behördlichen COVID-19-Maßnahmen über den Sommer spiegelt. Der "Mangel an Material oder Kapazität" (5,6%) und "Finanzierungsprobleme" (1,7%) spielen im Dienstleistungsbereich nur eine untergeordnete Rolle.

Im Einzelhandel werden die Hemmnisse der Geschäftstätigkeit seit Juli 2021 abgefragt. Rund 36,1% der befragten Einzelhändler meldeten im Oktober "Lieferengpässe" als wichtigstes Hemmnis ihrer Geschäftstätigkeit, rund 14,5% einen "Mangel an Nachfrage" und rund 11% einen "Mangel an Arbeitskräften". Dies zeigt, dass internationale Logistikprobleme und Lieferengpässe verstärkt auch den Einzelhandel treffen.

Der aggregierte Indikator für die Gesamtwirtschaft (ohne Einzelhandel) zeigt im Oktober erneut einen Bedeutungsrückgang des "Mangels an Nachfrage" auf rund 11,6% der befragten Unternehmen. Der "Mangel an Arbeitskräften" gewann dagegen weiter kräftig an Gewicht und war im Oktober bereits für 30,5% der Unternehmen das wichtigste Hemmnis. Für rund 20,7% der Unternehmen war es der "Mangel an Material oder Kapazität". Dies ist der höchste Wert seit Erhebungsbeginn und spiegelt die Bedeutung der Lieferkrise wider, die insbesondere die Sachgütererzeugung und die Bauwirtschaft betrifft, sich aber auch im Einzelhandel negativ auf die Geschäftstätigkeit auswirkt.

Auftragsentwicklung verbesserten sich erneut leicht.

In der Gesamtwirtschaft war im Oktober der Mangel an Arbeitskräften das meistgenannte Hemmnis der Unternehmenstätigkeit, vor dem Mangel an Material oder Kapazität. Dies ist einerseits Ausdruck der günstigen Konjunktur, zeigt aber andererseits neben strukturellen demografischen Problemen die Auswirkungen von Lieferengpässen und internationalen Logistikproblemen auf die österreichische Wirtschaft. Die dadurch hervorgerufene Knappheit an Material und Vorprodukten hemmt insbesondere in der Sachgütererzeugung, aber auch im Einzelhandel und in der Bauwirtschaft die Geschäftstätigkeit.

Wie schon im April und Juli war auch im Oktober 2021 der "Mangel an Material oder Kapazität" das wichtigste Hemmnis der Sachgüterproduktion. Auch in der Bauwirtschaft und im Einzelhandel beeinträchtigten Lieferengpässe die Geschäftstätigkeit.

6. Literaturhinweise

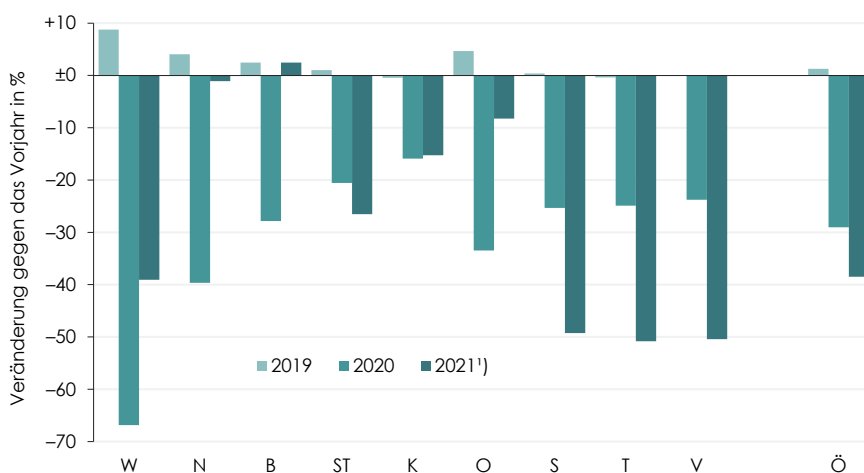
- Europäische Kommission (2019). *The Joint Harmonised EU Programme of Business and Consumer Surveys: User Guide*. https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/bcs_user_guide_en_0.pdf.
- Friesenbichler, K. S., & Hölzl, W. (2021). 2020 Einbruch der Investitionen der Sachgütererzeugung – 2021 leichte Erholung erwartet. Ergebnisse des WIFO-Investitionstests vom Herbst 2020. *WIFO-Monatsberichte*, 54(1), 41-51. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/66831>.
- Glocker, C., & Hölzl, W. (2015). Bestimmung einer Konjunkturampel für Österreich auf Basis des WIFO-Konjunkturtests. *WIFO-Monatsberichte*, 88(3), 175-183. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/57854>.
- Glocker, C., & Hölzl, W. (2019). Assessing the Economic Content of Direct and Indirect Business Uncertainty Measures. *WIFO Working Papers*, (576). <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/61620>.
- Hölzl, W., & Schwarz, G. (2014). Der WIFO-Konjunkturtest: Methodik und Prognoseeigenschaften. *WIFO-Monatsberichte*, 87(12), 835-850. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/50863>.
- Hölzl, W., Klien, M., & Kügler, A. (2019). Konjunktur schwächt sich weiter ab. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Oktober 2019. *WIFO-Monatsberichte*, 92(11), 807-819. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/62094>.

COVID-19-Krise beschert heimischem Tourismus herbe Verluste

Oliver Fritz, Anna Burton, Sabine Ehn-Fragner

- Nachdem der Welttourismus bereits 2020 deutlich eingebrochen war, war die Nachfrage von Jänner bis Mai 2021 erneut um durchschnittlich 65,1% geringer als im Vorjahr. Europa besuchten in diesem Zeitraum um 63,1% weniger internationale Gäste als 2020.
- Österreich erlitt 2020 vergleichsweise moderate Einbußen (Ankünfte: aus dem Ausland –52,7%, insgesamt –45,8%), da die Nachfrage zu Jahresbeginn noch sehr lebhaft war und sich die Verluste im Sommer in Grenzen hielten.
- Die Städtedestination Wien litt 2020 am stärksten unter der Krise (Nächtigungen –73,9%). Noch am geringsten waren die Einbußen in Kärnten (–17%), der Steiermark (–24,6%) und im Burgenland (–27,3%).
- Generell mussten Regionen mit einem hohen Anteil ausländischer Gäste und einer Spezialisierung auf den Wintertourismus deutlichere Verluste hinnehmen als Seenregionen und Gebiete mit ausgeprägtem Binnentourismus.
- Für 2021 ist aufgrund des Ausfalls der Wintersaison 2020/21 und des Lockdown ab Mitte November 2021 mit noch höheren Nachfrageeinbußen als im Vorjahr zu rechnen.

Entwicklung der Übernachtungen von Jänner bis August



"Lockdown-bedingte Betriebsschließungen und Nachfrageausfälle trafen die Tourismuswirtschaft regional sehr unterschiedlich: 2021 erlitten vor allem die westlichen Bundesländer und (erneut) Wien empfindliche Einbußen. Regionen im Süden und Osten kamen dagegen besser durch die Krise."

Von Jänner bis August 2021 brach die Nächtigungsnachfrage gegenüber dem Vergleichszeitraum 2020 in Österreich insgesamt um 38,5% ein (–56,4% gegenüber 2019). Die drastischsten Einbußen verzeichneten die stark vom Wintertourismus abhängigen westlichen Bundesländer und die Bundeshauptstadt Wien (Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Vorläufige Werte, Stand: 21. 10. 2021).

COVID-19-Krise beschert heimischem Tourismus herbe Verluste

Oliver Fritz, Anna Burton, Sabine Ehn-Fragner

COVID-19-Krise beschert heimischem Tourismus herbe Verluste

Lockdowns, Einreise- und Flugbeschränkungen sowie die allgemeine Verunsicherung der Gäste bescherten der heimischen Tourismuswirtschaft seit März 2020 herbe Verluste. Nach einer kurzen Atempause im Sommer 2020 entfiel die Wintersaison 2020/21 zur Gänze. Seit der Öffnung der Beherbergungsbetriebe im Mai 2021 gewann die Nachfrage zwar wieder an Schwung. Die Aussichten für die Wintersaison 2021/22 trüben sich jedoch angesichts der deutlichen Zunahme des Infektionsgeschehens, der Verschärfung der behördlichen Restriktionen und der Reisewarnungen für Österreich immer mehr ein.

JEL-Codes: L83, R11, Z30 • **Keywords:** Tourismus, COVID-19

Begutachtung: Matthias Firgo • Abgeschlossen am 18. 11. 2021

Kontakt: Mag. Dr. Oliver Fritz (oliver.fritz@wifo.ac.at), Anna Burton, MSc, BSc (anna.burton@wifo.ac.at), Sabine Ehn-Fragner (sabine.ehn-fragner@wifo.ac.at)

COVID-19 Crisis Causes Heavy Losses for the Austrian Tourism

Lockdowns, travel and flight restrictions as well as general COVID-19 related uncertainties have caused major losses in the tourism industry since March 2020. After a slight recovery in summer 2020, tourism activities were banned altogether during the winter season 2020-21. Since the opening of the touristic accommodation facilities in May 2021, demand has been gaining momentum again. However, in view of the significant increase in infections rates, the tightening of official restrictions, and travel warnings against Austria the prospects for the 2021-22 winter season are becoming increasingly gloomy.

1. Tourismus bricht weltweit um fast drei Viertel ein

Die Zahl internationaler Ankünfte schrumpfte 2020 auf knapp 400 Mio. (-72,8%), wovon rund drei Fünftel auf Europa entfielen.

Mit 1,47 Mrd. Ankünften ausländischer Gäste hatte der Welttourismus 2019 einen neuen Höchstwert erreicht. 2020 brach die Nachfrage jedoch infolge der COVID-19-Pandemie um rund drei Viertel ein (auf 398,9 Mio. internationale Ankünfte; Abbildung 1). Asien und der pazifische Raum verzeichneten dabei die relativ stärksten Einbußen (-84,2% auf 56,9 Mio.), ihr Marktanteil an den globalen Ankünften ausländischer Gäste schrumpfte von rund einem Viertel (2019) auf 14,3% im Jahr 2020. Europa büßte mit 235,9 Mio. Ankünften 68,4% der ausländischen Nachfrage ein, konnte jedoch seine Stellung als bedeutendste touristische Weltregion merklich ausbauen (+8,2 Prozentpunkte auf 59,1% Marktanteil). Dies ist vor allem auf den etwas schwächeren Nachfrageeinbruch in Westeuropa (-61,5%) zurückzuführen, auf das 2020 ein Drittel der Ankünfte in Europa entfiel. Die Zielregion Amerika (einschließlich der Karibik) erlitt mit -68,1% ähnlich hohe Einbußen wie Europa, gewann jedoch ebenfalls leicht an Marktanteil (+2,0 Prozentpunkte auf 17,5%). Afrika und der Nahe Osten verzeichneten 2020 mit 18,1 Mio. bzw. 18,2 Mio. Ankünften ausländischer Gäste nur etwa ein Viertel der Nachfrage des Vorjahres (-74,2% bzw. -74,0%). Der Marktanteil dieser Regionen am Welttourismus sank damit um 0,3 bzw. 0,2 Prozentpunkte (Afrika: von 4,8% auf 4,5%, Nahe Osten: von 4,8% auf 4,6%).

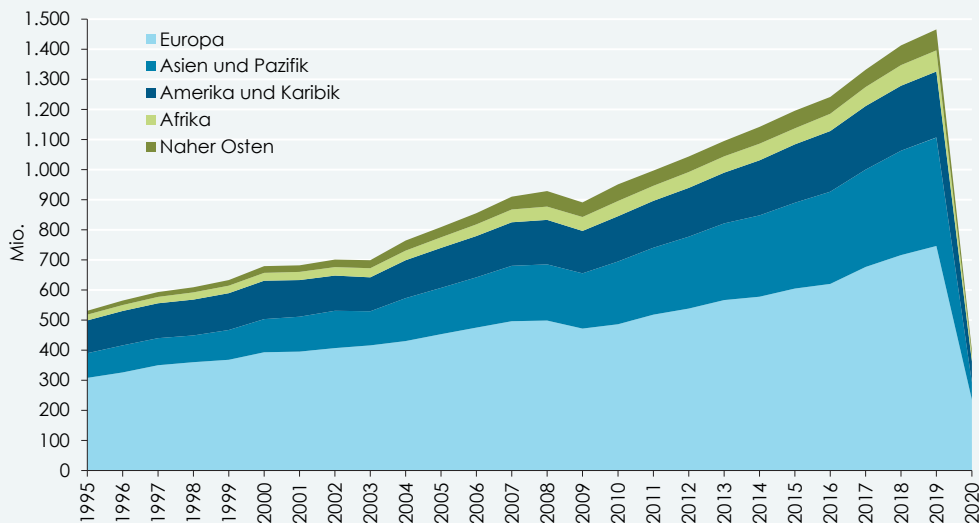
Im Vergleich zum Vorkrisenniveau der weltweiten internationalen Gästeankünfte (2019) klafft auch im bisherigen Jahresverlauf 2021 (Jänner bis Mai) eine beträchtliche Lücke von durchschnittlich 85,4%. Während es in Asien in den ersten fünf Monaten 2021 kaum internationale touristische Aktivitäten gab (-95,5% gegenüber 2019), erholt sich die Nachfrage in Amerika seit März zunehmend (-71,9%). In den übrigen Weltregionen zeigten sich erst im Mai leichte Aufwärtstendenzen. Dennoch liegen die Zahlen für Europa, Afrika und den Nahen Osten noch immer um mehr als 80% unter den Vergleichswerten von 2019 (Abbildung 2). Dabei sollte allerdings bedacht werden, dass die internationalen Ankünfte nur einen Teil des gesamten Nachfragevolumens ausmachen, da die touristische Binnennachfrage bei dieser Betrachtung außen vor bleibt.

Die World Tourism Organization (UNWTO) skizzierte im Welttourismus-Barometer vom Mai 2021 zwei Szenarien für das Gesamtjahr 2021. Sie unterstellte eine allmähliche Öffnung der Grenzen und eine erneute Zunahme der internationalen Reisetätigkeit ab Juli (Szenario 1) bzw. September 2021 (Szenario 2). Daneben rechnete sie mit einem Anstieg der Impfquote und einer verbesserten internationalen Koordination der COVID-19-spezifischen Reiseanforderungen. Auf

Basis dieser Annahmen ergab sich für 2021 für die internationalen Gästeankünfte eine Lücke von 63% (Szenario 1) bzw. 75% (Szenario 2) gegenüber dem Vorkrisenniveau 2019 (UNWTO, 2021). Die derzeit in vielen Ländern beobachtbare vierte COVID-19-Welle beeinträchtigt jedoch zusammen mit dem hinter den Erwartungen zurückbleibenden

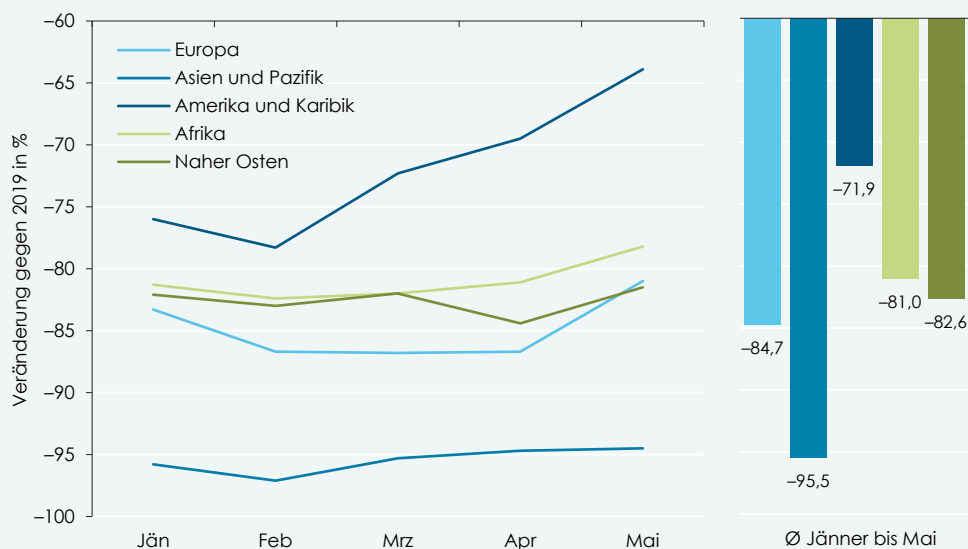
Impferfolg die Validität dieser Szenarien. Rückblickend erscheint daher selbst das pessimistischere Szenario 2 als zu optimistisch, da in vielen für den Welttourismus wichtigen Ländern bis dato immer noch strenge Einreisebeschränkungen gelten (z. B. in den USA).

Abbildung 1: Entwicklung der internationalen Touristenankünfte nach Weltregionen



Q: UNWTO. 2020: vorläufig.

Abbildung 2: Monatliche Entwicklung der internationalen Touristenankünfte 2021



Q: UNWTO. 2020: vorläufig.

2. Position Österreichs im internationalen europäischen Tourismus

In Österreich fielen 2020 die krisenbedingten Einbußen bei den nominellen Einnahmen im internationalen Reiseverkehr (ohne internationalen Personentransport) deutlich geringer aus als im Durchschnitt der EU 27 (-39,0%

gegenüber -57,2%; auf Dollarbasis). Dies führte zu einem sprunghaften Anstieg des heimischen Marktanteils von 5,4% (2019) auf 7,8%. Im langfristigen Vergleich war er zuletzt 1996 mit 7,7% ähnlich hoch, während er im

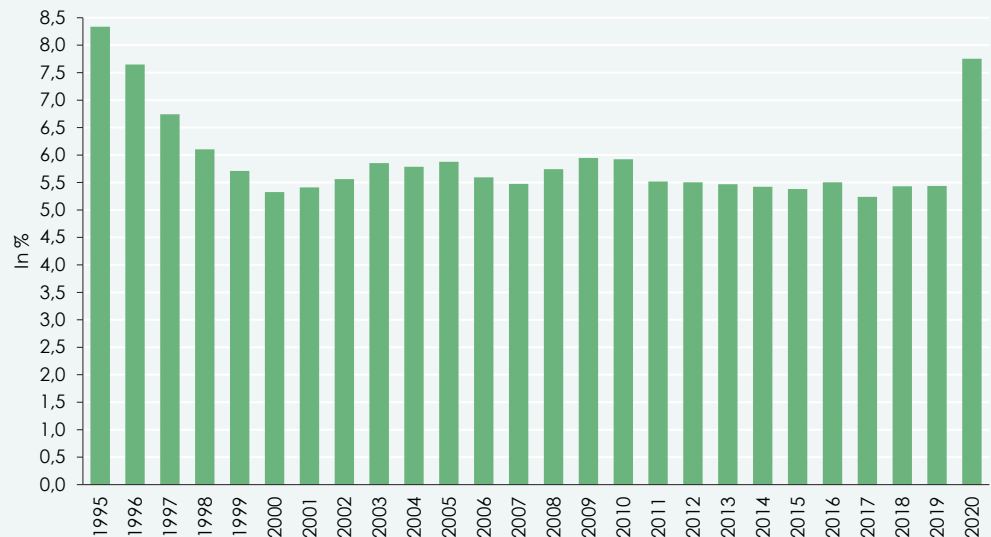
Österreichs Marktanteil an den nominellen Tourismusexporten der EU 27 stieg 2020 krisenbedingt auf 7,8% an. Ein ähnlich hoher Wert war zuletzt 1996 erreicht worden.

Durchschnitt der Jahre 2000/2019 nur bei 5,6% lag. Im Vergleich zum Jahr 2000 beträgt der Zuwachs im Marktanteil 2,4 Prozentpunkte (Abbildung 3). Die Position Österreichs unter den 27 EU-Ländern blieb mit Rang 5 aber auch 2020 unverändert.

Österreich nimmt diesen Rang bereits seit 1995 ein, mit Ausnahme der Jahre 2012 und 2013 (Rang 6). Mit dem Ende der COVID-19-Pandemie dürfte der heimische Marktanteil wieder deutlich abnehmen.

Abbildung 3: **Österreichs Marktanteil am internationalen europäischen Tourismus**

Gemessen an den nominellen Tourismusexporten der EU 27



Q: IWF; OeNB; Statistik Austria; UNWTO; wüw; WIFO-Berechnungen, WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Ohne internationalen Personentransport.

Seit 2000 entwickelten sich die nominellen Tourismuseinnahmen nur in sechs EU-Mitgliedsländern (Rumänien, Lettland, Slowakei, Kroatien, Bulgarien sowie Portugal) dynamischer als in Österreich (im Durchschnitt +3,3% p. a. gegenüber +1,8% p. a.). Der Marktanteil dieser sechs Länder lag allerdings im Jahr 2000 insgesamt bei knapp 5,5% und war damit nur geringfügig höher als jener Österreichs. 2020 stellte diese Gruppe von Ländern bereits über ein Zehntel (10,5%) der EU-weiten nominellen Tourismusexporte. Portugal war dabei mit einem Marktanteil von 4,9% (+2,1 Prozentpunkte seit 2000) das bedeutendste der sechs Länder.

Die durchschnittliche jährliche Dynamik der nominellen Reiseverkehrseinnahmen aus dem Ausland war im Zeitraum 2000/2020 in der EU 27 in Belgien und Luxemburg (zusammen +1,8% p. a.), Polen (+1,6% p. a.), den Niederlanden (+1,2% p. a.) und Deutschland

(+0,9% p. a.) ähnlich hoch oder etwas schwächer als in Österreich. 2020 steuerten die genannten Wachstumsmärkte 27,9% zum EU-weiten Umsatzvolumen bei (+6,3 Prozentpunkte gegenüber 2000).

Während die Einnahmen des bedeutendsten Tourismuslandes der EU, Frankreich, zu laufenden Preisen seit 2000 praktisch unverändert sind und sich sein Marktanteil seitdem nur leicht auf 18,1% verbessert hat (+0,2 Prozentpunkte), verzeichneten Italien, Spanien und Griechenland überproportional starke Umsatzrückgänge (durchschnittlich -1,6% bis -3,0% pro Jahr). Dementsprechend verloren die drei letztgenannten Länder seit 2000 innerhalb der EU teils deutlich an Marktanteil (Italien -3,9 Prozentpunkte auf 11,1%, Spanien -7,0 Prozentpunkte auf 10,2%, Griechenland -2,3 Prozentpunkte auf 2,8%).

3. COVID-19-Krise: Tourismusnachfrage in Österreich nach drastischem Einbruch im Vorjahr 2021 erneut rückläufig

3.1 Saison- und Gästestruktur durch Lockdowns und Reisebeschränkungen stark verschoben – kräftige Erholung im Sommertourismus

Im Krisenjahr 2020 verzeichnete der heimische Tourismus mit 97,9 Mio. Nächtigungen

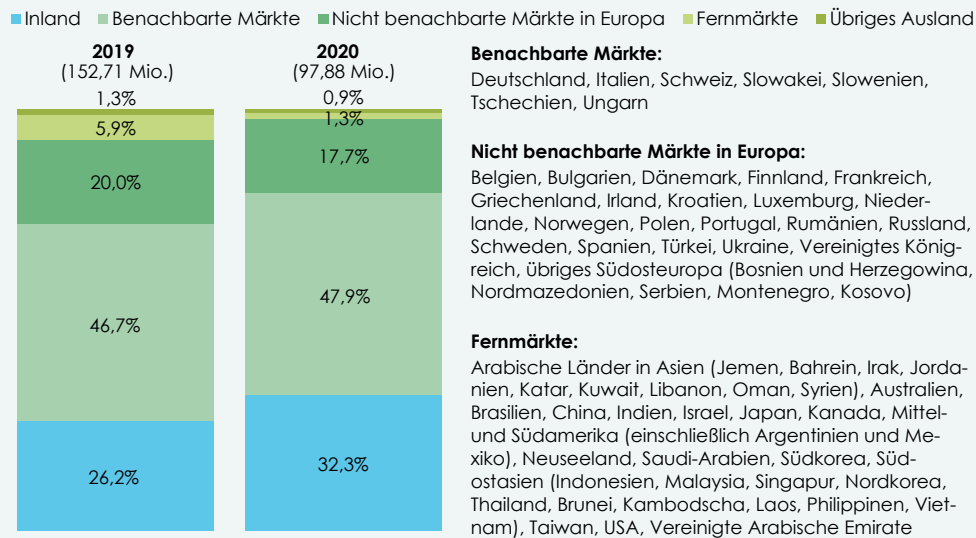
und lediglich 25,0 Mio. Ankünften ein Langzeittief (-35,9% bzw. -45,8% gegenüber dem Vorjahr). Die touristische Wintersaison 2020/21 fiel aufgrund von Lockdowns nahezu vollständig aus (Nächtigungen -92,4% bzw. Ankünfte -92,7% gegenüber der Wintersaison 2018/19) – lediglich 1,2 Mio.

Ankünfte und 5,6 Mio. Übernachtungen markieren einen historischen Tiefststand. Im zweiten von der COVID-19-Krise geprägten Tourismusjahr 2021 erholte sich die Nachfrage mit der Aufhebung der behördlichen Betretungsverbote Mitte Mai jedoch rascher als 2020 (Nachtigungen: Mai +277,9%, Juni

+41,8% gegenüber dem Vorjahr), auch bedingt durch die frühere Wiederherstellung der Reisefreiheit innerhalb Europas. Von Mai bis August 2021 wurden in Österreich 46,6 Mio. Nachtigungen und 12,6 Mio. Gästeankünfte verzeichnet (+17,6% bzw. +19,3% gegenüber dem Vergleichszeitraum 2020).

Nach dem Totalausfall der Wintersaison 2020/21 kehrten die Gäste ab Mai rasch zurück. Für den Sommer 2021 werden 22% mehr Nachtigungen als 2020 erwartet.

Abbildung 4: **Struktur der Übernachtungen in Österreich nach der Entfernung der Herkunftsmärkte**



Q: Statistik Austria; WIFO-Berechnungen; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond.

Übersicht 1: **Übernachtungen und Umsätze im österreichischen Tourismus**

	Übernachtungen			Umsätze					
	Aus dem Inland	Aus dem Ausland	Insgesamt	Binnenreiseverkehr		Internationaler Reiseverkehr ¹⁾		Insgesamt ¹⁾	
	In 1.000			Nominell	Real ²⁾	Nominell	Real ²⁾	Nominell	Real ²⁾
Mio. €									
2000	31.153	82.534	113.686	4.060	6.009	12.201	17.493	16.261	23.502
2005	31.501	87.741	119.242	4.742	6.163	14.700	18.609	19.442	24.772
2010	35.024	89.857	124.881	5.442	6.257	15.705	17.861	21.147	24.118
2015	36.425	98.824	135.249	6.007	6.007	18.355	18.355	24.362	24.362
2016	38.014	102.863	140.877	6.283	6.123	18.953	18.553	25.236	24.675
2017	38.523	105.977	144.500	6.471	6.123	19.954	18.936	26.425	25.059
2018	39.390	110.430	149.819	6.716	6.153	21.408	19.738	28.124	25.891
2019	39.944	112.765	152.709	6.890	6.204	23.129	20.930	30.019	27.134
2020	31.596	66.280	97.876	5.326	4.716	13.436	11.959	18.762	16.676
2021 ³⁾	30.788	50.634	81.423	5.474	4.706	11.212	9.679	16.685	14.385
Veränderung gegen das Vorjahr in %									
2000	+ 2,8	+ 0,1	+ 0,8	+ 8,9	+ 6,2	+ 6,1	+ 3,6	+ 6,8	+ 4,2
2005	+ 0,5	+ 2,1	+ 1,7	+ 5,8	+ 3,1	+ 5,8	+ 3,0	+ 5,8	+ 3,0
2010	+ 1,7	- 0,0	+ 0,5	+ 1,3	- 1,3	+ 2,1	+ 0,4	+ 1,9	- 0,1
2015	+ 2,1	+ 2,7	+ 2,5	+ 4,2	+ 2,0	+ 5,2	+ 3,4	+ 5,0	+ 3,1
2016	+ 4,4	+ 4,1	+ 4,2	+ 4,6	+ 1,9	+ 3,3	+ 1,1	+ 3,6	+ 1,3
2017	+ 1,3	+ 3,0	+ 2,6	+ 3,0	+ 0,0	+ 5,3	+ 2,1	+ 4,7	+ 1,6
2018	+ 2,2	+ 4,2	+ 3,7	+ 3,8	+ 0,5	+ 7,3	+ 4,2	+ 6,4	+ 3,3
2019	+ 1,4	+ 2,1	+ 1,9	+ 2,6	+ 0,8	+ 8,0	+ 6,0	+ 6,7	+ 4,8
2020	- 20,9	- 41,2	- 35,9	- 22,7	- 24,0	- 41,9	- 42,9	- 37,5	- 38,5
2021 ³⁾	- 2,6	- 23,6	- 16,8	+ 2,8	- 0,2	- 16,6	- 19,1	- 11,1	- 13,7

Q: Statistik Austria; OeNB; WIFO, WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Einschließlich internationaler Personentransport. – ²⁾ Zu Preisen von 2015. – ³⁾ Prognose: Übernachtungen Stand 8. 11. 2021, Einnahmen Stand 15. 11. 2021.

Vor allem die Nachfrage des für den österreichischen Tourismus wichtigen internationalen Gästesegmentes erholte sich im Sommer 2021 kräftig (Mai bis August 2021: Nächtigungen +24,6% gegenüber dem Vorjahr). Auch die schon im Sommer 2020 lebhaftere Inlandsnachfrage legte weiter zu (Mai bis August +7,1% gegenüber der Vorjahresperiode); in absoluten Zahlen stiegen die Nächtigungen um 5,9 Mio. (ausländische Gäste) bzw. 1,1 Mio. (inländische Reisende). Während das Nachfragevolumen in der ersten Sommerhälfte 2021 (Mai bis Juli) noch immer um ein Drittel geringer gewesen war als vor der Krise, profitierte der heimische Tourismus im wichtigsten Sommermonat August von einem deutlichen Nächtigungsanstieg bei internationalen Gästen (+27,6% gegenüber 2020, Binnenreisende -7,3%). Dadurch konnte die Nächtigungszahl von August 2019 um 2,2% übertroffen werden, womit sich die krisenbedingt stark veränderte Relation zwischen in- und ausländischen Gästen wieder leicht normalisierte (Nächtigungen Mai bis August 2020: 39,9% inländische Gäste, 60,1% ausländische Gäste; Mai bis August 2021: 36,3% zu 63,7%). Im Vergleich zu 2019 (inländische Gäste 28,8%, ausländische Gäste 71,2%) differiert die Gästestruktur jedoch noch immer deutlich.

Aktuelle Schätzungen rechnen für die gesamte Sommersaison 2021 (Mai bis Oktober) mit rund 65,7 Mio. Nächtigungen (+22% gegenüber 2020, knapp -17% gegenüber 2019). Dabei dürfte sich die Nachfrage internationaler Gäste auf 41,8 Mio. Übernachtungen belaufen, was im Vergleich zur Normalsaison 2019 Einbußen von einem Fünftel bedeuten würde, gegenüber dem Sommer 2020 jedoch einem Zuwachs um knapp ein Drittel entspräche (rund +32%). Gleichzeitig dürfte die Zahl der Nächtigungen Binnenreisender mit rund 23,9 Mio. nicht nur jene von 2020 (+7½%), sondern auch das Vorkrisenniveau von 2019 übersteigen (+2½%).

3.2 Saisonale und regionale Entwicklung nach Angebot und Gäste-Mix unterschiedlich

3.2.1 Wintersaison 2020/21

Mit Ausnahme von Geschäftsreisenden und Kurgästen unterlagen die österreichischen Beherbergungsbetriebe von Anfang November 2020 bis 18. Mai 2021 durchgehend behördlichen Betretungsverboten für touristische Zwecke. Die Nachfrage in der Wintersaison 2020/21 beschränkte sich somit auf ein sehr kleines Gästesegment. Erwartungsgemäß waren die Einbußen bei Binnenreisenden österreichweit geringer als im Bereich internationaler Gäste (Ankünfte -81,4% gegenüber -97,1%, Übernachtungen -69,3% gegenüber -96,6%). Dementsprechend verschob sich auch der Nächtigungsanteil in- bzw. ausländischer Gäste deutlich gegenüber der Vorkrisensaison 2018/19: Die

Bedeutung Binnenreisender stieg von 18,5% auf 54,3%, jene internationaler Gäste sank von 81,5% auf 45,7%.

Im Burgenland sowie in Nieder- und Oberösterreich wurden Unterkünfte während der Lockdowns auch von Arbeitskräften (zumeist aus dem Baugewerbe) und im Zuge von Sportveranstaltungen genutzt, dienten also nichttouristischen Zwecken; darüber hinaus war der dort rege Kurtourismus nicht von den Lockdowns betroffen. Die Bilanz der Wintersaison fiel in diesen Bundesländern daher deutlich günstiger aus als im Rest Österreichs (Niederösterreich -48,8%, Oberösterreich -64,9%, Burgenland -67,0%, Österreich insgesamt -90,7%). In der Städtemetropole Wien und in den wintersportorientierten Bundesländern Westösterreichs erreichten die Nächtigungszahlen im Winter 2020/21 nicht einmal ein Zehntel der Nachfrage der Vorjahressaison (Wien -91,7%, Tirol -97,0%, Vorarlberg -96,3%, Salzburg -95,5%; Abbildung 5). In Wien lag dies an der Absage von Veranstaltungen und Weihnachtsmärkten, in Westösterreich am Ausbleiben der Wintersportgäste.

3.2.2 Sommersaison 2021

Die Sommersaison begann 2021 Mitte Mai und damit zwar verspätet, aber dennoch früher als 2020. Durch die Aufhebung internationaler Reisebeschränkungen konnten 2021 auch Gäste aus dem europäischen Ausland begrüßt werden. Die Ausgangslage für den Sommertourismus war damit 2021 etwas günstiger als im Vorjahr: Die Nächtigungsnachfrage war im Durchschnitt der Vorsaison (Mai, Juni) gut halb so hoch wie 2019, während im Vergleichszeitraum 2020 nicht einmal ein Drittel des Vorkrisenniveaus erreicht worden war. In den Sommerhauptmonaten Juli und August lag die Nachfrage 2021 um durchschnittlich 7,9% über dem Vorjahresniveau, nachdem sie 2020 um 12,0% geschrumpft war. Im August überstieg die Zahl der Nächtigungen sogar jene des Jahres 2019 (+2,2%). Dabei lag die Nachfrage Binnenreisender um 14,3% über dem Vorkrisenniveau, während bei den internationalen Gästen nur noch 2,2% auf 2019 fehlten.

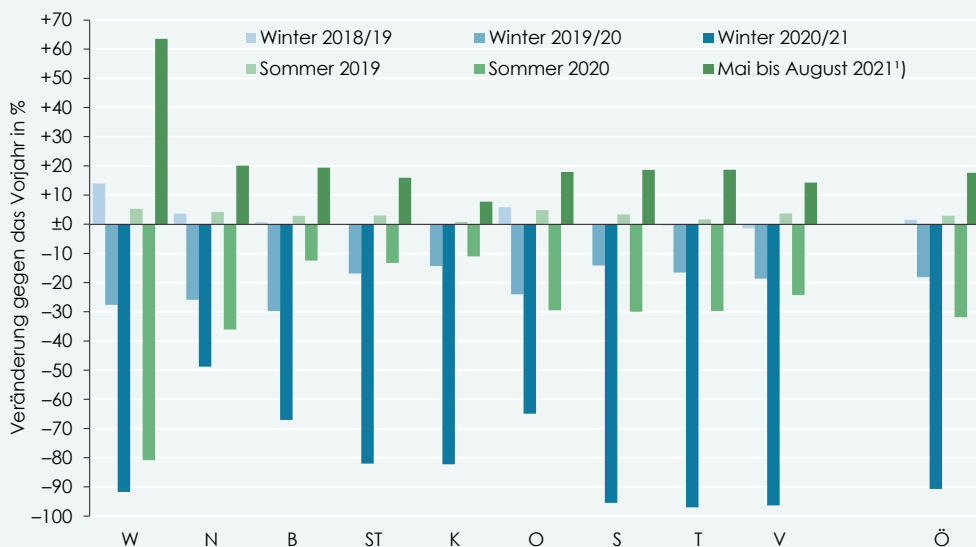
Für die Sommersaison 2021 liegen bisher nur Daten für Mai bis August vor. Auf regionaler Ebene erfuhr in diesem Zeitraum Wien mit +63,6% gegenüber dem Vorjahr die stärkste Erholung der Nächtigungsnachfrage. Wien hatte im Vergleichszeitraum 2020 unter allen Bundesländern die mit Abstand kräftigsten Verluste erlitten (-81,4% gegenüber Mai bis August 2019). Die Erholung 2021 reichte dennoch nicht aus, um die Einbußen des Vorjahres zu kompensieren: Die Bundeshauptstadt erzielte von Mai bis August 2021 nur 30,4% des Nächtigungsvolumens von 2019 (-4,6 Mio. Nächtigungen). Auch in Nieder- und Oberösterreich (+20,1% bzw. +17,9%)

Nach dem Totalausfall der Wintersaison 2020/21 erholte sich der heimische Tourismus im Sommer, entwickelte sich regional aber sehr unterschiedlich.

sowie in Salzburg (+18,6%) konnten die hohen relativen Zuwächse im Sommer 2021 (Mai bis August) die deutlichen Verluste des Jahres 2020 (rund ein Drittel bis zwei Fünftel) nur teilweise kompensieren. Die Lücke zum Vorkrisenniveau beläuft sich in diesen Bundesländern somit immer noch auf 20% bis 28% (2021 gegenüber 2019, jeweils Mai bis August). In absoluten Zahlen ist die Nach-

fragelücke im Tourismusbundesland Tirol nach Wien am größten (-2,6 Mio. Nächtigungen bzw. -15,8% gegenüber Mai bis August 2019). Die geringsten relativen Einbußen gegenüber 2019 verzeichneten von Mai bis August 2021 die Regionen im Osten und Süden Österreichs (Burgenland -3,9%, Steiermark -4,8%, Kärnten -8,2%, vorläufige Werte; Abbildung 5).

Abbildung 5: Regionale und saisonale Entwicklung der Übernachtungen insgesamt



Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Vorläufige Werte.

3.2.3 Regionale Unterschiede in der Gästestruktur

Durch die behördlich verordneten Betretungsverbote in der Hotellerie und Gastronomie, die sich über die gesamte Wintersaison 2020/21 erstreckten, fielen die Nachfrageeinbußen in allen Bundesländern empfindlich aus. Ausnahmen bildeten, wie bereits erwähnt, lediglich Regionen mit ausgeprägtem Kur- und Geschäftstourismus. Die entsprechenden Gäste-segmente bescherten den nordöstlichen Bundesländern im Winter 2020/21 eine relativ bessere Nächtigungsstatistik (Niederösterreich -48,8%, Oberösterreich -64,9%, Burgenland -67,0%) als den Städte- und Wintersportdestinationen (Wien -91,7%, Westösterreich durchschnittlich -96,4%, Österreich insgesamt -90,7%; Übersicht 2).

Mit Blick auf die bisherige Sommersaison 2021 lassen sich wesentliche regionale Unterschiede in der Tourismusentwicklung auf die unterschiedliche Gästestruktur zurückführen. Im Sommer 2021 (Mai bis August) kehrten die ausländischen Gäste deutlich rascher zurück als im Vergleichszeitraum 2020 (Nächtigung-

gen -29,4% bzw. -43,3% gegenüber Mai bis August 2019). Bei den inländischen Touristinnen und Touristen war der Abstand zum Vorkrisenniveau in beiden Jahren vergleichsweise gering (2021 -0,6%, 2020 -7,2%). Damit nahm im Sommer 2021 der Marktanteil internationale Nächtigungen wieder auf 63,7% zu und näherte sich leicht dem Vorkrisenniveau (2019: 70,9%). Im Gegensatz zum Vorjahr konnten sich im Sommer 2021 daher auch Regionen mit höherer Abhängigkeit von ausländischen Quellmärkten erholen, allen voran die stark krisengeschüttelte Bundeshauptstadt. In Wien entfallen in Normaljahren über 80% der Nächtigungen auf internationale Gäste. 2021 erzielte Wien im Vergleich zum Vorjahr ein Nächtigungsplus von 63,6% (2020 -81,4%).

Die Nächtigungsnachfrage aus Deutschland, dem mit knapp zwei Dritteln Marktanteil wichtigsten internationalen Quellmarkt im heimischen Tourismus, erholte sich von Mai bis August 2021 etwas schwächer als die ausländische Nachfrage insgesamt (+20,0% bzw. +24,6% gegenüber Mai bis August 2020)¹⁾. Die Bundesländer profitierten jedoch unterschiedlich stark von der Rückkehr der

Kur- und Geschäftstourismus waren im Winter 2020/21 die einzigen Einnahmequellen. Im Sommer 2021 profitierte der heimische Tourismus von der Rückkehr ausländischer Gäste und einer weiterhin lebhaften Binnennachfrage.

¹⁾ Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die anderen Quellmärkte wesentlich geringere Nachfragemolumina aufweisen, wodurch auch kleine absolute

Zuwächse in hohen relativen Veränderungsraten resultieren.

Ferienwohnungen und -häuser wurden auch 2021 stärker nachgefragt als andere Unterkunftsarten. Die Hotellerie gewinnt allmählich wieder an Boden.

deutschen Gäste: Deutlich kräftiger als in Ober- und Niederösterreich (+13,8% bzw. +16,7%) sowie in Kärnten (+14,2%) waren die Nächtigungszuwächse in diesem Gästesegment in Wien (+29,6%). Auch die anderen Bundesländer verzeichneten höhere Zuwächse (+20,4% bis +23,4%). Gegenüber dem Vergleichszeitraum 2019 klafft in Wien und Niederösterreich dennoch eine merkliche Lücke von rund 60% bzw. 40%. In den westlichen Bundesländern Salzburg, Tirol und Vorarlberg (jeweils -1,6%) und in der Steiermark (-4,8%) konnte hingegen das Vorkrisenniveau schon fast wieder erreicht werden.

Mit einem Anteil von 9,9% am internationalen Nächtigungsaufkommen waren die Niederlande im Sommer 2021 (Mai bis August) für Österreich der touristisch zweitwichtigste

Herkunftsmarkt. Die Nahmärkte Italien, Schweiz, Belgien, Tschechien, Ungarn und Polen erreichten zusammen ein Gewicht von 14,5%. Fernreisende aus Amerika und Asien²⁾ spielten mit 1,2% hingegen nur eine untergeordnete Rolle.

3.2.4 Struktur der Nachfrage nach Unterkunftsarten

Auch wenn die Lockdowns den Tourismus in der Wintersaison 2020/21 beinahe zum Stillstand brachten, lässt eine Betrachtung nach Beherbergungstyp Unterschiede im Ausmaß der Betroffenheit erkennen (gewerbliche und private Ferienwohnungen und -häuser -95,8%, Hotellerie -92,1%, Privatquartiere -85,4%, andere Unterkünfte, wie Kurheime, Jugendherbergen, Schutzhütten, sonstige Unterkünfte -60,4%; Übersicht 2).

Übersicht 2: Regionale und saisonale Entwicklung der Übernachtungen nach Herkunft und Unterkunftsart

	Wien	Nieder- österreich	Burgen- land	Steier- mark	Kärnten	Ober- österreich	Salzburg	Tirol	Vorarl- berg	Österreich
	Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Wintersaison 2020/21										
Insgesamt	- 91,7	- 48,8	- 67,0	- 82,0	- 82,3	- 64,9	- 95,5	- 97,0	- 96,3	- 90,7
Aus dem Inland	- 75,6	- 40,1	- 67,8	- 74,1	- 62,3	- 57,1	- 83,5	- 76,0	- 74,8	- 69,3
Aus dem Ausland	- 95,4	- 67,3	- 61,7	- 91,1	- 93,6	- 77,3	- 98,5	- 98,4	- 98,2	- 96,6
Aus Deutschland	- 93,7	- 69,9	- 80,1	- 94,8	- 95,4	- 87,1	- 99,2	- 99,3	- 98,7	- 98,2
Hotels und ähnliche Betriebe	- 92,4	- 61,2	- 85,0	- 84,8	- 84,9	- 74,8	- 96,6	- 97,0	- 95,3	- 92,1
5/4-Stern	- 93,4	- 68,5	- 95,0	- 86,6	- 87,7	- 82,0	- 97,8	- 97,7	- 95,7	- 93,8
3-Stern	- 90,0	- 53,6	- 48,1	- 82,3	- 84,2	- 70,5	- 96,0	- 96,5	- 95,3	- 90,2
2/1-Stern	- 93,5	- 50,0	+ 5,3	- 84,9	- 62,1	- 57,4	- 91,1	- 95,6	- 93,4	- 88,5
Gewerbliche Ferienwohnungen und -häuser	- 76,8	- 11,4	- 85,1	- 95,3	- 95,0	- 46,2	- 99,0	- 97,9	- 99,2	- 96,1
Private Ferienwohnungen und -häuser	- 88,9	- 51,6	- 41,5	- 90,4	- 88,7	- 79,4	- 97,2	- 97,0	- 97,9	- 95,6
Privatquartiere	- 91,0	- 31,7	- 52,7	- 77,1	- 66,9	- 45,5	- 91,8	- 94,7	- 94,3	- 85,4
Camping	- 100,0	- 68,1	+ 402,6	- 57,5	- 82,8	- 90,2	- 90,3	- 99,4	- 95,9	- 93,5
Andere Unterkünfte	- 97,1	- 14,6	- 21,9	- 35,7	- 46,1	- 37,9	- 80,7	- 91,8	- 96,5	- 60,4
Mai bis August 2021¹⁾										
Insgesamt	+ 63,6	+ 20,1	+ 19,4	+ 15,9	+ 7,8	+ 17,9	+ 18,6	+ 18,7	+ 14,3	+ 17,6
Aus dem Inland	+ 39,9	+ 15,0	+ 16,6	+ 8,4	+ 0,4	+ 12,7	+ 3,9	- 1,2	+ 0,6	+ 7,1
Aus dem Ausland	+ 75,5	+ 36,4	+ 32,6	+ 32,5	+ 16,4	+ 26,4	+ 25,9	+ 21,9	+ 16,9	+ 24,6
Aus Deutschland	+ 29,6	+ 16,7	+ 20,6	+ 23,4	+ 14,3	+ 13,8	+ 20,4	+ 21,1	+ 20,8	+ 20,0
Hotels und ähnliche Betriebe	+ 64,2	+ 22,2	+ 26,7	+ 16,3	+ 8,9	+ 22,2	+ 21,3	+ 24,7	+ 22,9	+ 22,4
5/4-Stern	+ 74,2	+ 34,1	+ 31,3	+ 21,1	+ 12,9	+ 30,7	+ 22,7	+ 29,7	+ 26,5	+ 27,5
3-Stern	+ 45,2	+ 14,3	+ 15,7	+ 10,5	+ 5,0	+ 21,7	+ 18,0	+ 16,4	+ 19,9	+ 15,8
2/1-Stern	+ 73,4	+ 8,2	+ 43,9	+ 16,0	+ 3,2	+ 1,5	+ 25,7	+ 19,9	+ 14,4	+ 17,5
Gewerbliche Ferienwohnungen und -häuser	+ 75,9	+ 43,8	+ 33,5	+ 15,8	- 0,5	+ 25,4	+ 20,1	+ 16,4	+ 18,9	+ 16,1
Private Ferienwohnungen und -häuser	+ 51,6	+ 0,8	+ 7,7	+ 9,3	+ 3,8	+ 3,5	+ 12,4	+ 9,6	+ 6,9	+ 9,0
Privatquartiere	+ 46,6	+ 1,1	+ 5,5	+ 4,2	+ 4,6	+ 7,0	+ 8,4	+ 7,2	- 1,7	+ 5,7
Camping	+ 12,5	+ 0,4	+ 1,1	+ 28,9	+ 9,5	+ 0,6	+ 10,6	+ 10,0	- 0,1	+ 9,4
Andere Unterkünfte	+ 72,6	+ 39,1	+ 41,5	+ 19,8	+ 19,6	+ 25,7	+ 22,8	+ 16,2	- 1,4	+ 23,6

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Vorläufige Werte.

Die Hotellerie als traditionell wichtigster Beherbergungstyp verlor von November 2020 bis April 2021 spürbar an Marktanteil: Nur noch gut die Hälfte (52,3%) des bereits stark

geschrumpften Nächtigungsaufkommens entfiel auf die 1- bis 5-Stern-Betriebe (Winter 2019/20: 61,4%, Normalsaison 2018/19: 62,8%). Einzig in Vorarlberg nahm die relative

²⁾ Dazu zählen folgende Herkunftsländer: USA, Kanada, Brasilien, Japan, China, Indien, Russland, Vereinigte Arabische Emirate, Saudi-Arabien.

Bedeutung der Hotellerie im Winter 2020/21 markant zu (+15,4 Prozentpunkte auf 72,7% Marktanteil), wobei die touristische Nachfrage in diesem Bundesland fast vollständig einbrach (Nächtigungen insgesamt -96,3%) und die Hotellerie nur einen geringfügig schwächeren Rückgang von 95,3% verzeichnete. Die Nachfrage nach gewerblichen Ferienunterkünften und Privatquartieren war im Winter 2020/21 in Nieder- und Oberösterreich relativ hoch. Dies ist vor allem dem aufrechten Kurbetrieb sowie der behördlichen Erlaubnis geschuldet, trotz Lockdowns Arbeitskräfte zu beherbergen (Übersicht 2).

Anders als im Winter gewann die Hotellerie im Sommer 2021 (Mai bis August) im Vergleich zum Vorjahr und zum Durchschnitt aller Unterkünfte überproportional an Beliebtheit (Nachtigungen: Hotellerie +22,4% gegenüber +17,6% insgesamt). Ihr Marktanteil stieg dadurch auf 55,3% (2020: 53,1%, 2019: 59,5%). Davon profitierte vor allem das hochpreisige Segment der 5/4-Stern-Betriebe (+27,5%), während die 3- und die 2/1-Stern-Kategorie eine deutlich geringere Dynamik aufwies (+15,8% bzw. +17,5%). Dennoch fehlen der österreichischen Hotellerie insgesamt immer noch knapp 9,4 Mio. Nachtigungen (-26,7%) auf das Allzeithoch von 2019 (Mai bis August). Die Nächtigungszahlen in "anderen Unterkünften" entwickelten sich nicht nur in der Wintersaison 2020/21, sondern auch im Sommer 2021 (+23,6%, Mai bis August) vergleichsweise am günstigsten. Bei den Ferienwohnungen divergierte die Nächtigungsdynamik im Sommer (Mai bis August) wesentlich zwischen dem gewerblichen (+16,1%) und dem privaten Segment (+9,0%); das private Segment verlor damit gegenüber dem Vorjahr stärker an Bedeutung (-1,1 Prozentpunkte auf 13,4% Marktanteil, gewerblich -0,1 Prozentpunkte auf 9,9%). Privatquartiere wurden von Mai bis August 2021 ebenso deutlich unterdurchschnittlich frequentiert (+5,7%).

3.2.5 Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Beherbergungs- und Gaststättenwesen

Nach einer leichten Entspannung im Sommer 2020 verschlechterte sich die Beschäftigungssituation im Tourismus (ÖNACE 2008, Abschnitt I) in der Wintersaison 2020/21 deutlich, was auf den anhaltenden Lockdown zurückzuführen war. Die Zahl der Beschäftigungsverhältnisse war im Winter 2020/21 österreichweit um rund 75.000 (-33,1%) geringer als in der Wintersaison 2019/20, wobei in der Beherbergung relativ mehr Personal abgebaut wurde als in der Gastronomie (-43,7% zu -24,1%). Erst mit der Öffnung von Gastronomie und Hotellerie Mitte Mai 2021 kehrte sich der Trend um: Von Mai bis September stieg die Beschäftigung im gesamten Abschnitt I gegenüber dem Vorjahr um 12,2% auf durchschnittlich rund 211.400

Beschäftigungsverhältnisse (Beherbergung +11,6% auf 93.200, Gastronomie +12,6% auf 118.300). Im bisherigen Jahresverlauf 2021 (Jänner bis September) zeigt sich mit durchschnittlich rund 184.000 Beschäftigungsverhältnissen ein im Vergleich zum Vorjahreszeitraum stabiles Bild (-0,3%). Gegenüber dem Vorkrisenjahr 2019 besteht dennoch eine Lücke von gut 40.000 Beschäftigungsverhältnissen (-17,9%).

Auf regionaler Ebene verzeichneten die westlichen Bundesländer Salzburg, Tirol und Vorarlberg seit der touristischen Wiedereröffnung die relativ höchsten Beschäftigungszuwächse im Beherbergungs- und Gaststättenwesen (Mai bis September 2021 +13,2% bis +18,4% gegenüber dem Vorjahr). Werden die ersten neun Monate 2021 betrachtet, fällt die Bilanz in Westösterreich jedoch im Durchschnitt negativ aus (-9,9%). In den nordöstlichen Bundesländern (Nieder- und Oberösterreich, Burgenland) entwickelten sich die Beschäftigungsaufnahmen von Mai bis September 2021 leicht unterdurchschnittlich (+11,0% bis +11,7%). Dafür war dort der Beschäftigtenstand im Durchschnitt Jänner bis September höher als im Vorjahr (+8,2 bis +9,2%); dies gilt auch für die Steiermark (+7,0%). Vor allem die Gastronomie fragte in diesen vier Bundesländern verstärkt Arbeitskräfte nach (Jänner bis September 2021 +8,3% bis +10,9%, Österreich insgesamt +5,1%). In Kärnten lag die Zahl der Arbeitskräfte in der Beherbergung und Gastronomie im bisherigen Jahresverlauf 2021 nur um 3,9% über dem Vergleichswert von 2020. Dabei erlitt die Beherbergung erneut Verluste (-1,1%, nach -12,8% im Vergleichszeitraum 2020), während die Gastronomie ihr Personal deutlich aufstockte (+9,9%, Jänner bis September 2020 -20,1%). Auch in Wien entwickelte sich die Beschäftigung innerhalb des Abschnittes I gegenläufig: während die Beherbergung deutlich an Arbeitskräften einbüßte (-16,6%, Jänner bis September 2020 -10,9%), wurde diese in der Gastronomie ausgeweitet (+5,3%, Vergleichszeitraum 2020 -21,3%). Dadurch stagnierte die Beschäftigung im Abschnitt I auf einem im Vergleich zum Vorjahr stabilen, jedoch niedrigen Niveau (Jänner bis September 2021 -0,1% gegenüber der Vorjahresperiode bzw. -17,1% gegenüber dem Vergleichszeitraum 2019).

Im von Lockdowns geprägten Winter 2020/21 lag die Zahl der Arbeitslosen im Beherbergungs- und Gaststättenwesen bei durchschnittlich rund 69.300 und übertraf damit das bereits hohe Niveau der Saison 2019/20 nochmals um 15,0%. Im Verlauf der Sommermonate Mai bis September 2021 waren dagegen nur noch knapp 31.700 Personen aus diesen Branchen auf Arbeitssuche, um 48,3% weniger als im selben Zeitraum 2020 und nur geringfügig mehr als 2019 vor Beginn der COVID-19-Krise (+0,7%). Der Rückgang der Arbeitslosigkeit im Sommer

Der Beschäftigtenstand in der Beherbergung und Gastronomie normalisiert sich zunehmend. Seit Juli 2021 verzeichnet die Branche erstmals weniger Arbeitslose als vor der COVID-19-Krise.

dürfte nicht nur auf die Zunahme der Nachfrage nach Arbeitskräften im Tourismus, sondern auch darauf zurückzuführen sein, dass ein Teil der zuletzt im Tourismus beschäftigten Personen während der Krise bzw. in der darauffolgenden Aufschwungphase eine Tätigkeit in anderen Branchen aufgenommen hat.

In der Gesamtwirtschaft war die Arbeitslosigkeitsdynamik in beiden Saisonen deutlich schwächer ausgeprägt als im Tourismus (Winter 2020/21 +5,4%, Mai bis September 2021 -27,5% gegenüber dem Vorjahr). Regional zeigte sich 2021 in den fünf Monaten seit der Wiedereröffnung im Tourismus ein unterschiedliches Bild auf dem Arbeitsmarkt: Während die Bundeshauptstadt Wien im zweiten Corona-Sommer noch immer um 13,1% mehr Arbeitslose aus der Beherbergung und Gastronomie verzeichnete als im Zeitraum Mai bis September 2019, war der entsprechende Arbeitslosenbestand im Burgenland, in Tirol und in Vorarlberg ungefähr so hoch wie vor der Krise (-0,7 bis +1,1%). In den anderen Bundesländern waren von Mai bis September 2021 bereits deutlich weniger ehemals im Tourismus beschäftigte Personen arbeitslos gemeldet als im Vergleichszeitraum 2019 (zwischen -4,8% in der Steiermark bis -12,7% in Kärnten). Vor allem in den Sommerhauptmonaten Juli bis September 2021 war deren Zahl (rund 27.400 im gesamten Bundesgebiet) deutlich geringer als im Vorjahr (-42,3%) und sogar geringer als vor der Krise (-7,0% gegenüber 2019; Gesamtwirtschaft +1,8%). Von Jänner bis September

4. Fazit

Auch rund 21 Monate nach Beginn der COVID-19-Krise in Europa leidet die Tourismuswirtschaft in den meisten europäischen Ländern weiter unter den Auswirkungen der Pandemie. Die Vorkrisenniveaus bei Ankünften und Nächtigungen konnten noch nicht annähernd wieder erreicht werden. Nachdem sich die epidemiologische Situation im Winterhalbjahr wieder dramatisch verschlechtert hat, kann frühestens ab Sommer 2022 (im Städtetourismus wohl erst ab 2023) von einer beginnenden Normalisierung ausgegangen werden. Eine neuerliche Beschleunigung des Infektionsgeschehens im Herbst 2023 und damit ein weiterer Einbruch der Nachfrage kann aus heutiger Sicht jedoch nicht ausgeschlossen werden.

Die Aussichten für die Wintersaison 2021/22 und die Monate danach sind aufgrund der hohen Unsicherheit in Bezug auf die Entwicklung des Infektionsgeschehens in Österreich äußerst ungewiss, trüben sich aber zunehmend ein. Eine zuverlässige Prognose ist derzeit nicht möglich. Fest steht, dass sich die im internationalen Vergleich niedrige Impfquote in Österreich nachteilig auf die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Tourismuswirtschaft auswirkt, wobei die Durchimp-

2021 ging die Arbeitslosigkeit von ehemals im Tourismus Beschäftigten gegenüber 2020 um rund 17.500 bzw. 36,8% auf durchschnittlich gut 47.600 Personen zurück. Der Anteil der Beherbergung und Gastronomie an der Arbeitslosigkeit insgesamt sank damit auf 13,9% (Jänner bis September 2020: 15,8%, Vergleichszeitraum 2019: 11,6%).

In der mit Juli 2021 angelaufenen fünften Phase der Corona-Kurzarbeit wurde diese zum Stichtag 31. Oktober österreichweit für insgesamt rund 71.300 Personen aus gut 8.600 Betrieben beantragt. Davon entfielen 11.200 Anträge aus 2.000 Betrieben auf die Beherbergung und Gastronomie (15,7% der Personen bzw. 23,6% der Betriebe). Ebenfalls überdurchschnittlich genutzt wurde dieses arbeitsmarktpolitische Instrument im Bereich Verkehr und Lagerei (17,4% der Personen bzw. 5,8% der Betriebe) und in der Herstellung von Waren (31,7% der Personen bzw. 7,2% der Betriebe). Gut die Hälfte der Kurzarbeitsanträge in Phase 5 wurde zum Stichtag 31. Oktober 2021 in Niederösterreich und Wien gestellt (52,3% der Personen oder 51,0% der Betriebe).

Seit Einführung der Corona-Kurzarbeit mit Ausbruch der COVID-19-Pandemie Mitte März 2020 wurden in Österreich insgesamt (Phase 1 bis 5) bereits 1,29 Mio. Personen in rund 117.900 Betrieben gefördert, darunter auch knapp 156.400 Beschäftigte in der Beherbergung und Gastronomie (12,1% aller geförderter Personen).

fungsraten in den tourismusintensiven westlichen Bundesländern noch unter dem nationalen Durchschnitt liegen. Prinzipiell konnte für die anlaufende Wintersaison auf Basis von Informationen über die Buchungslage von einer relativ hohen Nachfrage ausgegangen werden. Aufgrund der rezenten Entwicklungen wird die tatsächlich realisierte Nachfrage jedoch weit niedriger ausfallen. Zumindest für das erste Drittel der Wintersaison ist mit einer im Vergleich zu einer "normalen" Saison stark verringerten Zahl an Gästen und Übernachtungen zu rechnen. Gelingt es nicht, das Infektionsgeschehen zu stabilisieren, sind auch die umsatzstarken Wintermonate des Jahres 2022, auf die in den westlichen Regionen immerhin rund 80% des saisonalen Geschäftes entfallen, stark gefährdet.

Trotz der derzeit sehr unsicheren Lage scheint der österreichische Tourismus im Vergleich zu vielen anderen Ländern bislang vergleichsweise gut durch die Krise gekommen zu sein: Zum einen erhielten die Unternehmen relativ großzügige staatliche Unterstützungsleistungen, zum anderen verschaffte ihnen das Abflauen der Pandemie in den Sommermonaten wirtschaftliche

Atempausen. Die potentielle Nachfrage nach Urlaubsreisen erscheint zudem ungebrochen, was nach dem Ende der Pandemie auf eine rasche Erholung hoffen lässt. Viele private Haushalte können aufgrund der krisenbedingten Einschränkung der Konsummöglichkeiten auf höhere Ersparnisse zurückgreifen, die zum Teil für Urlaubsreisen verwendet werden dürften. Auch die Einkommenszuwächse in vielen Schwellenländern, die zu einer Verbreiterung der mittleren Einkommenssegmente führen, werden nach Überwindung der Krise die Reisenachfrage beleben, wovon Europa und Österreich profitieren könnten.

Die COVID-19-Pandemie wird darüber hinaus auch längerfristige Veränderung des Reiseverhaltens mit sich bringen und die Tourismuswirtschaft zu Anpassungen ihrer Geschäftsmodelle zwingen: So dürfte die Zahl der Geschäftsreisenden dauerhaft zurückgehen, nachdem ein nicht unbeträchtlicher Teil der bisher aus dienstlichen Gründen unternommenen Reisen durch virtuelle Zusammenkünfte ersetzt werden könnten. Weiters ergibt sich durch die

krisenbedingten Einnahmenverluste in Kernbereichen des Tourismus (Hotellerie, Gastronomie, Flugbranche) trotz staatlicher Unterstützungsmaßnahmen ein mehrjähriger Konsolidierungsbedarf auf betrieblicher Ebene. Einige Unternehmen werden auch dauerhaft aus dem Markt ausscheiden. Zudem verschärft die COVID-19-Pandemie die Arbeitskräfteknappheit im österreichischen Tourismus: Nachdem Lockdowns und Reisebeschränkungen Einkommensverluste durch Kurzarbeit oder sogar den Verlust des Arbeitsplatzes mit sich brachten, sahen sich viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem In- und Ausland gezwungen, nach Beschäftigungsmöglichkeiten in anderen Branchen zu suchen. Nicht alle werden nach Überwindung der Krise in den Tourismussektor zurückkehren. Der wirtschaftliche Konsolidierungsbedarf und die Notwendigkeit, touristische Arbeitsplätze attraktiver zu gestalten, werden mittelfristig auch zu einer Erhöhung des Preisniveaus in der Tourismusbranche führen. Dieser Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit muss durch Qualitätssteigerungen kompensiert werden.

5. Literaturhinweise

Fritz, O., Burton, A., Ehn-Fragner, S., Streicher, G., Laimer, P., & Orsolic, I. (2021). *Bericht über die Bedeutung, Entwicklung und Struktur von Tourismus und Freizeitwirtschaft in Österreich im Jahr 2020*. Statistik Austria, WIFO. <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/67060>.

World Tourism Organization – UNWTO (2021a). World Tourism Barometer. 19(3). <https://doi.org/10.18111/wtobarometereng>.

World Tourism Organization – UNWTO (2021b). World Tourism Barometer. 19(4). <https://doi.org/10.18111/wtobarometereng>.

Bericht über die Bedeutung, Entwicklung und Struktur von Tourismus und Freizeitwirtschaft in Österreich im Jahr 2020

Oliver Fritz, Anna Burton, Sabine Ehn-Fragner, Gerhard Streicher (WIFO), Peter Laimer, Ines Orsolic (STAT)



STATISTIK AUSTRIA
Die Informationsmagazin

WIFO ■

In Auftrag gegeben von:
■ Bundesministerium
Landwirtschaft, Regionen
und Tourismus

Bericht über die Bedeutung, Entwicklung und Struktur von Tourismus und Freizeitwirtschaft in Österreich im Jahr 2020

Oliver Fritz, Anna Burton, Sabine Ehn-Fragner, Gerhard Streicher (WIFO), Peter Laimer, Ines Orsolic (STAT)

April 2021
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Executive Summary: 2020 – Tourismus massiv von COVID-19-Krise betroffen

Indikatoren

- Ankünfte und Nächtigungen
- Aufenthaltsdauer
- Nächtigungen in den Bundesländern
- Nächtigungen nach Herkunft
- Volkswirtschaftliche Bedeutung
- Beschäftigung: Direkte Effekte laut Tourismus-Satellitenkonto (TSA) für Österreich, Abschätzung der Gesamteffekte mittels Modell
- Weltweite Entwicklung der Ankünfte von internationalen Übernachtungsgästen
- Tourismus in Europa und Position Österreichs
- Pro-Kopf-Einnahmen im internationalen Tourismus
- Tourismusintensität in Österreichs Gemeinden
- Struktur der touristischen Ausgaben

Laut Konzept des Tourismus-Satellitenkontos beliefen sich die Tourismusausgaben in- und ausländischer Gäste in Österreich 2020 auf 26,5 Mrd. € (Schätzung, –29,6% gegen 2019). Die resultierenden direkten und indirekten Wertschöpfungseffekte von 20,5 Mrd. € (–31,0%) trugen 5,5% zum BIP bei. Zudem waren 2020 schätzungsweise rund 216.800 Vollarbeitsplätze (Erwerbstätige) oder 5,6% der bundesweiten Gesamtbeschäftigung direkt oder indirekt mit der Tourismuswirtschaft verbunden. Der Reiseverkehrssaldo laut Zahlungsbilanz schrumpfte 2020 auf +8,7 Mrd. € (–18,2%; Exporte –41,3%, Importe –61,0%; nominell, einschließlich internationaler Personentransport). Der Marktanteil Österreichs an den nominellen Tourismusexporten der EU 28 lag 2020 schätzungsweise bei 7,6% (neue historische Höchstmarke nach 1995 mit 7,4%), was erneut Rang 6 bedeutet. In der nichttouristischen Freizeitwirtschaft wurden 2020 schätzungsweise 35,5 Mrd. € Umsatz (–16,9%) sowie direkte und indirekte Effekte von 24,7 Mrd. € an Wertschöpfung (–17,8%) und von 240.300 Erwerbstätigen zu Vollzeitäquivalenten (–17,6%) erzielt. Damit leistete die Freizeitwirtschaft einen Beitrag von 6,6% zum BIP und von 6,2% zur Gesamtbeschäftigung.

Im Auftrag des Bundesministeriums für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus • April 2021 • 34 Seiten • 40 € •
 Kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/67060>

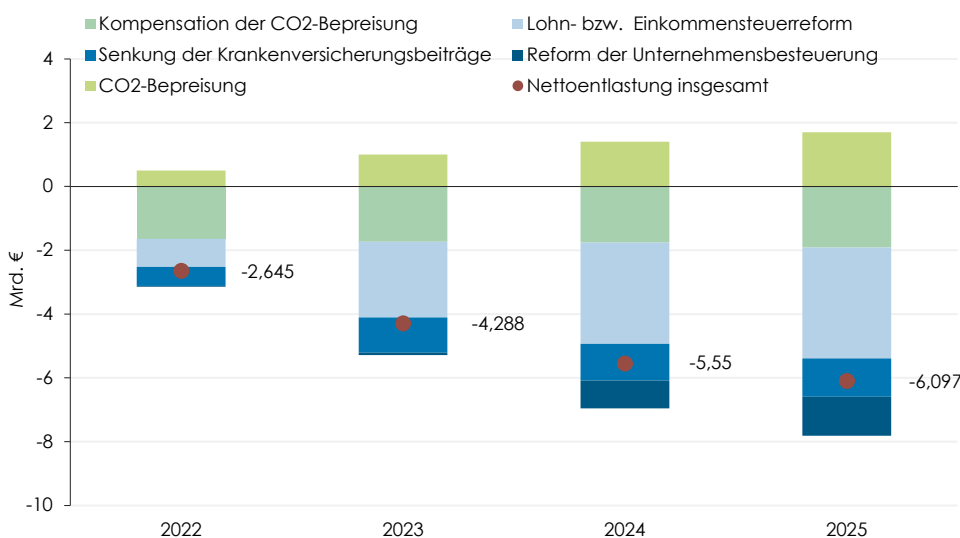
Bestellungen bitte an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, Team "Publikationen und Abonnentenbetreuung",
 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Tel. (+43 1) 798 26 01-214, Fax (+43 1) 798 93 86, publikationen@wifo.ac.at

Steuerreform 2022/2024 – Maßnahmenüberblick und erste Einschätzung

Claudia Kettner-Marx, Simon Loretz, Margit Schratzenstaller

- Die ökosoziale Steuerreform 2022/2024 bringt eine substantielle Entlastung bei der Einkommensteuer, eine Senkung der Krankenversicherungsbeiträge für Personen mit geringem Einkommen sowie Änderungen in der Unternehmensbesteuerung.
- Mitte 2022 wird eine CO₂-Bepreisung eingeführt, wobei der Preis je t CO₂ zunächst bei 30 € liegt und bis 2025 auf 55 € steigt.
- Um die mit der CO₂-Bepreisung verbundenen Mehrausgaben der privaten Haushalte auszugleichen, wird ein regional differenzierter Klimabonus gewährt, der mit dem CO₂-Preis erhöht wird.
- Die Unternehmen werden durch eine Carbon-Leakage- und eine Härtefallregelung entlastet, die Mehrbelastung für die Land- und Forstwirtschaft wird pauschal kompensiert.

Jährliche Entlastung durch die ökosoziale Steuerreform



"Die Steuerreform 2022/2024 verbessert die Abgabenstruktur deutlich. Die Senkung der Krankenversicherungsbeiträge sowie der Lohn- und Einkommensteuer entlastet den Faktor Arbeit. Die CO₂-Bepreisung ist wesentlich für die Erreichung der Klimaneutralität bis 2040, wird aber aufgrund des mäßig ambitionierten Einstiegspreises und Preispfades erst mittelfristig lenkend wirken."

Die Steuerreform 2022/2024 bewirkt eine substantielle Reduktion der Abgabenbelastung. Unter Berücksichtigung der CO₂-Bepreisung liegt das Entlastungsvolumen 2022 bei rund 2,6 Mrd. € und steigt bis 2025 auf knapp 6,1 Mrd. € (Q: Bundesministerium für Finanzen, WIFO-Zusammenstellung).

Steuerreform 2022/2024 – Maßnahmenüberblick und erste Einschätzung

Claudia Kettner-Marx, Simon Loretz, Margit Schratzenstaller

Steuerreform 2022/2024 – Maßnahmenüberblick und erste Einschätzung

Die ökosoziale Steuerreform 2022/2024 reduziert deutlich die Abgabenbelastung durch die Senkung der Lohn- und Einkommensteuer, der Unternehmensbesteuerung und der Krankenversicherungsbeiträge. Das Entlastungsvolumen erreicht 2025 7,8 Mrd. € (1,6% des BIP) pro Jahr, die jährliche Nettoentlastung beträgt dann rund 6,1 Mrd. € (1,2% des BIP). Gleichzeitig verringert die Reform einige der strukturellen Ungleichgewichte im österreichischen Abgabensystem. Mitte 2022 wird eine CO₂-Bepreisung (einschließlich Kompensationsmechanismen) eingeführt. Die Senkung der Krankenversicherungsbeiträge verringert die hohe Abgabenlast für Personen mit geringem Einkommen. Zudem schafft die Reduktion der Lohn- und Einkommensteuer einen Ausgleich für die kalte Progression.

JEL-Codes: H23, H24, H25 • **Keywords:** Steuerreform, ökosoziale Steuerreform, Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, CO₂-Bepreisung

Begutachtung: Gabriel Felbermayr, Hans Pitlik • **Wissenschaftliche Assistenz:** Andrea Sutrich (andrea.sutrich@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 12. 11. 2021

Kontakt: Mag. Dr. Claudia Kettner-Marx (claudia.kettner-marx@wifo.ac.at), Dr. habil. Simon Loretz (simon.loretz@wifo.ac.at), Dr. Margit Schratzenstaller, MA (margit.schratzenstaller@wifo.ac.at)

Tax Reform 2022-2024 – Overview of Measures and Initial Assessment

The eco-social tax reform 2022-2024 will bring significant tax relief by reducing wage and income tax, enterprise taxation and health insurance contributions. In full, taxes will be reduced in 2025 by a total of 7.8 billion € (1.6 percent of GDP) per year, with net relief amounting to around 6.1 billion € (1.2 percent of GDP). At the same time, some of the structural imbalances in the Austrian tax system will be reduced. A CO₂ price (and compensation measures) will be introduced in mid-2022, and the reduction in health insurance contributions will reduce the high tax burden on low incomes. Also, the reduction in wage and income tax provides compensation for cold progression.

1. Einleitung

Ein zentrales Vorhaben im Regierungsprogramm der seit Jänner 2020 amtierenden Koalition aus ÖVP und Grünen ist eine ökosoziale Steuerreform. Anfang Oktober 2021 setzte die österreichische Bundesregierung dieses Vorhaben in die Tat um.

Die Steuerreform 2022/2024 reduziert die Abgabenlast deutlich. 2025 beträgt die Entlastung brutto 7,8 Mrd. € (1,6% des BIP) und netto 6,1 Mrd. € (1,2% des BIP).

Die beschlossene Steuerreform 2022/2024 (Übersicht 1) umfasst einerseits eine substanzielle Verringerung der Abgabenlast. 2025 beträgt das Entlastungsvolumen brutto 7,8 Mrd. € (1,6% des BIP); die Nettoentlastung beläuft sich ab 2025 auf rund 6,1 Mrd. € (1,2% des BIP). Werden die bereits 2020 umgesetzte Senkung des Eingangsteuersatzes in der Lohn- und Einkommensteuer sowie die Erhöhung der Negativsteuer berücksichtigt, beträgt die Entlastung ab 2025 brutto 9,6 Mrd. € (1,9% des BIP) und netto knapp 8 Mrd. € (1,6% des BIP). Damit handelt es sich bei der Steuerreform 2022/2024 sowohl hinsichtlich der absoluten Brutto- und Nettoentlastung als auch relativ zur Wirtschafts-

leistung um die umfassendste Reform der jüngeren Vergangenheit (Übersicht 2). Die Abgabenquote soll laut Strategiebericht zum Bundesfinanzrahmen (Bundesministerium für Finanzen, 2021) leicht sinken, von 42% des BIP (2022) auf 41,8% des BIP (2025).

Die 2017 bis 2019 amtierende ÖVP-FPÖ-Regierung hatte zahlreiche steuerliche Maßnahmen geplant. Dazu zählten eine umfangreiche Lohn- und Einkommensteuersenkung ab 2020, die Reduktion der Krankenversicherungsbeiträge für Geringverdienende, kleinere Vorhaben zur Ökologisierung des Steuersystems, die Senkung des Körperschaftsteuersatzes von 25% auf 21% und einige weitere Maßnahmen im Bereich der Unternehmensbesteuerung. Aufgrund der vorzeitigen Beendigung der Koalition konnte die damalige Bundesregierung jedoch lediglich einige vorgezogene Maßnahmen umsetzen¹⁾. Ein Großteil der nicht um-

¹⁾ Dazu zählen die Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge für Personen mit geringen Einkommen, die Senkung des Umsatzsteuersatzes im Tourismus (beides 2018) sowie die Einführung des Familienbonus Plus

bei gleichzeitiger Abschaffung des Kinderfreibetrages und der steuerlichen Absetzbarkeit der Kinderbe-

gesetzten Vorhaben wird nun im Rahmen der Steuerreform 2022/2024 implementiert.

Neben der Verringerung der Abgabenlast reduziert die Reform einige der bestehenden strukturellen Ungleichgewichte im österreichischen Abgabensystem. So wird Mitte 2022 eine CO₂-Bepreisung eingeführt. Gleichzeitig werden ab Mitte 2022 Personen mit geringem Einkommen (bis 2.500 € brutto pro Monat) entlastet: Einerseits erfolgt dies durch eine gestaffelte Senkung der Krankenversicherungsbeiträge für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Pensionistinnen und Pensionisten um bis zu 1,7 Prozentpunkte und andererseits durch die Erhöhung des

Kindermehrbeitrages. Bezieherinnen und Bezieher mittlerer und hoher Einkommen profitieren dagegen von einer Reduktion der Einkommensteuersätze für die 2. (ab Mitte 2022) und 3. Tarifstufe (ab Mitte 2023) sowie einer Anhebung des Familienbonus Plus. Zudem sind Änderungen bei der Unternehmensbesteuerung geplant. Dazu zählen die Senkung des Körperschaftsteuersatzes, die Einführung eines Investitionsfreibetrages einschließlich einer Ökologisierungskomponente, die Erhöhung des Grundfreibetrages beim Gewinnfreibetrag sowie die Anhebung der Wertgrenze für die Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter.

2. Änderungen bei der Lohn- und Einkommensteuer sowie den Sozialversicherungsbeiträgen

2.1 Maßnahmen im Bereich Lohn- und Einkommensteuer

2.1.1 Tarifänderungen

Bereits mit dem im Juni 2020 verabschiedeten Konjunkturpaket zur Unterstützung der wirtschaftlichen Erholung in der COVID-19-Krise wurde rückwirkend mit 1. Jänner 2020 die Senkung des Eingangssteuersatzes in der Lohn- und Einkommensteuer beschlossen. Der Steuersatz für steuerpflichtige Einkommen zwischen 11.000 € und 18.000 € sank damit von 25% auf 20% bzw. "effektiv"²⁾, also unter Berücksichtigung der steuerlichen Begünstigung des 13. und 14. Monatsgehaltes, von 22,3% auf 18%. Ebenfalls rückwirkend mit Jahresbeginn 2020 wurde die Negativsteuer für Lohnsteuerpflichtige mit geringen Einkommen von 300 € auf 400 € erhöht.

Die Steuerreform 2022/2024 sieht die Senkung des Steuersatzes in der 2. Tarifstufe (zu versteuerndes Einkommen zwischen 18.000 € und 31.000 €) von 35% (effektiv 30,9%) auf 30% (effektiv 26,6%) ab dem 1. Juli 2022 vor. Zum 1. Juli 2023 wird der Steuersatz in der 3. Tarifstufe (steuerpflichtiges Einkommen zwischen 31.000 € und 60.000 €) von 42% (effektiv 36,9%) auf 40% (effektiv 35,1%) gesenkt. Gemeinsam mit der Reduktion des Eingangssteuersatzes wurde die Verlängerung des ursprünglich auf den Zeitraum 2016 bis 2020 befristeten Spitzensteuersatzes von 55% für zu versteuernde Einkommen von über 1 Mio. € beschlossen. Sie betrifft nur einige Hundert Steuerpflichtige und erbringt

dementsprechend relativ begrenzte Einnahmen³⁾. In internationalen Vergleichen, die lediglich auf nominelle Steuersätze abstellen, wird Österreich bei der Einkommensbesteuerung somit auch künftig einen Platz unter den "Hochsteuereändern" einnehmen. Dabei bleibt jedoch unberücksichtigt, dass der Spitzensteuersatz erst für ein zu versteuerndes Einkommen von über 1 Mio. € zur Anwendung kommt.

Übersicht 3 zeigt den Einkommensteuertarif 2016 sowie den neuen Einkommensteuertarif ab 1. Juli 2023.

Bei voller Wirksamkeit erzeugen diese Tarifänderungen nach Schätzungen des Bundesministeriums für Finanzen ab 2025 jährliche Mindereinnahmen von 3,475 Mrd. €. Sowohl die weitere Senkung des Eingangssteuersatzes als auch die indirekte Entlastung von Sozialversicherungsbeiträgen durch die Erhöhung der Negativsteuer ab 2020 sollten vor allem für Frauen, die in den betroffenen unteren Einkommensbereichen besonders stark vertreten sind, Anreize für die Aufnahme bzw. Ausdehnung einer Erwerbstätigkeit setzen.

Abbildung 1 vergleicht die Grenzsteuersätze in der Einkommensteuer nach der letzten Steuerreform 2016 mit jenen nach Umsetzung der schrittweisen Reduktion der Steuersätze in den ersten drei Tarifstufen zwischen 2020 und 2023. Abbildung 2 bildet die Durchschnittssteuersätze vor und nach der Einkommensteuerreform 2020 bis 2023 ab.

Die Tarifreform und die weiteren Entlastungsmaßnahmen im Bereich der Einkommensteuer führen ab 2025 zu Mindereinnahmen von rund 3,5 Mrd. € pro Jahr.

teuungskosten (2019). 2020 folgten die Anhebung der Umsatzgrenze für die Anwendung der Kleinunternehmerregelung, die Pauschalierung für Kleinunternehmer, die Verdoppelung des Grenzbetrages für geringwertige Wirtschaftsgüter auf 800 €, die Ökologisierung der Dienstwagenbesteuerung, Änderungen bei der NoVA und der motorbezogenen Versicherungssteuer, die Einführung des Vorsteuerabzuges für E-Bikes sowie des ermäßigten Umsatzsteuersatzes für elektronische Zeitschriften und Bücher.

²⁾ Hier und im Folgenden werden mit "effektiv" jene Steuersätze bezeichnet, die sich ergeben, wenn der zugrundeliegende nominelle Einkommensteuersatz um die begünstigte Besteuerung des 13. und 14. Monatsgehaltes "bereinigt" wird.

³⁾ Schätzungen des Bundesministeriums für Finanzen rechneten bei etwa 400 Fällen mit 20 Mio. € an Mehreinnahmen. Die Integrierte Lohn- und Einkommensteuerstatistik weist für das aktuellste Jahr 2018 700 Fälle aus, sodass ein höheres Mehraufkommen erwartet werden kann.

Übersicht 1: Ökosoziale Steuerreform 2022/2024 im Überblick

Maßnahme	Erläuterung	Zeitpunkt der Einführung	2022	2023	2024	2025	2022/ 2025
Mrd. €							
CO₂-Bepreisung netto			- 1,145	- 0,735	- 0,360	- 0,215	- 2,455
CO₂-Bepreisung brutto¹⁾	Einführung einer CO₂-Bepreisung (Preis steigt von 30 € je t 2022 auf 55 € je t 2025)	1. Juli 2022	+ 0,500	+ 1,000	+ 1,400	+ 1,700	+ 4,600
Rückverteilung, Kompensations- und Entlastungsmaßnahmen im Rahmen der CO₂-Bepreisung			- 1,645	- 1,735	- 1,760	- 1,915	- 7,055
Entlastungen für Unternehmen in Härtefällen und zur Verhinderung von Carbon Leakage	Härtefallregelung (gedeckelt) für besonders CO ₂ -intensive Betriebe und Entlastung für Sektoren mit Carbon-Leakage-Risiko	1. Juli 2022	- 0,150	- 0,200	- 0,225	- 0,250	- 0,825
Rückerstattung in der Landwirtschaft	Rückerstattung von Mehrbelastungen	1. Juli 2022	- 0,030	- 0,035	- 0,040	- 0,045	- 0,150
Eigenstrom-Befreiung	Ausweitung der steuerlichen Begünstigung für Eigenstrom auf alle erneuerbaren Energieträger, Beschränkung auf 25.000 kWh fällt	1. Juli 2022	- 0,025	- 0,050	- 0,055	- 0,060	- 0,190
"Regionaler" Klimabonus	Höhe abhängig von der Verfügbarkeit öffentlicher Verkehrsmittel (100 €, 133 €, 167 €, 200 € für Erwachsene; +50% pro Kind)	1. Jänner 2022	- 1,250	- 1,300	- 1,400	- 1,500	- 5,450
Steuerliche Absetzbarkeit von Klimainvestitionen im Bereich Wohnen ²⁾	Steuerliche Förderung des Heizkesseltausches und der thermischen Sanierung von Gebäuden	1. Juli 2022	.	- 0,020	- 0,040	- 0,060	- 0,120
Weitere Klimaschutzmaßnahmen (Direktförderungen) ³⁾	"Sauber-Heizen"-Offensive: Förderung des Ersatzes von Öl- bzw. Gasheizungen	1. Jänner 2022	- 0,090	- 0,090	.	.	- 0,180
	Förderung des Heizkesseltausches in einkommensschwachen Haushalten	1. Jänner 2022	- 0,040	- 0,040	.	.	- 0,080
	Förderpakete für die thermische Sanierung im mehrgeschossigen Wohnbau	1. Jänner 2022	- 0,060	.	.	.	- 0,060
Lohn- und Einkommensteuer			- 0,875	- 2,375	- 3,175	- 3,475	- 9,900
Senkung der Lohn- und Einkommensteuersätze	Senkung des Steuersatzes in der 2. Tarifstufe von 35% auf 30%	1. Juli 2022	- 0,750	- 1,750	- 2,050	- 2,150	- 6,700
	Senkung des Steuersatzes in der 3. Tarifstufe von 42% auf 40%	1. Juli 2023	.	- 0,200	- 0,500	- 0,600	- 1,300
Erhöhung des Familienbonus Plus (Absetzbetrag Einkommensteuer)	Erhöhung von 1.500 € p. a. auf 2.000 € pro Kind und Jahr für Kinder bis zum 18. Lebensjahr und von 500 € auf 650 € für volljährige Kinder	1. Juli 2022	- 0,075	- 0,350	- 0,525	- 0,600	- 1,550
	Erhöhung des Kindermehrbetrages um 250 € auf 450 € pro Kind und Jahr sowie Ausweitung des Kreises der Anspruchsberechtigten ⁴⁾	1. Juli 2022
Steuerliche Begünstigung von Mitarbeiterbeteiligungen	Steuerfreiheit für Mitarbeiterbeteiligungen von Beschäftigten bis 3.000 € p. a.	1. Jänner 2022	- 0,050	- 0,075	- 0,100	- 0,125	- 0,350
Reduktion der Krankenversicherungsbeiträge für Geringverdienende	Senkung der Beiträge um bis zu 1,7 Prozentpunkte (wirksam bei einem monatlichen Bruttoverdienst von höchstens 2.500 €)	1. Juli 2022	- 0,600	- 1,100	- 1,150	- 1,200	- 4,050
Unternehmensbesteuerung			- 0,025	- 0,075	- 0,875	- 1,225	- 2,200
Senkung des Körperschaftsteuersatzes	Reduktion von 25% auf 24%	1. Juli 2023	.	.	- 0,300	- 0,700	- 1,000
	Reduktion von 24% auf 23%	1. Juli 2024	.	.	- 0,350	- 0,350	- 0,700
Einführung eines Investitionsfreibetrages mit Ökologisierungskomponente	Kriterien für die Ökologisierungskomponente wie bei Investitionsprämie, absolute Deckelung	1. Jänner 2023	.	.	- 0,350	- 0,350	- 0,700
Erhöhung des Gewinnfreibetrages	Erhöhung von 13% auf 15%	1. Jänner 2022	.	- 0,050	- 0,050	- 0,050	- 0,150
Erhöhung der Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter	Erhöhung von 800 € auf 1.000 €	1. Jänner 2023	.	.	- 0,150	- 0,100	- 0,250
Förderung energieautarker Bauernhöfe		1. Jänner 2022	- 0,025	- 0,025	- 0,025	- 0,025	- 0,100
Sonstige Maßnahmen			.	- 0,003	+ 0,010	+ 0,018	+ 0,025
Mietkaufmodell im gemeinnützigen Wohnbau (Vorsteuerberichtigungszeitraum 10 Jahre)		1. Jänner 2023	.	- 0,008	- 0,010	- 0,012	- 0,030
Besteuerung von Kryptowährungen		1. März 2022	.	+ 0,005	+ 0,020	+ 0,030	+ 0,055
Bruttoentlastung insgesamt			- 3,145	- 5,288	- 6,950	- 7,797	-23,180
Bruttoentlastung in % des BIP			- 0,7	- 1,2	- 1,5	- 1,6	.
Einnahmen durch CO₂-Bepreisung			+ 0,500	+ 1,000	+ 1,400	+ 1,700	+ 4,600
Nettoentlastung insgesamt			- 2,645	- 4,288	- 5,550	- 6,097	-18,580
Nettoentlastung in % des BIP			- 0,6	- 0,9	- 1,2	- 1,2	.

Q: WIFO-Zusammenstellung, + ... Mehreinnahmen, - ... Mindereinnahmen. - 1) Ohne Mehreinnahmen aus der Mehrwertsteuer auf den höheren Bruttopreis. - 2) Die Absetzbarkeit der thermischen Sanierung wird laut Budgetentwurf im Vollausbau 180 Mio. € jährlich betragen. - 3) Zeitlich befristet. - 4) Erweiterung auf gering verdienende und in (Ehe-)Partnerschaft lebende Erwerbstätige mittels Negativsteuer (zuvor nur Alleinerziehende bzw. -verdienende).

Übersicht 2: Volumina der Steuerreformen seit 2004

	Beginn der Umsetzung	Erreichung des Vollausbaus	Volumen im Vollausbau			
			Mrd. €		In % des BIP	
			Brutto ¹⁾	Netto ²⁾	Brutto ¹⁾	Netto ²⁾
2004/05	2004	2007	3,441	3,041	1,2	1,1
2009/10	2009	2012	4,299	4,119	1,3	1,3
2015/16	2016	2019	5,400	1,939	1,4	0,5
2018/2020 ³⁾	2018	2023	2,680	2,234	0,6	0,5
2022/2024 ⁴⁾ ⁵⁾	2022	2025	7,917	6,217	1,6	1,3
2020/2024 ⁴⁾ ⁶⁾	2020	2025	9,617	7,917	1,9	1,6

Q: Breuss et al. (2004), Schratzenstaller (2009, 2015), Bundesministerium für Finanzen, WIFO-Zusammenstellung und -Berechnungen. – ¹⁾ Ohne Berücksichtigung von Abgabenerhöhungen. – ²⁾ Unter Berücksichtigung von Abgabenerhöhungen. – ³⁾ Vorgezogene Maßnahmen der von der ÖVP-FPÖ-Koalition geplanten Steuerreform 2020/2022, u. a. die Einführung des Familienbonus Plus, die Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge sowie des Umsatzsteuersatzes im Tourismus. – ⁴⁾ Ohne zeitlich befristete Maßnahmen. – ⁵⁾ Ohne die Reduktion des Eingangsteuersatzes sowie die Erhöhung der Negativsteuer (beides ab 2020). – ⁶⁾ Einschließlich der Reduktion des Eingangsteuersatzes sowie der Erhöhung der Negativsteuer (beides ab 2020).

Übersicht 3: Veränderung des Einkommensteuertarifs

Steuerpflichtiges Jahreseinkommen	Entsprechende sonstige Bezüge bis . . .	Grenzsteuersatz		Durchschnittssteuersatz
		Tarif	Sonstige Bezüge	
In €		In %		
Einkommensteuertarif 2016 bis 2019				
0 bis 11.000	1.833,30	0	Über 620 €: 6 ³⁾	0,00 bis 0,57
11.001 bis 18.000	3.000,00	25	6	0,57 bis 22,11
18.001 bis 31.000	5.166,70	35	6	22,11 bis 30,75
31.001 bis 60.000	10.000,00	42	6	30,75 bis 36,80
60.001 bis 90.000	15.000,00	48	6	36,80 bis 41,96
Bei 150.000 ⁴⁾	Bei 25.000,00	50	27	41,96 bis 43,69
Bei 500.000 ⁴⁾	Bei 83.333,30	50	35,75	43,69 bis 46,31
90.001 bis 1.000.000 ⁴⁾	Über 83.333,30 bis 166.666,60	50	50	41,96 bis 48,15
Über 1.000.000	Über 166.666,60	55	55	48,15 bis 55,00 ⁵⁾
Einkommensteuertarif ab 2023				
0 bis 11.000	1.833,30	0	Über 620 €: 6 ³⁾	0,00 bis 0,57
11.001 bis 18.000	3.000,00	20,0 ⁶⁾	6	0,57 bis 17,14
18.001 bis 31.000	5.166,70	30,0 ⁷⁾	6	17,14 bis 26,47
31.001 bis 60.000	10.000,00	40,0 ⁸⁾	6	26,47 bis 35,09
60.001 bis 90.000	15.000,00	48	6	35,09 bis 41,96
Bei 150.000 ⁴⁾	Bei 25.000,00	50	27	41,96 bis 43,69
Bei 500.000 ⁴⁾	Bei 83.333,30	50	35,75	43,69 bis 46,31
90.001 bis 1.000.000 ⁴⁾	Über 83.333,30 bis 166.666,60	50	50	41,96 bis 48,15
Über 1.000.000	Über 166.666,60	55	55	48,15 bis 55,00 ⁵⁾

Q: Bundesministerium für Finanzen, WIFO-Zusammenstellung und -Berechnungen. – ¹⁾ Unter Berücksichtigung des begünstigten Steuersatzes für Sonderzahlungen bis zur Höhe des Jahressechstels. – ²⁾ Unter Berücksichtigung des begünstigten Steuersatzes für Sonderzahlungen sowie des Freibetrages von 620 €. – ³⁾ Freibetrag bis 620 €: 0%, darüber 6%. – ⁴⁾ Der Tarifsteuersatz beträgt auf dieser Stufe 50%, für die sonstigen Bezüge zwischen 25.000 € und 50.000 € 27% und zwischen 50.000 € und 83.333 € 35,75%. Darüber unterliegen die sonstigen Bezüge dem Tarifsteuersatz. – ⁵⁾ Der Spitzensteuersatz konvergiert gegen 55%. – ⁶⁾ Ab 1. Jänner 2020. – ⁷⁾ Ab 1. Juli 2022. – ⁸⁾ Ab 1. Juli 2023.

Da der neugestaltete Steuertarif wieder nicht automatisch der Inflation angepasst wird (kein "Steuertarif auf Rädern"), wird die kalte Progression auch durch die Steuerreform 2022/2024 nicht beseitigt. Legt man die gegenwärtige Einkommensverteilung und den derzeit gültigen Steuertarif zugrunde, so löst jeder Prozentpunkt Inflation aufgrund

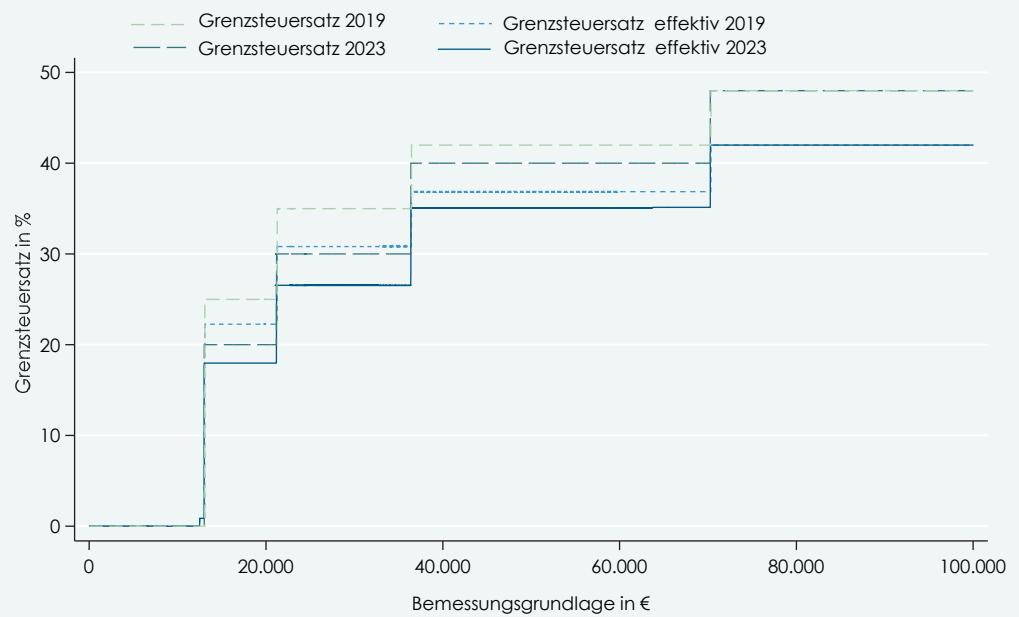
der kalten Progression knapp 300 Mio. € an zusätzlichen Steuereinnahmen aus⁴⁾. Um eine im Verhältnis zum realen Einkommen konstante Steuerbelastung zu erzielen, wären somit regelmäßige Anpassungen des Steuertarifs notwendig.

Da die Tarifstufen nicht indexiert werden, wird die kalte Progression auch durch die aktuelle Steuerreform nicht beseitigt.

⁴⁾ Zu den methodischen Ansätzen zur Ermittlung des Ausmaßes der kalten Progression siehe das Sonderheft 5 der WIFO-Monatsberichte mit Beiträgen von

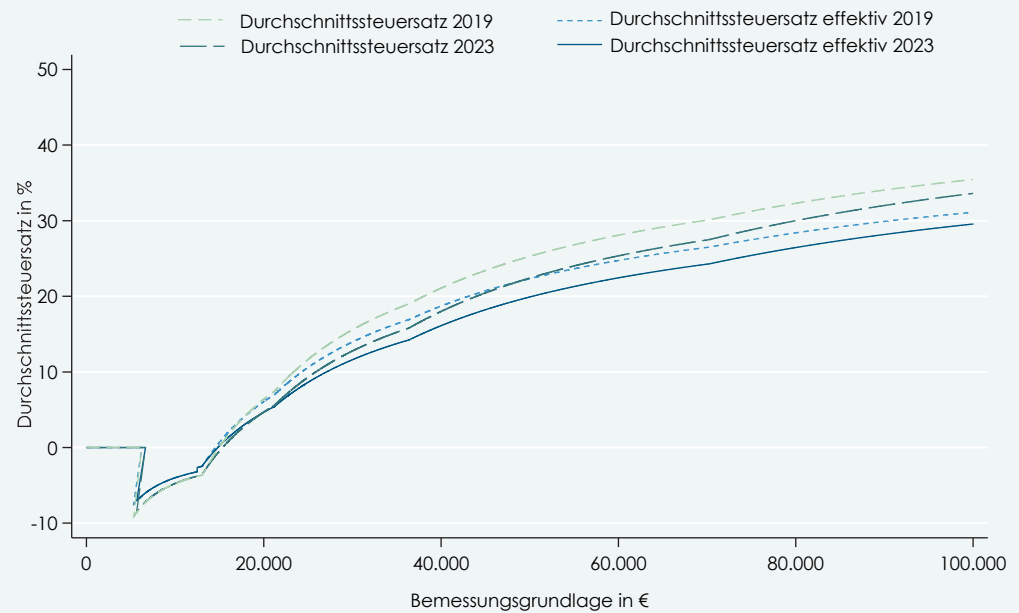
Brandner (2015), Christl und Kucsera (2015), Eckertorfer und Sindermann (2015), Loretz (2015), Rainer (2015) sowie Steiner und Wakolbinger (2015).

Abbildung 1: **Grenzsteuersätze in der Einkommensteuer**



Q: Bundesministerium für Finanzen, WIFO-Berechnungen. Unter Berücksichtigung der Negativsteuer und des Verkehrsabsetzbetrages für unselbständig Erwerbstätige, jedoch ohne Berücksichtigung der ab 2023 reduzierten Beitragssätze in der Krankenversicherung. Effektiv: Unter Berücksichtigung des begünstigten Steuersatzes für Sonderzahlungen bis zur Höhe des Jahressechstels.

Abbildung 2: **Durchschnittssteuersätze in der Einkommensteuer**



Q: Bundesministerium für Finanzen, WIFO-Berechnungen. Unter Berücksichtigung der Negativsteuer und des Verkehrsabsetzbetrages für unselbständig Erwerbstätige, jedoch ohne Berücksichtigung der ab 2023 reduzierten Beitragssätze in der Krankenversicherung. Effektiv: Unter Berücksichtigung des begünstigten Steuersatzes für Sonderzahlungen bis zur Höhe des Jahressechstels.

Ob die ökosoziale Steuerreform nur die kalte Progression der letzten Jahre ausgleicht oder eine tatsächliche (temporäre) Entlastung bringt, hängt wesentlich von der Referenzgröße ab. In den vergangenen Jahren schwankten die Einnahmen aus der Lohn- und Einkommensteuer zwischen 7,7% und 9% des BIP und folgten einem nur leicht ansteigenden Trend. Nimmt man diesen längerfristigen Durchschnitt als Referenz, so kompensiert die aktuelle Steuerreform nicht nur die akkumulierte kalte Progression der letzten Jahre, sondern bringt auch darüber hinaus eine deutliche Entlastung. Dienen dagegen die jeweils niedrigeren Werte direkt nach den letzten Steuerreformen als Referenzgröße, so wäre die aktuelle Steuersenkung nur eine Kompensation der vergangenen kalten Progression. In Anbetracht der deutlich erhöhten Inflationserwartungen für 2022 und 2023 steigt der Druck für eine automatische Indexierung der Tarifstufen bzw. verkürzt sich das Intervall bis zur nächsten steuerlichen Entlastung, sofern die Politik die kalte Progression ausgleichen will. Bei der Forderung nach einer Abschaffung der kalten Progression ist jedoch auch zu berücksichtigen, dass mit sämtlichen vergangenen Steuerreformen nicht nur die Tarife verändert, sondern auch Umverteilungsziele verfolgt wurden. Eine automatische Indexierung würde den fiskalischen Spielraum für solche Reformaspekte jedenfalls reduzieren.

2.1.2 Weitere Änderungen bei der Einkommensteuer

Der Familienbonus Plus, der 2019 eingeführt wurde und in Form eines Absetzbetrages die Steuerschuld reduziert⁵⁾, wird zum 1. Juli 2022 für Kinder bis 18 Jahre von jährlich 1.500 € auf 2.000 € erhöht. Für volljährige Kinder steigt er von 500 € auf 650 € jährlich⁶⁾. Auch der Kindermehrbetrag für Bezieherinnen und Bezieher niedriger Einkommen, die den Familienbonus Plus aufgrund geringer oder fehlender Steuerschuld nicht nutzen können, wird zum 1. Juli 2022 von 250 € auf 450 € pro Jahr angehoben⁷⁾. Gleichzeitig wird der Kreis der Anspruchsberechtigten, der derzeit nur Alleinerziehende und -verdienende umfasst, auf Familien mit zwei erwerbs-

tätigen Partnern ausgeweitet, sofern die auf das Einkommen entfallende Tarifsteuer in beiden Fällen unter 450 € jährlich liegt. Das durch diese Maßnahmen bedingte Entlastungsvolumen erreicht im Vollausbau insgesamt 0,6 Mrd. € jährlich. Der Familienbonus Plus kann durch die damit verbundene Erhöhung des verfügbaren Familieneinkommens negative Arbeitsanreize für jene Person im Haushalt setzen, die weniger verdient – oftmals die Frau. Eine ungleiche haushaltsinterne Aufteilung der Erwerbsarbeit wird auch dadurch unterstützt, dass der Familienbonus Plus nur ab einer gewissen Einkommenshöhe – derzeit⁸⁾ 1.950 €, künftig knapp 2.200 € brutto pro Monat – ausgeschöpft werden kann und nicht verpflichtend zwischen den beiden Elternteilen zu splitten ist.

Eine kleinere Maßnahme – sowohl hinsichtlich der budgetären Auswirkungen als auch des Kreises der Begünstigten – ist schließlich die neu geschaffene Möglichkeit, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Form einer steuerfreien Prämie (bis zu 3.000 € jährlich) am Erfolg eines Unternehmens zu beteiligen. Sie ist ab 2025 mit steuerlichen Mindereinnahmen von rund 0,13 Mrd. € pro Jahr verbunden.

2.2 Reduktion der Krankenversicherungsbeiträge bei niedrigem Einkommen

Mit 1. Juli 2022 werden auch die arbeitnehmerseitigen Krankenversicherungsbeiträge für die Bezieherinnen und Bezieher geringer Einkommen (unselbständig Beschäftigte, Pensionistinnen und Pensionisten, Landwirtinnen und Landwirte sowie Selbständige) gestaffelt⁹⁾ um bis zu 1,7 Prozentpunkte reduziert. Von dieser Reduktion profitieren Personen, deren monatliches Bruttoeinkommen 2.500 € (bzw. 2.200 € bei Pensionistinnen und Pensionisten) nicht übersteigt. 2025 entstehen der Krankenversicherung dadurch Mindereinnahmen in Höhe von 1,2 Mrd. €, die aus dem allgemeinen Budget ausgeglichen werden sollen. Ebenso wie die Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge bei geringem Einkommen, die zum 1. Jänner 2019 rückwirkend mit 1. Juli 2018 umgesetzt wurde, ist diese Maßnahme ein weiterer

Der Familienbonus Plus wird auf 2.000 €, der Kindermehrbetrag auf 450 € jährlich erhöht.

Die Krankenversicherungsbeitragssätze werden für Bruttoeinkommen bis 2.500 € um bis zu 1,7 Prozentpunkte gesenkt.

⁵⁾ Vgl. Baumgartner et al. (2018) für Details und zu den Verteilungseffekten des Familienbonus Plus.

⁶⁾ Aufgrund der Erhöhung zur Jahresmitte beträgt der erhöhte Familienbonus Plus 2022 1.750 € für Kinder bis 18 Jahre und 575 € für volljährige Kinder; ab 2023 beträgt er 2.000 € bzw. 650 € jährlich.

⁷⁾ Aufgrund der Erhöhung zur Jahresmitte beträgt der erhöhte Kindermehrbetrag 2022 350 €; ab 2023 liegt er dann bei 450 € jährlich.

⁸⁾ 2021; vor der Senkung der ersten Tarifstufe (2019) laut Bundesministerium für Finanzen 1.700 €.

⁹⁾ Gemäß § 51 (3a) des ASVG wird für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer "der Beitragsteil des/der Versicherten gesenkt auf 2,17%, sofern das monatliche Entgelt einen Betrag von 1.100 € nicht übersteigt" (Begutachtungsentwurf des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes, BGBl. I Nr. 114/2021, Österreichisches Parlament, 2021). Ausgehend vom gelten-

den regulären Satz von 3,87% der Beitragsgrundlage bedeutet dies eine Senkung um 1,7 Prozentpunkte. In den weiteren Einkommensstufen sinken die Beitragssätze wie folgt: Über 1.100 € bis 1.800 € –1,5 Prozentpunkte auf 2,37%, über 1.800 € bis 1.900 € –1,4 Prozentpunkte auf 2,47%, über 1.900 € bis 2.000 € –1,2 Prozentpunkte auf 2,67%, über 2.000 € bis 2.100 € –1 Prozentpunkt auf 2,87%, über 2.100 € bis 2.200 € –0,8 Prozentpunkte auf 3,07%, über 2.200 € bis 2.300 € –0,6 Prozentpunkte auf 3,27%, über 2.300 € bis 2.400 € –0,4 Prozentpunkte auf 3,47%, über 2.400 € bis 2.500 € –0,2 Prozentpunkte auf 3,67%. Über 2.500 € bis zur Höchstbeitragsgrundlage kommt der Normalsatz von 3,87% zur Anwendung. Auf die entsprechenden Änderungen im GSVG, BSVG und B-KUG, die die jeweiligen Sätze für Pensionistinnen und Pensionisten, Selbständige, Bäuerinnen und Bauern sowie Beamtinnen und Beamte darlegen, sei verwiesen.

Schritt hin zu einer stärkeren Steuerfinanzierung der sozialen Sicherung. Sie erhöht die Anreize für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit und attrahiert gleichzeitig Beschäftigungsverhältnisse mit relativ geringer Entlohnung. Dabei handelt es sich häufig um Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse. Da der Anteil

von Frauen in den unteren Einkommensstufen besonders hoch ist, wirkt die Maßnahme aus Gleichstellungsperspektive ambivalent: einerseits fördert sie den Eintritt in den Arbeitsmarkt, andererseits unterstützt sie den Verbleib in einer Teilzeitbeschäftigung.

3. Änderungen bei der Unternehmensbesteuerung

3.1 Senkung des Körperschaftsteuersatzes

Im Regierungsprogramm war eine Senkung des Körperschaftsteuersatzes von derzeit 25% auf 21% festgehalten worden. Die Koalition aus ÖVP und Grünen einigte sich nun auf eine schrittweise Reduktion auf 24% ab dem 1. Juli 2023 und auf 23% ab dem 1. Juli 2024. Der daraus insgesamt resultierende Steuerausfall dürfte 2025 0,7 Mrd. € betragen.

Der durchschnittliche Körperschaftsteuersatz in der EU 27 liegt 2021 bei 21,4%, wobei er in den 14 "alten" EU-Ländern 24,4% und in den 13 "neuen" EU-Ländern 18,1% beträgt. Im Vereinigten Königreich wird der Körperschaftsteuersatz 2023 von derzeit 19% auf 25% erhöht, allerdings nur für Unternehmen, die hohe Gewinne erzielen. In den USA plant Präsident Joe Biden eine Erhöhung des bundesweiten Körperschaftsteuersatzes von derzeit 21% auf 26,5%. In Kanada beträgt der Körperschaftsteuersatz 26,15% und in der Schweiz 19,7% (jeweils einschließlich der subnationalen Unternehmenssteuer), in Japan 29,7%¹⁰⁾.

Angesichts der durchschnittlichen Höhe des österreichischen Körperschaftsteuersatzes innerhalb der EU sowie im Vergleich zu wichtigen Drittländern, der internationalen Bemühungen zur Eindämmung des körperschaftsteuerlichen Unterbietungswettbewerbs und der hohen Belastung des Faktors Arbeit auch auf Arbeitgeberseite erscheint die vereinbarte Reduktion des Körperschaftsteuersatzes als weniger dringlich als eine Senkung der Lohnnebenkosten. Eine solche Reduktion der arbeitgeberseitigen Abgaben auf Arbeit wäre ein nächster wichtiger Schritt in Richtung einer beschäftigungsfreundlicheren Ausgestaltung des österreichischen Abgabensystems.

3.2 Weitere Maßnahmen im Bereich der Unternehmensbesteuerung

Im Bereich der Unternehmensbesteuerung sind darüber hinaus noch einige weitere

Entlastungsmaßnahmen vorgesehen. Im Rahmen des Gewinnfreibetrages, der allen natürlichen Personen mit betrieblichen Einkünften (aus der Land- und Forstwirtschaft, einem Gewerbebetrieb oder aus selbständiger Arbeit) seit 2010 gewährt wird, wird der steuerfreie Grundfreibetrag, für den kein Investitionserfordernis besteht, 2022 von 13% auf 15% von 30.000 € erhöht und daher künftig bis zu 4.500 € betragen. Daraus dürfte sich ein jährlicher Steuerentgang von 50 Mio. € ergeben.

Ab 2023 wird ein Investitionsfreibetrag mit Ökologisierungskomponente gewährt, der die Unternehmen jährlich um 0,35 Mrd. € entlasten soll. Die Kriterien für die Ökologisierungskomponente sollen sich an jenen für die im Rahmen des Konjunkturpaketes 2020 gewährte Investitionsprämie orientieren. 10% der Anschaffungs- oder Herstellungskosten für Wirtschaftsgüter des abnutzbaren Anlagevermögens werden als Betriebsausgabe abzugsfähig sein. Handelt es sich um Wirtschaftsgüter, deren Anschaffung oder Herstellung dem Bereich Ökologisierung zuzuordnen ist, soll sich der Investitionsfreibetrag um 5% auf 15% der Anschaffungs- oder Herstellungskosten erhöhen, wobei je Wirtschaftsjahr höchstens Kosten von 1 Mio. € geltend gemacht werden können.

Weiters wird die Wertgrenze für die Sofortabschreibung von geringwertigen Wirtschaftsgütern, die mit 1. Jänner 2020 auf 800 € verdoppelt wurde, ab 2023 weiter auf 1.000 € angehoben, was jährlich Steuermindereinnahmen von 0,1 Mrd. € verursachen wird. Schließlich wird 2023 eine steuerliche Förderung für energieautarke Bauernhöfe eingeführt, die ihren Eigenbedarf an Strom aus betriebs- bzw. gebäudeintegrierten Photovoltaik- und Speicheranlagen decken. Die daraus resultierende jährliche Steuerentlastung wird auf 25 Mio. € geschätzt.

¹⁰⁾ Ein Blick auf die effektiven Durchschnittssteuersätze, die auch die Regelungen zur Ermittlung der Bemessungsgrundlage berücksichtigen – etwa die von der Europäischen Kommission (2021) ausgewiesenen

"Effective Average Tax Rates – EATR", die die Durchschnittsbelastung eines fiktiven Investitionsprojektes angeben – ändert an diesem Bild wenig.

Der Körperschaftsteuersatz wird mit 1. Juli 2023 auf 24% und mit 1. Juli 2024 auf 23% gesenkt.

Übersicht 4: Nominelle Körperschaftsteuersätze in der EU und in ausgewählten Ländern

	1995	2000	2005	2010	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	1995/ 2021	2000/ 2021	2001/ 2021
	In %											Veränderung in Prozentpunkten		
Belgien	40,2	40,2	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0	29,6	29,6	25,0	25,0	-15,2	-15,2	-15,2
Bulgarien	40,0	32,5	15,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	-30,0	-22,5	-18,0
Tschechien	41,0	31,0	26,0	19,0	19,0	19,0	19,0	19,0	19,0	19,0	19,0	-22,0	-12,0	-12,0
Dänemark	34,0	32,0	28,0	25,0	23,5	22,0	22,0	22,0	22,0	22,0	22,0	-12,0	-10,0	-8,0
Deutschland	56,8	51,6	38,4	29,5	29,8	29,8	29,9	29,9	29,9	29,9	29,9	-26,9	-21,7	-8,4
Estland	26,0	26,0	24,0	21,0	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0	-6,0	-6,0	-6,0
Irland	40,0	24,0	12,5	12,5	12,5	12,5	12,5	12,5	12,5	12,5	12,5	-27,5	-11,5	-7,5
Griechenland	40,0	40,0	32,0	24,0	29,0	29,0	29,0	29,0	28,0	24,0	24,0	-16,0	-16,0	-13,5
Spanien	35,0	35,0	35,0	30,0	28,0	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0	-10,0	-10,0	-10,0
Frankreich	36,7	37,8	35,0	34,4	38,0	34,4	44,4	34,4	34,4	32,0	28,4	-8,3	-9,4	-8,0
Kroatien	25,0	35,0	20,0	20,0	20,0	20,0	18,0	18,0	18,0	18,0	18,0	-7,0	-17,0	-2,0
Italien	52,2	41,3	37,3	31,4	31,3	31,3	27,8	27,8	27,8	27,8	27,8	-24,4	-13,5	-12,5
Zypern	25,0	29,0	10,0	10,0	12,5	12,5	12,5	12,5	12,5	12,5	12,5	-12,5	-16,5	-15,5
Lettland	25,0	25,0	15,0	15,0	15,0	15,0	15,0	20,0	20,0	20,0	20,0	-5,0	-5,0	-5,0
Litauen	29,0	24,0	15,0	15,0	15,0	15,0	15,0	15,0	15,0	15,0	15,0	-14,0	-9,0	-9,0
Luxemburg	40,9	37,5	30,4	28,6	29,2	29,2	27,1	26,0	24,9	24,9	24,9	-15,9	-12,5	-12,5
Ungarn	19,6	19,6	17,5	20,6	20,6	20,6	10,8	10,8	10,8	10,8	10,8	-8,8	-8,8	-8,8
Malta	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0	0,0	0,0	0,0
Niederlande	35,0	35,0	31,5	25,5	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0	-10,0	-10,0	-10,0
Österreich	34,0	34,0	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0	-9,0	-9,0	-9,0
Polen	40,0	30,0	19,0	19,0	19,0	19,0	19,0	19,0	19,0	19,0	19,0	-21,0	-11,0	-9,0
Portugal	39,6	35,2	27,5	29,0	29,5	29,5	29,5	31,5	31,5	31,5	31,5	-8,1	-3,7	-3,7
Rumänien	38,0	25,0	16,0	16,0	16,0	16,0	16,0	16,0	16,0	16,0	16,0	-22,0	-9,0	-9,0
Slowenien	25,0	25,0	25,0	20,0	17,0	17,0	19,0	19,0	19,0	19,0	19,0	-6,0	-6,0	-6,0
Slowakei	40,0	29,0	19,0	19,0	22,0	22,0	21,0	21,0	21,0	21,0	21,0	-19,0	-8,0	-8,0
Finnland	25,0	29,0	26,0	26,0	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0	-5,0	-9,0	-9,0
Schweden	28,0	28,0	28,0	26,3	22,0	22,0	22,0	22,0	21,4	21,4	20,6	-7,4	-7,4	-7,4
Vereinigtes Königreich	33,0	30,0	30,0	28,0	20,0	20,0	19,0	19,0	19,0	19,0	19,0	-14,0	-11,0	-11,0
USA	.	39,3	39,3	39,2	39,0	38,9	38,9	25,8	25,9	25,8	25,8	.	-13,6	-13,5
Japan	.	40,9	39,5	39,5	32,1	30,0	30,0	29,7	29,7	29,7	29,7	.	-11,1	-11,1
Kanada	.	42,4	34,2	29,4	26,7	26,7	26,7	26,8	26,6	26,2	26,2	.	-16,3	-14,3
Schweiz	.	24,9	21,3	21,2	21,1	21,1	21,1	21,1	21,1	21,1	19,7	.	-5,2	-5,0
EU 13 ¹⁾	31,4	28,2	19,7	18,4	18,5	18,5	17,7	18,1	18,1	18,1	18,1	-13,3	-10,1	-8,3
EU 14 ²⁾	38,4	35,7	30,0	27,2	26,9	26,3	26,7	25,7	25,5	24,7	24,4	-14,0	-11,3	-9,6
EU 15	38,0	35,4	30,0	27,3	26,5	25,9	26,1	25,2	25,1	24,3	24,0	-14,0	-11,3	-9,7
EU 27 ³⁾	35,0	32,1	25,1	23,0	22,9	22,6	22,4	22,0	21,9	21,5	21,4	-13,7	-10,7	-9,0
EU 28	35,0	32,0	25,2	23,2	22,8	22,5	22,2	21,9	21,8	21,4	21,3	-13,7	-10,7	-9,1

Q: Europäische Kommission, OECD. – 1) EU-Mitgliedsländer ab 2004. – 2) EU-Mitgliedsländer vor 2004 ohne Vereinigtes Königreich. – 3) EU 28 ohne Vereinigtes Königreich.

4. Ökologisierung des Abgabensystems

Ein zentrales Element der ökosozialen Steuerreform ist die Einführung einer CO₂-Bepreisung mit 1. Juli 2022. Wie im deutschen Emissionshandelssystem soll der Preis je t CO₂ 2022 30 € betragen und schrittweise angehoben werden: 2023 auf 35 €, 2024 auf 45 € und 2025 auf 55 € je t CO₂. Mit dem Einstiegspreis von 30 € je t CO₂ liegt Österreich im Mittelfeld jener 19 europäischen Länder, die bereits eine CO₂-Bepreisung – meist eine CO₂-Steuer – eingeführt haben (Übersicht 5).

Ab 2026 soll der fixe Preis durch den Marktpreis in einem Emissionshandelssystem abgelöst werden. Die Einführung der CO₂-Bepreisung ist zwar ein wichtiger Schritt zur Erreichung der Klimaziele, aufgrund des relativ

niedrigen Preisniveaus ist jedoch kurzfristig nur von einer geringen Lenkungswirkung (Emissionsreduktion) auszugehen. So wird die CO₂-Bepreisung 2022 Benzin um 7 Cent je l (einschließlich Mehrwertsteuer um 9 Cent je l) und Diesel um 8 Cent je l (einschließlich Mehrwertsteuer um 10 Cent je l) verteuern; 2025 werden es bei Benzin etwa 14 Cent je l sein (einschließlich Mehrwertsteuer 17 Cent je l). In Hinblick auf die Dringlichkeit einer Antwort auf die Klimakrise wäre insbesondere eine deutlich ambitioniertere Ausgestaltung des Preispfades wünschenswert gewesen. Die Preisdifferenz zum Emissionshandel für die Bereiche Industrie und Energieerzeugung ist zudem groß – im europäischen

Mitte 2022 wird eine CO₂-Bepreisung eingeführt. Der CO₂-Preis liegt zunächst bei 30 € je t und steigt bis 2025 auf 55 € je t.

Emissionshandelssystem lag der Preis Ende November 2021 bei rund 74 € je t CO₂. Dies

widerspricht dem Prinzip eines einheitlichen Preises für negative Externalitäten.

Übersicht 5: CO₂-Besteuerung in ausgewählten europäischen Ländern

	CO ₂ -Preis € je t CO ₂	Anteil erfasster Treibhausgasemissionen In %	Einführungsjahr
Schweden	118,0	40	1991
Schweiz	88,4	33	2008
Liechtenstein	88,4	26	2008
Norwegen	58,0	66	1991
Finnland			
Allgemein	52,7	36	1990
Verkehr	62,0		
Frankreich	44,6	35	2014
Irland	33,5	49	2010
Island	29,6	55	2010
Niederlande ¹⁾	30,0	12	2021
Deutschland ²⁾	25,0	40	2021
Portugal	24,0	29	2015
Dänemark	24,0	35	1992
Vereinigtes Königreich ¹⁾	21,0	23	2013
Luxemburg			
Allgemein	20,0	65	2021
Benzin	31,6		
Dieselkraftstoff	34,2		
Slowenien	17,3	50	1996
Lettland	12,0	3	2004
Estland	2,0	6	2000
Ukraine	0,4	71	2011
Polen	0,1	4	1990

Q: Weltbank Carbon Pricing Dashboard; Wechselkurse vom September 2021. Länder gereiht nach der Höhe des CO₂-Preises. – 1) Für Anlagen im Emissionshandel. – 2) Nationales Emissionshandelssystem mit Fixpreis.

Während das österreichische Emissionshandelssystem in vielen Punkten dem deutschen Modell folgt, enthält es mit dem symmetrischen Preisstabilisierungsmechanismus eine wesentliche Abweichung. Dieser sieht vor, dass die Steigerung des CO₂-Preises ab 2023 angepasst wird, falls die Energiepreise deutlich steigen oder fallen. Steigen bzw. sinken im Jahr t die Energiepreise in den ersten drei Quartalen im Vorjahresvergleich um mehr als 12,5%, wird die für das Jahr $t + 1$ vorgesehene Preiserhöhung halbiert bzw. verdoppelt. So würde 2023 der Preis statt bei 35 € bei 32,5 € liegen, falls der Preisindex für fossile Energieträger in den ersten drei Quartalen 2022 um über 12,5% höher notiert als im Vorjahr. Bei einem Einbruch des Index um über 12,5% stiege der CO₂-Preis für 2023 dagegen auf 37,5 €. Die für die Folgejahre festgelegten CO₂-Preise bleiben von solchen Anpassungen unberührt. Sie würden nur im Falle einer neuerlichen Unter- bzw. Überschreitung angepasst.

Durch den Preisstabilisierungsmechanismus werden Schwankungen des Energiepreises (einschließlich Steuern und CO₂-Bepreisung) abgefedert. Die automatische Erhöhung des

CO₂-Preises im Falle niedriger Energiepreise trägt dazu bei, die Investitionssicherheit in klimafreundliche Technologien zu verbessern, und ähnelt darin der Preisuntergrenze, die das Vereinigte Königreich für die Stromerzeuger im EU-Emissionshandelssystem eingeführt hat. Im gegenteiligen Fall dient die Begrenzung des Preisanstieges der Abfederung sozialer Härten. Dazu wären allerdings gezielte Instrumente wie z. B. Heizbeihilfen besser geeignet. Dies gilt umso mehr, als eine solche automatische Deckelung den Preisunterschied zu den Nachbarländern erhöht (sofern diese keine ähnlichen Maßnahmen setzen), wodurch sich der Tanktourismus wieder verstärken könnte.

Nach der geplanten Überführung der nationalen CO₂-Bepreisung in ein erweitertes EU-Emissionshandelssystem¹¹⁾ 2026 käme es automatisch zu einer Stabilisierung, wenn die Rohstoffpreise schwanken: Hohe bzw. niedrige Preise für fossile Brennstoffe reduzieren bzw. erhöhen die Nachfrage nach fossilen Brennstoffen und damit nach Zertifikaten, wodurch der Preis der Zertifikate sinkt bzw. steigt.

¹¹⁾ Zu dem im "Fit for 55"-Paket der Europäischen Kommission enthaltenen Vorschlag für ein erweitertes EU-

Emissionshandelssystem siehe Kettner-Marx und Feichtinger (2021).

Die CO₂-Bepreisung ist aufkommensneutral konzipiert. Die daraus erzielten Einnahmen sollen daher über einen regional differenzierten Klimabonus, der bereits zum 1. Jänner 2022 implementiert wird, an die privaten Haushalte zurückerfließen. Die regionale Differenzierung umfasst vier Stufen und spiegelt die Qualität des öffentlichen Verkehrs (gemäß ÖV-Güteklassen) sowie die Siedlungsdichte (laut Urban-Rural-Typologie) wider. 2022 soll der Klimabonus für alle Erwachsenen in der niedrigsten Stufe 100 € betragen. Dieser Sockelbetrag wird um einen Regionalausgleich ergänzt, der in der 2. Stufe 33%, in der 3. Stufe 67% und in der 4. Stufe 100% beträgt. In der höchsten Stufe beläuft sich der Klimabonus 2022 somit insgesamt auf 200 € p. a. Kinder bis 18 Jahre erhalten jeweils die Hälfte. In den Folgejahren soll der Sockelbetrag jährlich durch Verordnung des Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Finanzen festgelegt werden. Dabei sollen die Entwicklung des CO₂-Preises und die tatsächlichen Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung im jeweils vorangegangenen Jahr berücksichtigt werden.

Durch die CO₂-Bepreisung werden in den nächsten Jahren die Verkehrsausgaben von privaten Haushalten in Regionen mit schlechter Anbindung an den öffentlichen Verkehr überproportional ansteigen. Es ist daher prinzipiell nachvollziehbar, dass Personen in schwach erschlossenen, ländlichen Gebieten für einen Übergangszeitraum einen höheren Klimabonus erhalten sollen. Die konkrete Definition der Klimabonusstufen ist allerdings zu diskutieren. Oberstes Ziel muss es sein, begleitend zur schrittweisen Erhöhung des CO₂-Preises den öffentlichen Verkehr österreichweit – aber vorrangig in den derzeit kaum oder überhaupt nicht erschlossenen Regionen – auszubauen, da die CO₂-Bepreisung nur so ihre volle Lenkungswirkung entfalten kann. Die Bonusstufen sollten daher entsprechend der zukünftigen Entwicklung des öffentlichen Verkehrs angepasst werden. Um den Anreiz zum Umstieg auf klimafreundlichere Verkehrsmittel zu verstärken, könnte der Klimabonus befristet werden, beispielsweise bis die CO₂-Bepreisung in das EU-Emissionshandelssystem überführt wurde. Eine soziale Differenzierung des Klimabonus ist nicht vorgesehen, was Fragen bezüglich seiner sozialen Treffsicherheit aufwirft. Eine zusätzliche Differenzierung nach sozialen Kriterien wäre administrativ allerdings schwierig umzusetzen.

Für Unternehmen soll es ähnlich wie in Deutschland Entlastungen für Härtefälle sowie für Sektoren geben, die dem Risiko einer Verlagerung von CO₂-Emissionen (Carbon Leakage) ausgesetzt sind; auch die Landwirtschaft soll entlastet werden, um die Verteuerung von Agrardiesel auszugleichen. In der Fixpreisphase der CO₂-Bepreisung ist das

Gesamtvolumen der Entlastungsmaßnahmen für jeden betroffenen Bereich (Land- und Forstwirtschaft, Carbon Leakage im nicht durch das EU-Emissionshandelssystem erfassten Bereich, Härtefälle) gedeckelt. Es sollte auch hier angedacht werden, die Maßnahmen zur Abfederung von Belastungen zeitlich zu befristen, um die Anreize zum Umstieg auf klimafreundlichere Antriebssysteme und Produktionsweisen zu erhalten.

Zudem werden in den nächsten Jahren zusätzliche Mittel zur Förderung der thermischen Gebäudesanierung sowie klimafreundlicher Heizsysteme gewährt und entsprechende steuerliche Anreize gesetzt.

Bemerkenswert ist, dass jedenfalls bis 2025 die genannten Kompensationsmaßnahmen die erwarteten Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung übersteigen werden. Neben der Reduktion der Lohn- und Einkommensteuer, der Krankenversicherungsbeiträge und der Unternehmensbesteuerung gehen daher auch von der CO₂-Bepreisung Entlastungswirkungen aus, insbesondere für die privaten Haushalte. Aufgrund des Pauschalcharakters der Kompensation werden dabei einkommensschwache Haushalte relativ stärker entlastet als Haushalte mit höherem Einkommen.

Erste Schritte zur Ökologisierung des Abgabensystems wurden bereits vor Verabschiedung der ökosozialen Steuerreform gesetzt (Schatzenstaller, 2021). Im Rahmen des AUA-Rettungspaketes wurde ab September 2020 die bisher nach Entfernung gestaffelte Flugticketabgabe (3,5 € auf der Kurz-, 7,5 € auf der Mittel- und 17,5 € auf der Langstrecke) durch einen entfernungsunabhängigen einheitlichen Satz von 12 € pro Ticket ersetzt und durch einen erhöhten Satz von 30 € für Ultrakurzstrecken bis 350 km ergänzt. Diese Reform entlastete Langstreckenflüge; ihre Lenkungseffekte werden aufgrund der sehr moderaten Steuersätze begrenzt bleiben. Zum 1. Jänner 2021 wurde der Umsatzsteuersatz für Reparaturdienstleistungen (einschließlich Ausbesserung und Änderung) für Fahrräder, Schuhe, Lederwaren, Kleidung und Haushaltswäsche auf 10% halbiert. Wegen des sehr eingeschränkten Anwendungsbereiches dürfte die Wirksamkeit der Maßnahme begrenzt sein. Zudem wurde damit die ohnehin große Anzahl an Leistungen, die dem ermäßigten Umsatzsteuersatz unterliegen, weiter erhöht (Köppl et al., 2020). Von der Senkung der Umsatzsteuer auf Reparaturen kann jedoch eine positive Signalwirkung ausgehen; vor allem dann, wenn sie in ein umfassenderes Paket zur Förderung des Reparatursektors eingebettet wird.

Weiters wurden ab dem 1. Juli 2021 das Jobticket ausgebaut und die Normverbrauchsabgabe auf leichte Nutzfahrzeuge mit einer Gesamtmasse bis zu 3,5 t erweitert und insgesamt erhöht. Der Höchststeuersatz für

Die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung, die bis 2025 auf 1,7 Mrd. € ansteigen dürften, werden in Form eines regionalisierten Klimabonus an die privaten Haushalte ausgeschüttet, um ihre Mehrausgaben zu kompensieren.

Die CO₂-Bepreisung wird in Begleitmaßnahmen eingebettet. Dazu zählen eine Direktförderung und steuerliche Anreize für klimafreundliche Heizsysteme und die thermische Sanierung von Gebäuden.

Kraftfräder wurde auf 30% angehoben; jener für Pkw wurde von 32% auf 50% erhöht und soll bis zum 1. Jänner 2024 schrittweise auf 80% steigen. Für Pkw wurde außerdem der Malus-Betrag für 2021 von 40 € auf 50 € je g CO₂-Emissionen pro km (2024: 80 €) angehoben, der Malus-Grenzwert dagegen von 275 auf 200 g CO₂-Emissionen pro km reduziert. Bis 2024 soll dieser Grenzwert schrittweise auf 155 g gesenkt werden. Die im Regierungsprogramm für 2021 angekündigte

Ökologisierung des Pendlerpauschale und des Dienstwagenprivilegs steht dagegen noch aus. Vordringlich wäre insbesondere die Reform der in Österreich komplexen und umfangreichen Pendlerförderung und ihre Abstimmung mit dem neuen Klimabonus. Zudem wären sämtliche umweltschädlichen Steuerausnahmen und direkten Subventionen, die die CO₂-Bepreisung konterkarieren¹²⁾, zu überprüfen und abzubauen.

5. Schlussbemerkung

Insgesamt beinhaltet die Steuerreform 2022/2024 einige wichtige Ansätze zur Verbesserung der Struktur des österreichischen Abgabensystems: dazu zählen neben dem Ausgleich der kalten Progression insbesondere die Reduktion der hohen Abgaben auf Arbeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der Einstieg in eine CO₂-Bepreisung. Wesentliche strukturelle Defizite bleiben dennoch bestehen, wodurch weiterhin Handlungsbedarf herrscht. So sind Schritte zur Senkung der Lohnnebenkosten für Unternehmen ebenso unerlässlich wie eine wei-

tere Entlastung der Arbeitseinkommen, vor allem im unteren Einkommensbereich. Ein Abbau von Steuerausnahmen in der Einkommen- und Umsatzsteuer, die verstärkte Nutzung bestimmter vermögensbezogener Steuern (etwa in Form einer zeitgemäß ausgestalteten Grundsteuer und einer Erbschafts- und Schenkungssteuer), die Ausweitung umweltbezogener Steuern und eine ambitioniertere Ausgestaltung des CO₂-Preispfades könnten dazu beitragen, den budgetären Spielraum für solche Entlastungen zu vergrößern.

6. Literaturhinweise

- Baumgartner, J., Fink, M., Kaniovski, S., & Rocha-Akis, S. (2018). Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen der Einführung des Familienbonus Plus und des Kindermehrbeitrages. *WIFO-Monatsberichte*, 91(10), 745-755. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/61434>.
- Brandner, P. (2015). Anmerkungen zur kalten Progression und ihrer Berechnung. *WIFO-Monatsberichte*, 88(5), 463-471. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/58178>.
- Bruss, F., Kaniovski, S., & Schratzenstaller, M. (2004). Steuerreform 2004/05 – Maßnahmen und makroökonomische Effekte. *WIFO-Monatsberichte*, 77(8), 627-643. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/25204>.
- Bundesministerium für Finanzen (2021). *Strategiebericht 2022 bis 2025. Bericht der Bundesregierung zum BFRG 2022-2025*. https://www.bmf.gv.at/dam/jcr:d261b63a-f08f-483d-a3de-965a3bac2fb0/Strategiebericht_2022_bis_2025.pdf.
- Christl, M., & Kucsera, D. (2015). Gleicht die Steuerreform 2015/16 die kumulierte Wirkung der kalten Progression aus? *WIFO-Monatsberichte*, 88(5), 447-453. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/58176>.
- Eckerstorfer, P., & Sindermann, F. (2015). Zur Messung der Wirkungen der kalten Progression seit der Steuerreform 2009. Ein Kommentar. *WIFO-Monatsberichte*, 88(5), 455-461. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/58177>.
- Europäische Kommission (2021). *Taxation trends in the European Union. Data for the EU Member States, Iceland, Norway and United Kingdom*.
- Kettner-Marx, C., & Feichtinger, G. (2021). Fit for 55? Das neue Klima- und Energiepaket der EU. *WIFO-Monatsberichte*, 94(9), 665-677. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/67993>.
- Kletzan-Slamanig, D., & Köppl, A. (2016). Umweltschädliche Subventionen in den Bereichen Energie und Verkehr. *WIFO-Monatsberichte*, 89(8), 605-615. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/58977>.
- Köppl, A., Loretz, S., Meyer, I., & Schratzenstaller, M. (2020). Kreislaufwirtschaft und Förderung des Reparatursektors. *WIFO-Monatsberichte*, 93(2), 123-135. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/65779>.
- Loretz, S. (2015). Anteil der kalten Progression an der gesamten Lohnsteuerprogression in Österreich. *WIFO-Monatsberichte*, 88(5), 431-437. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/58174>.
- Österreichisches Parlament (2021). *Ökosoziales Steuerreformgesetz 2022 Teil III (160/ME)*. Vorblatt und Wirkungsortientierte Folgenabschätzung. https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/ME/ME_00160/fname_1009283.pdf (abgerufen am 9. 11. 2021).
- Rainer, A. (2015). Zur Aufkommenswirkung der kalten Progression seit 2000. *WIFO-Monatsberichte*, 88(5), 439-445. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/58175>.
- Schatzenstaller, M. (2009). Steuerreform 2009/10. *WIFO-Monatsberichte*, 82(9), 687-702. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/36768>.

¹²⁾ Für eine – bezüglich der budgetären Effekte allerdings nicht mehr ganz aktuelle – Übersicht über

ökologisch kontraproduktive Subventionen in Österreich siehe Kletzan-Slamanig und Köppl (2016).

- Schatzenstaller, M. (2015). Steuerreform 2015/16 – Maßnahmen und Gesamteinschätzung. *WIFO-Monatsberichte*, 88(5), 371-385. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/58169>.
- Schatzenstaller, M. (2021). Steuerpolitik in der Corona-Krise. *Österreichische Steuerzeitung*, (2021/222). https://lesen.lexisnexis.at/_steuerpolitik-in-der-corona-krise/artikel/o_stz/2021/6/OeStZ_2021_06_222.html.
- Steiner, V., & Wakolbinger, F. (2015). Steuerreform 2015/16 und kalte Progression 2010/2019. Eine Mikrosimulationsanalyse für Österreich. *WIFO-Monatsberichte*, 88(5), 425-430. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/58173>.

Die WIFO Research Briefs präsentieren kurze wirtschaftspolitische Diskussionsbeiträge sowie kurze Zusammenfassungen von Forschungsarbeiten des WIFO. Sie werden unter Einhaltung der Richtlinien der Österreichischen Agentur für wissenschaftliche Integrität (ÖAWI) zur Guten Wissenschaftlichen Praxis und der wissenschaftlichen Politikberatung verfasst und dienen der Erhöhung der nationalen und internationalen Sichtbarkeit der WIFO-Forschungsergebnisse.

13/2021 **CO₂-Bepreisung in der Steuerreform 2022/2024**

Angela Köppl, Stefan Schleicher, Margit Schratzenstaller

In dem am 3. Oktober 2021 vorgestellten Steuerreformpaket der österreichischen Bundesregierung ("Ökosoziale Steuerreform") wird mit der Bepreisung von CO₂ ein neues Werkzeug im Mix der wirtschaftspolitischen Instrumente verfügbar, dessen Design und Wirkung allerdings noch mit vielen Unsicherheiten verbunden sind. Mit dieser Bepreisung von Treibhausgasen folgt Österreich einer sowohl in Europa als auch global immer stärker werdenden Tendenz. Dieses Instrument soll Anreize für die Restrukturierung des Wirtschafts- und Lebensstils setzen, die nicht nur den Klimawandel eindämmen helfen, sondern auch Wohlstand, Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit stärken.

November 2021 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/69168>

Frühere Ausgaben

12/2021 **Antidumpingzölle, Preise und China: Freihandel als Retter in der Not?**

Gabriel Felbermayr (WIFO), Alexander Sandkamp (IfW)

Oktober 2021 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/68030>

11/2021 **Die Produktivität österreichischer Unternehmen von 2008 bis 2018**

Michael Peneder (WIFO), Catherine Pettner (STAT)

Oktober 2021 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/68026>

10/2021 **Einschätzungen zur aktuellen und erwarteten Preisentwicklung von Nahrungsmitteln in Österreich**

Josef Baumgartner, Franz Sinabell

August 2021 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/67442>

9/2021 **Stärkung der Unabhängigkeit des Wirtschaftsstandortes Österreich bei kritischen Produkten**

Michael Klien, Michael Böheim, Matthias Firgo, Andreas Reinstaller, Peter Reschenhofer, Yvonne Wolfmayr

Juli 2021 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/67302>

8/2021 **Beschäftigung liegt im Mai erstmals wieder über dem Vorkrisenniveau**

Julia Bock-Schappelwein, Ulrike Huemer, Walter Hyll

Juni 2021 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/67246>

7/2021 **Verzögerungen und starke Preissteigerungen im Containerfrachtverkehr – Bedeutung für den österreichischen Außenhandel**

Elisabeth Christen, Yvonne Wolfmayr

Juni 2021 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/67239>

6/2021 **Lebenssituationsindex – Aktualisierung für das Jahr 2019**

Julia Bock-Schappelwein, Franz Sinabell

Mai 2021 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/67090>

5/2021 **Punktuell positive Beschäftigungsentwicklung vor Lockdown in der Ostregion**

Julia Bock-Schappelwein, Ulrike Huemer, Walter Hyll

April 2021 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/67078>

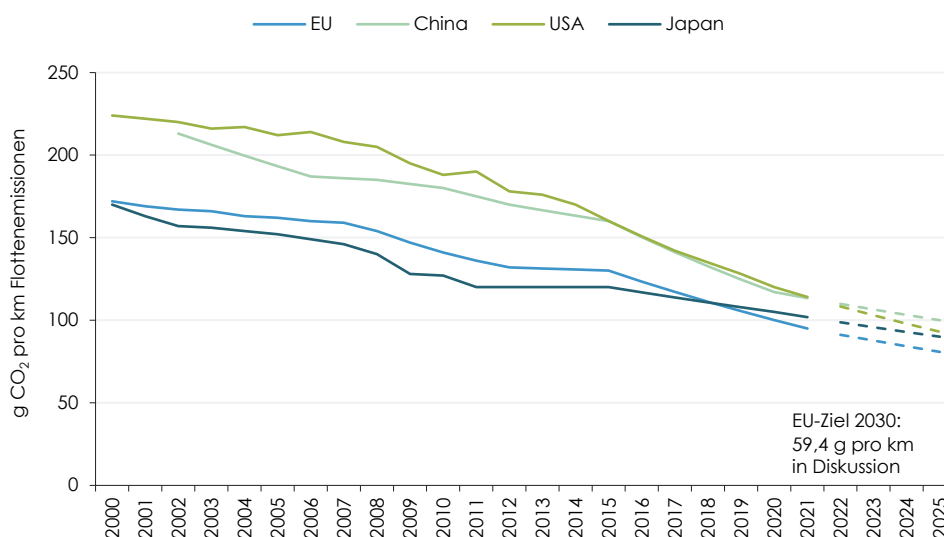
Kostenloser Download: https://www.wifo.ac.at/publikationen/wifo_research_briefs

Dekarbonisierung als ein Treiber des Wandels der österreichischen Kfz-Zulieferindustrie

Birgit Meyer, Klaus S. Friesenbichler (WIFO), Mario Hirz (TU Graz)

- Die österreichische Kfz-Branche liefert international tätigen Fahrzeugherstellern zu, die sich zur Dekarbonisierung bekannt haben.
- Die Dekarbonisierung beschleunigt den Strukturwandel und hat somit starke Auswirkungen auf die heimische Kfz-Zulieferindustrie. Darauf sollten insbesondere Regionen reagieren, in denen diesem Industriezweig hohe Bedeutung zukommt.
- Erfolgreiche Unternehmen nützen bestehende Kompetenzen für Anpassungs- und Diversifizierungsstrategien, die die Abhängigkeit vom Weltmarkt reduzieren sollten.
- Aus- und Weiterbildung sind weiterhin zentral, um die erforderliche Anpassungsfähigkeit sicherzustellen.
- Wirtschaftspolitische Hebel sollten auf Planungssicherheit und die Konsistenz des Maßnahmenmix achten. Der Strukturwandel eröffnet zwar neue Märkte, er birgt aber auch Risiken und wird zu gestrandeten Investitionen führen.

Reduktionspfad für die CO₂-Flottenemissionen von Neuwagen (Pkw)



"Der Strukturwandel der heimischen Kfz-Zulieferindustrie wird durch die Dekarbonisierung der Produkte und Produktionsnetzwerke internationaler Fahrzeughersteller beschleunigt. Das stellt die österreichischen Unternehmen vor Herausforderungen, eröffnet ihnen aber auch Wachstumschancen."

Gesetzliche Rahmenbedingungen zur Emissionsreduktion setzen die Produzenten konventioneller Antriebe weltweit unter Druck. Die EU beschloss 2014 eine schrittweise Senkung des Grenzwertes auf 95 g CO₂ pro km für 95% aller Neufahrzeuge im Jahr 2020/21. 2030 soll der Grenzwert bei 59,4 g liegen. Auch die USA, Japan und China verfolgen ähnliche Reduktionspfade (Q: International Council on Clean Transportation, WIFO-Darstellung).

Dekarbonisierung als ein Treiber des Wandels der österreichischen Kfz-Zulieferindustrie

Birgit Meyer, Klaus S. Friesenbichler (WIFO), Mario Hirz (TU Graz)

Dekarbonisierung als ein Treiber des Wandels der österreichischen Kfz-Zulieferindustrie

Die Dekarbonisierung der Fahrzeugflotten stellt die Kfz-Zulieferindustrie und somit auch den Produktionsstandort Österreich vor Herausforderungen. Das Bestreben, die CO₂-Emissionen zu verringern, ist mittlerweile ein zentraler Treiber des Strukturwandels in der Kfz-Branche. Dieser Strukturwandel eröffnet zwar neue Märkte und Absatzchancen. Er birgt jedoch auch Risiken und wird zu gestrandeten Investitionen führen. Um unerwünschte Folgen hintanzuhalten, empfiehlt der vorliegende Beitrag wirtschaftspolitische Ansätze, die um Planungssicherheit, die Konsistenz des Maßnahmenmix, Diversifizierung sowie Aus- und Weiterbildung kreisen.

Decarbonisation as a Driver of Change in the Austrian Automotive Supply Industry

The decarbonisation of vehicle fleets challenges the automotive industry and hence also for Austria as a production location. The objective to reduce CO₂ emissions has become a key driver of structural change in the vehicle industry. This structural change generates new markets and sales opportunities. However, it also entails risks and will lead to stranded investments. To prevent undesirable consequences, this article recommends economic policy approaches that revolve around planning security, the consistency of the mix of measures, diversification and education and training.

JEL-Codes: K32, L62, P18, P48 • **Keywords:** Investitionen, Dekarbonisierung, Automobilindustrie, Österreich

Der vorliegende Beitrag basiert in weiten Teilen auf einer WIFO-Studie im Auftrag der Oesterreichischen Nationalbank: Klaus S. Friesenbichler, Werner Hölzl, Angela Köppl, Birgit Meyer, Investitionen in die Digitalisierung und Dekarbonisierung in Österreich. Treiber, Hemmnisse und wirtschaftspolitische Hebel (Juni 2021, 85 Seiten, 50 €, kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/67181>). Methodisch wird insbesondere auf die im Rahmen der Studie durchgeführten Experteninterviews zurückgegriffen.

Begutachtung: Stefan Schleicher • **Wissenschaftliche Assistenz:** Anna Strauss-Kollin (anna.strauss-kollin@wifo.ac.at), Nicole Schmidt-Padickakudy (nicole.schmidt-padickakudy@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 29. 10. 2021

Kontakt: Dr. Birgit Meyer, MSc (birgit.meyer@wifo.ac.at), Mag. Dr. Klaus S. Friesenbichler (klaus.friesenbichler@wifo.ac.at), Prof. Dr. Mario Hirz (mario.hirz@tugraz.at)

Gesetzliche Rahmenbedingungen treiben weltweit die Transformation in der Automobilindustrie.

2014 wurde eine schrittweise Absenkung der Grenzwerte für die CO₂-Emissionen von Kfz-Neuzulassungen beschlossen.

1. Einleitung

Einer der größten CO₂-Emittenten in Österreich ist der Verkehrssektor. Er verursachte im Jahr 2019 31% des gesamten Treibhausgas-Ausstoßes, was 36% der gesamten CO₂-Emissionen entspricht. Der Straßenverkehr ist dabei der Hauptemittent. Seine Emissionen stiegen aufgrund der Zunahme der Straßenverkehrsleistung (gemessen an den gefahrenen Kilometern) innerhalb Österreichs sowohl im Güter- als auch Personenverkehr stark an und waren 2020 um 76% höher als vor 30 Jahren (Umweltbundesamt, 2021). Vor diesem Hintergrund skizziert der vorliegende Beitrag den Wandel der Automobilindustrie und diskutiert wirtschaftspolitische Ansätze zur Steigerung von Investitionen, um die Dekarbonisierung dieses Sektors zu bewältigen.

Weltweit setzen gesetzliche Rahmenbedingungen zur Reduktion von Emissionen die

Produzenten konventioneller Antriebe, die sich auf fossile Brennstoffe stützen, unter Druck. Dies beschleunigt den bereits heute intensiven technologischen Wandel, der durch zahlreiche Faktoren wie etwa die Digitalisierung und Automatisierung von Produktionsprozessen oder die Elektrifizierung von Fahrzeugen getrieben wird. Die EU schlägt zur Erreichung der Emissionsziele vor, verstärkt auf Technologien zur "grünen", CO₂-armen Stromerzeugung und auf alternative Fahrzeugantriebe, die auf Elektrizität, Wasserstoff oder synthetischen Kraftstoffen basieren, zu setzen.

Um die CO₂-Emissionen des Verkehrs zu verringern, beschlossen der Europäische Rat und das Europäische Parlament 2014 einen CO₂-Grenzwert von durchschnittlich 95 g

pro km, der ab 2020 (2021)¹⁾ für 95% aller Neufahrzeuge gelten sollte. Im Rahmen des "Green Deal" wurde dieser Grenzwert im Jahr 2019 angepasst. Zugleich wurden die Reduktionsziele für gesundheitsschädliche Emissionen für das Jahr 2025 und 2030 verschärft. Derzeit wird im Rahmen des "Fit for 55"-Paketes²⁾ der EU eine weitere Verschärfung diskutiert: im Flottendurchschnitt sollen bis 2030 nicht mehr als 59,4 g CO₂ pro km ausgestoßen werden. Fahrzeughersteller, die diese Ziele nicht erreichen, müssen für jeden in der EU verkauften Pkw Strafzahlungen in Höhe von 95 € je Gramm CO₂-Zielüberschreitung leisten. Stufenweise Übergangsregelungen bis 2023, die Möglichkeit zum CO₂-Pooling innerhalb von Konzernmarken, Boni für besonders umweltfreundliche Innovationen und reduzierte Ziele für kleinere Produzenten sollen Fahrzeugherstellern kurzfristig helfen, solche Strafzahlungen zu vermeiden.

Die Euro-7-Abgasnorm, die neben den zulässigen CO₂-Grenzwerten auch eine strenge Limitierung gesundheitsschädlicher Abgase (z. B. unverbrannte Kohlenwasserstoffe – HC, Stickoxide – NO_x) sowie anderer Emissionen (Feinstaub, Lärm u. a.) beinhaltet, wird 2025 in Kraft treten und die bisherigen Abgas-

normen ersetzen. Diese Maßnahmen, einschließlich der Strafzahlungen, sollen die Entwicklung umweltfreundlicher Verkehrstechnologien und die Dekarbonisierung beschleunigen.

Diese technologische Neuordnung der Automobilindustrie bringt tiefgreifende Veränderungen in einer der wichtigsten Branchen der österreichischen Wirtschaft mit sich. Im Jahr 2019 zählte die heimische Fahrzeugindustrie rund 35.700 Beschäftigte und stellte mit 9,2 Mio. € etwa 8% der gesamten Bruttowertschöpfung der Industrie. Zuzüglich der indirekten Beschäftigung im Vorleistungverbund der Zulieferindustrie waren etwa 212.000 Personen im Kfz-Sektor beschäftigt³⁾. Die österreichische Automobilindustrie ist stark internationalisiert: die Exportquote beträgt etwa 90%⁴⁾. Insbesondere für die europäischen Partnerländer hat sich Österreich als hochqualifizierter Zulieferstandort und Spezialist für automotiv Entwicklungen, Konzepte und Produkte etabliert. Weltweite Transformationsprozesse in der Automobilindustrie haben daher auch massive Auswirkungen auf Produktion, Wertschöpfung und Beschäftigung in der österreichischen Kfz-Zulieferindustrie.

2. Antriebstechnologien zur Dekarbonisierung

Um die in den gesetzlichen Regelwerken der EU festgeschriebenen Emissionsziele zu erreichen, versucht die Fahrzeugindustrie kurzfristig, die Verbrennungsmotoren zu verbessern und die Elektrifizierung von Fahrzeugen (Hybrid-Fahrzeuge) voranzutreiben. Die ab 2021 und insbesondere ab 2030 vorgeschriebenen Grenzwerte für die Flottenemissionen können mit herkömmlichen Verbrennungsmotoren allein nicht erreicht werden. Hybridfahrzeuge, insbesondere Plug-in-Hybride, werden als Übergangslösung angesehen. Mittel- und langfristige ist jedoch ein Wandel hin zu Elektrofahrzeugen und Fahrzeugen, die mittels Wasserstoff-Brennstoffzellen oder mit synthetischen Kraftstoffen angetrieben werden, unerlässlich (Siskos et al., 2015). Elektrofahrzeuge unterscheiden sich in ihrer Produktion und ihrem CO₂-Ausstoß von herkömmlichen Verbrennungsmotoren. Die CO₂-Bilanz von Elektrofahrzeugen ist, sofern man die gesamte Lebensdauer betrachtet, niedriger bzw. klimaverträglicher als jene von Fahrzeugen mit einem Verbrennungsmotor. Fahrzeuge mit elektrischen Antrieben sind weniger komplex, was den Antriebsstrang betrifft, benötigen aber komplexere

elektrische Energiespeichersysteme (Abbildung 1).

Die wissenschaftliche Diskussion über die Umweltfreundlichkeit von Elektroautos kreist daher nicht ausschließlich um den CO₂-Ausstoß, sondern auch um die Entsorgung alter Akkus sowie um Rohstoffe wie etwa Nickel, Lithium oder Kobalt, für deren Abbau etwa in wasserarmen Regionen große Mengen an Grundwasser benötigt werden.

Vollelektrische Fahrzeuge sind derzeit insbesondere im innerstädtischen Pkw-Verkehr und im Bereich der Nutzfahrzeuge auf Kurzstrecken energieeffizient. Der Wasserstoffantrieb gilt dagegen vor allem für den Langstreckentransport mit Nutzfahrzeugen sowie den Schiffsverkehr als zukunftsträchtig. Wasserstoffbetriebene Fahrzeuge sind mittlerweile voll funktionsfähig; insbesondere im Nutzfahrzeugbereich sind bereits die ersten derartigen Fahrzeuge in Betrieb. In Österreich und in Deutschland gibt es starke Bestrebungen, die Antriebstechnologien auf Wasserstoff umzustellen. So plant etwa die Stadt Graz, erste Wasserstoffbusse in Betrieb

In der Automobilindustrie konkurrieren mehrere Technologien in unterschiedlichen Reifestadien, wobei sich die Produktionsnetzwerke teils überlappen.

Der Anteil von Elektrofahrzeugen wird ansteigen und vor allem im Nahverkehr eine Rolle spielen. Wasserstofffahrzeuge haben insbesondere im Nutzfahrzeugbereich Potential.

¹⁾ Diese Maßnahme ist in den EU-Verordnungen (EU) 333/2014 und (EU) 253/2014 festgeschrieben. Im Jahr 2019 wurde die Einführung der Emissionsgrenzwerte auf 2021 verschoben. Die Verordnung (EU) 2019/631 legt die CO₂-Grenzwerte für Neuwagen für das Jahr 2025 und 2030 fest.

²⁾ Siehe dazu den WIFO-Monatsbericht von Kettner-Marx und Feichtinger (2021).

³⁾ Laut Berechnungen des Industriewissenschaftlichen Institutes im Auftrag der Wirtschaftskammer Österreich

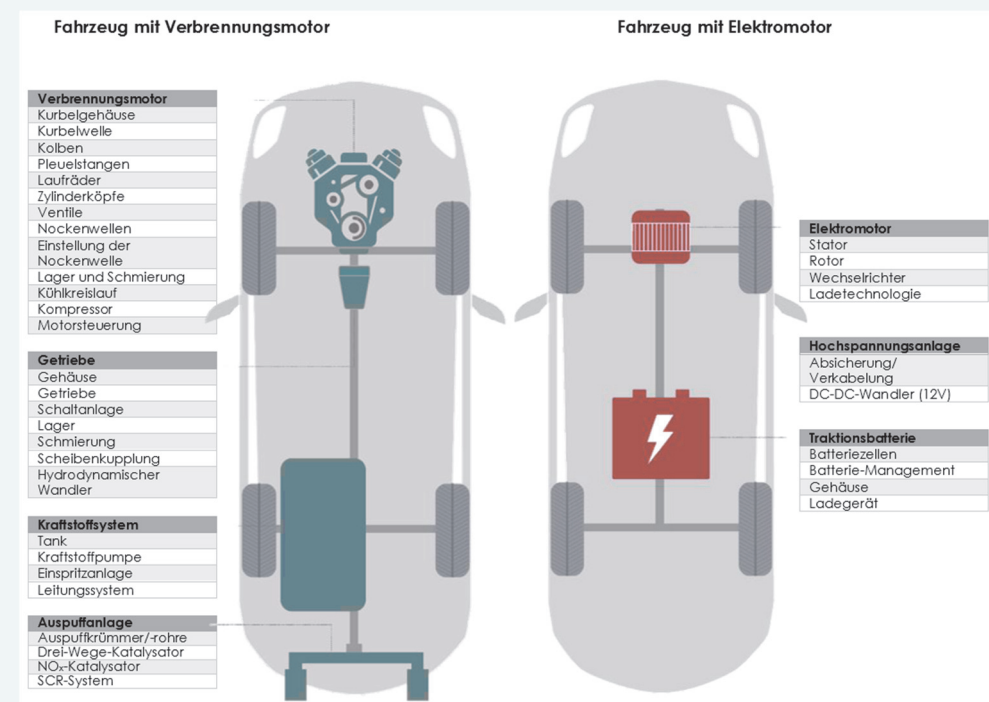
(Schneider et al., 2020) waren im Jahr 2019 81.737 Personen direkt in der Kfz-Zulieferindustrie beschäftigt; einschließlich der indirekt Beschäftigten waren es 212.262. Die direkte Wertschöpfung der österreichischen Fahrzeugindustrie betrug etwa 9,2 Mio. €, einschließlich der indirekten Effekte im Vorleistungverbund sogar 19,4 Mio. €.

⁴⁾ Siehe <https://news.wko.at/news/oesterreich/ARGE-Automotive-Zulieferindustrie:-Jetzt-klug-agieren-und.html> (abgerufen am 19. 10. 2021).

zu nehmen⁵⁾. Derzeit sind die Kosten für Wasserstofffahrzeuge noch vergleichsweise hoch und die Skalenerträge fehlen noch, da

es bisher an der breiten Infrastruktur für die Bereitstellung von Wasserstoff mangelt.

Abbildung 1: Vergleich der Komplexität von Fahrzeugen mit traditionellen Verbrennungs- bzw. Elektromotoren



Q: Kleebinder et al. (2019), WIFO-Darstellung.

Die Produktion und die Nutzung von Elektrofahrzeugen verursachen CO₂-Emissionen und werden daher bislang dem Ziel der Dekarbonisierung nicht gerecht.

Als eine Alternative haben auch synthetische Kraftstoffe mit hoher Energiedichte Potential, die Dekarbonisierung voran zu treiben. Synthetische Kraftstoffe ("Power to Liquid") für eine breitere Anwendung befinden sich noch in der Entwicklung. Sie werden z. B. aus Methan, Biomasse oder aus CO₂ und Wasserstoff gewonnen, wobei das CO₂ aus der Atmosphäre oder aus industriellen Prozessen wie der Stahlerzeugung stammen könnte. Da synthetische Kraftstoffe derzeit noch als wenig energieeffizient gelten, wird ihr Einsatz für jene Anwendungen diskutiert, für die sich batterieelektrische oder auf Wasserstoff basierende Antriebe weniger eignen, z. B. in der Luftfahrt oder zum Antrieb schwerer Nutzfahrzeuge im Bauwesen oder in der Landwirtschaft.

Die Zahl der Zulassungen von Fahrzeugen mit einem geringeren CO₂-Ausstoß nahm in den letzten Jahren stetig zu. In Österreich

betrug der Anteil der Elektrofahrzeuge an den Pkw-Neuzulassungen 2020 knapp 14%. Laut Schätzungen einer Fraunhofer-Studie (Sala et al., 2020) werden im Jahr 2030 etwa 24% aller verkauften Fahrzeuge rein elektrisch angetrieben sein, während teil-elektrifizierte Antriebe rund 40% und Verbrennungsmotoren etwa 36% ausmachen werden⁶⁾. Wasserstoffbetriebene Fahrzeuge werden 2030 voraussichtlich noch eine untergeordnete Rolle spielen, aber bis 2050 insbesondere im Nutzfahrzeugbereich an Bedeutung gewinnen. Die relativ langsame Umstellung der gesamten Pkw-Flotte auf Elektrofahrzeuge kann u. a. durch die durchschnittliche Nutzungsdauer von Fahrzeugen (etwa 7 bis 10 Jahre), das Verbraucherverhalten, die eingeschränkte Reichweite von Elektrofahrzeugen und einen noch unzureichenden Ausbau der Ladeinfrastruktur erklärt werden.

⁵⁾ Die öffentliche Hand übernimmt mit der Umstellung der öffentlichen Fahrzeugflotten somit eine Vorbildfunktion. Dieses Pilotprojekt wird durch eine Kooperation von Unternehmen mit der Technischen Universität Graz gestützt, siehe <https://www.holding-graz.at/de/mobilitaet/move2zero/#brennstoffzellenbusse> (abgerufen am 19. 10. 2021).

⁶⁾ Zu ähnlichen Schätzungen kommt auch eine Studie des Chemnitz Automotive Institute (Olle et al., 2021).

Die CO₂-Bilanz von Elektrofahrzeugen im Vergleich mit Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor

Zahlreiche Studien vergleichen die CO₂-Intensität von Elektroautos mit jener von Pkw mit Verbrennungsmotoren. Dabei wird zwischen der Produktionsphase und der Betriebsphase unterschieden. Im Fall der Elektrofahrzeuge ist vor allem die Herstellung von Akkus CO₂-intensiv. In der Betriebsphase stoßen dagegen Verbrennungsmotoren mehr CO₂ aus. Die Unterschiede in den Studienergebnissen lassen sich etwa auf einen länderspezifisch unterschiedlichen Energiemix in der Produktion, in den Vorleistungsketten und in der benötigten Lade- bzw. Tankstelleninfrastruktur zurückführen. Ein Akku, der in der EU hergestellt wird, verursacht beispielsweise einen niedrigeren CO₂-Ausstoß als ein Akku aus China oder den USA. Ebenso von Bedeutung sind Fortschritte in den Produktionstechnologien von Akkusystemen, wodurch deren Herstellung in den letzten Jahren weniger energieintensiv wurden. Weitere ergebnisrelevante Annahmen beziehen sich auf die Betriebsintensität oder die Haltbarkeit der verglichenen Fahrzeuge.

Das Fraunhofer Institut (Wietschel et al., 2019) argumentiert, dass die Treibhausgasemissionen bei der Produktion von Elektrofahrzeugen um 70% bis 130% höher seien als bei der Produktion von Diesel- oder Benzinfahrzeugen. Im Betrieb würden Elektrofahrzeuge diesen Nachteil kompensieren; der Grad der Kompensation hängt allerdings davon ab, wie der Ladestrom erzeugt wurde. Im Durchschnitt sind die CO₂-Emissionen von Elektrofahrzeugen über die gesamte Produktlebensdauer um etwa 15% bis 30% geringer als jene von Pkw mit Verbrennungsmotoren. Insbesondere bei kleineren, besser für den Nahverkehr geeigneten Fahrzeuge ist der CO₂-Verbrauch niedriger. Elektrofahrzeuge mit größeren Akkus, die weitere Strecken pro Akkuladung zulassen, schneiden dagegen deutlich schlechter ab, wodurch sich der Vorteil gegenüber den Verbrennungsmotoren verringert. Zu ähnlichen Ergebnissen kommen Studien des Institutes für Energie und Umweltforschung (Helms et al., 2018) oder der Technischen Universität Eindhoven (Hoekstra und Steinbuch, 2020).

Diese Befunde werden in einer Studie des ifo Institutes für Wirtschaftsforschung (Buchal et al., 2019) angezweifelt. Laut dieser ist der CO₂-Ausstoß eines Elektrofahrzeuges im günstigen Fall um etwa 10% und im ungünstigen Fall um mehr als 25% höher als jener eines vergleichbaren Pkw mit Dieselmotor. Am besten schneidet ein Vergleichsfahrzeug mit Wasserstoff-Methan-betriebem Verbrennungsmotor ab, dessen Ausstoß auch bei Berücksichtigung der erheblichen Vorkettenemissionen um etwa ein Drittel unter jenem des Dieselmotors liegt.

3. Trends in der Automobilbranche

Wie Falck et al. (2021) zeigen, verlieren traditionelle Verbrennungsmotoren in der deutschen Automobilbranche zunehmend an Bedeutung, was auch mit einem Anstieg des Innovationsdrucks verbunden ist. Der Übergang zu neuen Antriebstechnologien geht Hand in Hand mit weiteren Entwicklungen, wie etwa technologischen Trends (z. B. Industrie 4.0) oder Veränderungen in der geografischen Verteilung der Liefernetzwerke vor dem Hintergrund der strategischen Industriepolitik.

3.1 Internationale Produktionsnetzwerke

Die Branchentrends sind in die derzeitigen Produktionsstrukturen eingebettet. Die österreichische Kfz-Zulieferindustrie ist in europäische Produktionsnetzwerke eingebunden, die von weltweit tätigen Fahrzeugherstellern (Original Equipment Manufacturers – OEM) bestimmt werden. Deren Firmensitze befinden sich vor allem in Deutschland, Kanada, den USA oder China. Die Abhängigkeit von diesen Auftraggebern beschränkt vielfach den Handlungsspielraum der österreichischen Produzenten. Dies betrifft etwa den Zeithorizont für die Anpassung des Produktportfolios, die Wahl des Antriebsmix und der Produktionsstandorte vor allem von Elektrofahrzeugen sowie die damit verbundenen Änderungen in den Lieferketten.

Vor dem Hintergrund von Lieferengpässen, die gegenwärtig insbesondere Computerchips betreffen, werden derzeit die Vor- und Nachteile der Internationalisierung diskutiert. Die Frage, welche geografischen Strukturen entlang internationalisierter Produktions-

netzwerke adäquat sind, muss im Fall der Fahrzeugindustrie jedoch vor dem Hintergrund der benötigten hochspezialisierten Vorleistungen und der internationalen Absatzmärkte erörtert werden. Rezente Entwicklungen haben jedoch Schwächen internationaler Liefernetzwerke offengelegt. So zwang bzw. zwingt etwa der Mangel an Mikrochips als kritische Systemkomponenten viele Fahrzeughersteller, ihre Produktion zeitweise stillzulegen, was sich wiederum negativ auf die Zulieferindustrie auswirkt. Dies hat Fragen über die Stabilität der Wertschöpfungsketten aufgeworfen. Um in Krisenzeiten möglichst flexibel reagieren zu können, werden vermehrt Maßnahmen ergriffen, welche die Resilienz der globalen Wertschöpfungsketten erhöhen, Produktionsnetzwerke diversifizieren und Transparenz entlang der Lieferketten schaffen.

3.2 Digitalisierung und Automatisierung

Die Transformation in der Automobilindustrie ist eng verbunden mit der Digitalisierung in der Kfz-Zulieferindustrie. Die Anforderungen an Fahrzeuge steigen stetig. Das schlägt sich einerseits in der fortschreitenden digitalen Vernetzung von Produzenten nieder (Industrie 4.0) und spiegelt sich andererseits in zunehmenden Herausforderungen hinsichtlich der Fahrzeugfunktionalitäten (z. B. in den Bereichen Sicherheit, Automatisierung von Funktionen, Lebensdauer, Systemintegration oder System-Testing). Dies erhöht die Komplexität von Elektrik- bzw. Elektroniksystemen, was mit einem Anstieg der Anzahl der benötigten Steuergeräte und Bus-Systeme einhergeht.

Die österreichische Kfz-Zulieferindustrie beliefert international tätige Fahrzeughersteller, deren technologische Entscheidungen die Architektur der Produktionsnetzwerke definieren.

Industrie 4.0 und elektronisch komplexe Fahrzeuge verändern Prozesse und nachgefragte Arbeitsprofile.

Regulierung, neue Mobilitätskonzepte und ein Wandel der Kundenpräferenzen prägen die Veränderungen in der Nachfrage.

Die Anforderungen an die Software nehmen ebenfalls zu, da auf unterschiedliche Systeme verteilte Funktionen über kritische Schnittstellen gesteuert werden müssen. Gerade die Automatisierung der Antriebsregelungs- und Fahrassistenzsysteme – mit der Vision des autonomen Fahrens – erfordert in diesem Zusammenhang eine enorme Anpassungsleistung. Mit der Veränderung der verwendeten Technologien geht auch ein radikaler Wandel der nachgefragten Arbeitsprofile und Qualifikationsanforderungen einher.

3.3 Entwicklung der Nachfrage

Die Nachfrage nach Fahrzeugen wird einerseits durch Regulierung (z. B. Schadstoff-

Grenzwerte) und andererseits durch neue Mobilitätskonzepte beeinflusst. Die Veränderung der Mobilitätsstrukturen unterscheidet sich stark nach Marktsegmenten. So hält etwa der Trend zu größeren Fahrzeugen an. Dazu zählen z. B. SUVs mit höheren Antriebsleistungen, gesteigertem Komfort und verbesserten Sicherheitslösungen (z. B. Fahr-Assistenzfunktionen). Durch solche Ausstattungsmerkmale steigt allerdings der Energieverbrauch. Gleichzeitig nimmt jedoch auch das Umweltbewusstsein der Endverbraucher zu und es kommt vor allem in urbanen Gebieten zu Änderungen des Nutzungsverhaltens, etwa durch Car-Sharing oder die Nutzung von Video-Kommunikation, um nicht unbedingt erforderliche Fahrten zu vermeiden.

4. Wirtschaftspolitische Hebel

Im Folgenden werden verschiedene wirtschaftspolitische Maßnahmen skizziert. Diese können dazu beitragen, den strukturellen Wandel, dem die österreichische Automobilindustrie im Zuge der Dekarbonisierung unterliegt, zu begleiten und unerwünschte Folgen des Strukturwandels hintanzuhalten.

4.1 Konsistenz des Policy-Mix

Die Wirtschaftspolitik unterstützt die Dekarbonisierung des Automobilssektors durch zahlreiche F&E-Initiativen. Zudem wird vor allem die Diffusion von elektrifizierten Fahrzeugen gefördert. In Österreich werden derzeit der Kauf von elektrischen Privatfahrzeugen sowie der Ausbau der Ladeinfrastruktur finanziell unterstützt. Dabei kooperiert das Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie mit Automobil- und Zweiradimporteuren sowie dem Sportfachhandel⁷⁾.

Auch die EU fördert die E-Mobilität. Neben den Emissionsgrenzwerten schlug sie einen Regulierungsrahmen für die der E-Mobilität zugrundeliegenden Energiespeichersysteme vor. Dieser zielt auf die Einführung technischer Mindeststandards, eine umweltschonende Herstellung, die Verlängerung der Lebensdauer von Energiespeichern und deren verstärkte Zuführung in Recyclingkreisläufe am Ende des Akkulebens ab. In den Wertschöpfungsketten sollen zudem bei der Gewinnung wichtiger Rohstoffe soziale und ökologische Standards eingehalten werden (Europäisches Parlament, 2021).

Die Diskussion kreist oft um die "Technologie-neutralität" von Regulierungen, jedoch variiert das Verständnis dieses Begriffs. Technologie-neutralität bedeutet ursächlich, dass die Zielsetzung der Emissionsreduktion keine

Vorgabe dazu enthält, mit welcher Technologie dieses Ziel erreicht werden soll. Die Rahmenbedingungen in den EU-Normen, z. B. zu den Flottenemissionsgrenzwerten, sind grundsätzlich technologie-neutral gestaltet. Die Fördermittel werden für den von der Industrie eingeschlagenen Weg vergeben und wirken damit innovationsfördernd. Ein Großteil der Mittel fließt in die Förderung der E-Mobilität einschließlich der dafür notwendigen Infrastruktur. Dies dient der Schaffung einer wettbewerbsfähigen Alternative zum herkömmlichen Verbrennungsmotor, kann jedoch kritisiert werden, da damit die Verbreitung einer spezifischen Technologie unterstützt wird und die Förderungen somit nicht mehr "technologie-neutral" sind.

Die österreichische Kfz-Zulieferindustrie ist sehr gut in der herkömmlichen Technologie der Verbrennungsmotoren verankert. Eine Aufrechterhaltung der bestehenden Geschäftsmodelle steht daher bei vielen Unternehmen im Vordergrund, was die Diffusion alternativer Technologien verlangsamt. Insbesondere einige große Automobilhersteller verhalten sich teils träge und versuchen, den Markt mit konventionell angetriebenen Fahrzeugen zu versorgen, solange dies noch möglich ist. Dies führte in vielen Bereichen der Automobilbranche zu Unterinvestitionen in Forschung, Entwicklung und Innovation⁸⁾.

Innovatoren in der Fahrzeugindustrie sehen die Schadstoffemissionsgesetzgebung (Abgasnormen Euro 0 bis Euro 7) als Erfolg, da diese der Industrie und Forschung ausreichend Freiraum lässt, um die Zielsetzung der Dekarbonisierung unter fairen Bedingungen und fairem Wettbewerb mit unterschiedlichen Technologien zu erreichen. Die voll-

Der Begriff Technologie-neutralität bezieht sich auf die freie Technologiewahl vor dem Hintergrund des CO₂-Einsparungspfades.

Der Policy-Mix sollte technologieneutrale Regularien und innovationsstimulierende Förderungen beinhalten.

⁷⁾ Siehe https://www.oesterreich.gv.at/themen/bauen_wohnen_und_umwelt/elektroautos_und_e_mobilitaet/Seite.4320020.html (abgerufen am 19. 10. 2021).

⁸⁾ Dies ist nicht nur in Österreich und der EU, sondern auch in anderen Ländern beobachtbar.

ständige Umstellung der gesamten Fahrzeugflotte ist ein langfristiges Projekt, zu dem

sich viele Fahrzeughersteller strategisch bereits entschieden haben (Übersicht 1).

Übersicht 1: Ankündigungen von OEM zum Stopp der Produktion von Verbrennungsmotoren

Produktionsstopp angekündigt für . . .	
Jaguar	2025
Volvo	2025 (50%), 2030 (100%)
Volkswagen	2026 (Ausrollen der letzten Generation von Verbrennungsmotoren, deren Produktion in der EU 2040 auslaufen soll)
Audi	2030
Porsche	2030 (mit Ausnahmen, Produktion von Dieselmotoren endete bereits 2020)
Ford	2030
Renault	2030 bis 2035
Mini	2031
General Motors	2035
Daimler	2039 (Ziel: CO ₂ -neutrale Flotte)

Q: WIFO-Darstellung. OEM . . . Original Equipment Manufacturer.

Übersicht 2: Politisch diskutierte Verbote von Verbrennungsmotoren

Diskutierter Termin für das Inkrafttreten des Verbotes	
Norwegen	2025
Schweden	2030
Dänemark	2030
Niederlande	2030
Vereinigtes Königreich	2030
Israel	2030
Indien	2030
Deutschland	2035
USA	2035 (Unterschiede in den einzelnen Bundesstaaten)
Taiwan	2040
Frankreich	2040
Spanien	2040
Kanada	2050
China	2060 (in manchen Regionen früher, z. B. in Hainan bereits 2030)

Q: WIFO-Darstellung.

Einige Länder wie Norwegen (ab 2025), Dänemark, die Niederlande oder das Vereinigte Königreich (ab 2030) erwägen bereits ein Verbot von Verbrennungsmotoren (Übersicht 2). Da ein solches Verbot jedoch die Entwicklung von alternativen Lösungsansätzen wie etwa von CO₂-neutralen Kraftstoffen bremsen und das technologische Spektrum einengen könnte, kann diese Dynamik auch sehr kritisch gesehen werden.

4.2 Regulatorische Planungssicherheit

Das Investitionsumfeld der Automobilbranche ist stark von Regulierungen, der COVID-19-Krise und der Abhängigkeit von Lieferketten bestimmt. In Österreich wie auch in anderen EU-Ländern herrscht derzeit große Unsicherheit darüber, wie sich der Automobilssektor künftig entwickeln wird. Diskussionen über mögliche Verbote von

Verbrennungsmotoren in einigen Ländern verstärken diese Unsicherheit in der Branche zusätzlich.

Die EU sollte auf die Implementierung technologieneutraler Zielsetzungen achten, wie etwa der EU-Abgasnormen, die zwar ambitioniert, aber umsetzbar erscheinen. Viele OEM reagierten zunächst zögerlich auf die EU-Regularien⁹⁾, sodass insbesondere in der Zuliefererindustrie große Unsicherheit herrscht. Laut Branchenfachleuten könnten diese Regularien daher kurzfristig zu Wettbewerbsnachteilen für die in EU-Ländern ansässigen Kfz-Zulieferer führen, etwa gegenüber der chinesischen Konkurrenz.

Die Planungsunsicherheit spiegelt sich auch in den Investitionskennzahlen: In der heimischen Automobilindustrie erholten sich die Investitionen deutlich schwächer von der COVID-19-Krise als jene in der Sachgüter-

aus. Die transformative Ausrichtung der KMU entlang der Wertschöpfungskette in Österreich ist daher mangelhaft (Sala et al., 2020).

Verbote spezifischer Technologien könnten das technologische Spektrum einengen und den langfristigen technologischen Wandel bremsen.

Klare Regularien mit eindeutigen Zielsetzungen schaffen einen Planungshorizont und gewährleisten Planungssicherheit.

⁹⁾ Ein System, das zur Dekarbonisierung zunächst auf Freiwilligkeit setzte, erwies sich im Mobilitätssektor als wenig effizient und löste bei großen OEM nur geringe Investitionen in die Entwicklung alternativer Antriebe

Eine rasche technologische Anpassung an neue Regularien kann der heimischen Kfz-Branche einen Standortvorteil sichern.

Die Diversifizierung von Kompetenz- und Produktportfolios reduziert die mit der Dekarbonisierung verbundenen Risiken.

Vor allem kleine und mittlere Unternehmen können von Kooperationen und Vernetzungen untereinander und mit F&E-Einrichtungen profitieren.

Der Aufbau neuer Lieferketten sowie die Gestaltung komplexer Produktionssysteme und Vertriebskanäle erfordert Vernetzung und die Weiterentwicklung der Kompetenzbasis.

Das Know-how in der Kfz-Zulieferindustrie muss durch Aus- und Weiterbildung gestärkt werden, um die Innovationskraft zu erhöhen.

erzeugung insgesamt (Friesenbichler und Hölzl, 2021).

Eine schnelle und zielgerichtete Ausgestaltung der Regularien – wie etwa der derzeit diskutierten Euro-7-Abgasnorm, die 2025 in Kraft treten soll – und eine rasche technologische Anpassung an diese kann der österreichischen Kfz-Branche einen Standortvorteil innerhalb der EU und weltweit sichern, wenn rasch und effektiv innovative Lösungen gefunden werden, da die Nachfrage und der Bedarf an CO₂-neutralen Fahrzeugen weltweit steigen. Die "Klimafolgekosten" (z. B. Strafzahlungen bei Nichterreichung der gesetzten Emissionsziele) nehmen laufend zu, was den Druck auf Emittenten erhöhen wird. Eine schnelle Reaktion und eine hohe Awareness der Unternehmen erhöhen deren Überlebenswahrscheinlichkeit und können in weiterer Folge einen Wettbewerbsvorteil begründen. Daran knüpft sich die Frage nach der Dauer des Innovationszyklus. Neue Produktgenerationen in der Automobilindustrie benötigen etwa 3 bis 5 Jahre Vorlaufzeit in der Entwicklung. Ein Planungshorizont von etwa 10 Jahren erscheint für eine Umstellung der Produktion somit realistisch.

4.3 Diversifizierung

Die Umstellung auf alternative Antriebstechnologien verändert die Produktionsprozesse sowie die gesamte Kfz-Wertschöpfungskette grundlegend. Diese Veränderung ist aufgrund der Unterschiede in der Herstellung und des redundant werdenden kumulativen Wissens nicht ohne weiteres möglich. In einer Studie für den Verband der Automobilindustrie schätzen Falck et al. (2021), dass der Bedarf an manueller Arbeitskraft in der Produktion von Elektroautos etwa um ein Drittel geringer sein wird als in der Herstellung von konventionell angetriebenen Kfz. Einige Produktionsschritte werden in der heutigen Form nicht mehr benötigt werden, andere Segmente (wie z. B. das heutige Tankstellennetz) werden in der derzeitigen Form kein Wachstum erzeugen können.

Dies verdeutlicht die Dringlichkeit einer Umstellung auf alternative Antriebstechnologien und der damit verbundenen Anpassung der Produktion und der Wertschöpfungsketten. Neben der Änderung der Antriebsstränge werden zunehmend Leichtbauweisen vorangetrieben, die z. B. Stahl und Aluminium durch Polymere substituieren. Diversifizierung kann den Unternehmen dabei helfen, sich weiterzuentwickeln und den Standort nachhaltig zu sichern. Mit entsprechenden Fachkenntnissen kann Diversifizierung sowohl im Produktportfolio stattfinden (z. B. Batteriegehäuse statt Tanksysteme), als auch dazu dienen, neue Geschäftsbereiche

zu erschließen (z. B. Sensorsysteme für automatisiertes Fahren).

Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU) folgen aufgrund des Kostendrucks oft den von den OEM vorgegebenen technologischen Trends. Dies erschwert den KMU eine rasche Umstellung ihrer Produktionsprozesse und Zwischenprodukte. Durch Kooperationen entlang der Wertschöpfungskette und mit Forschungsinstitutionen ist es allerdings möglich, Synergien zu bündeln, Effizienzen technologischer Anpassungen zu erhöhen und die Eigenständigkeit der KMU gegenüber den OEM zu fördern.

Kooperationen prägen in Österreich bereits heute das Branchenbild. So arbeiten Unternehmen aus dem Automobilsektor etwa mit F&E-Einrichtungen wie der Technischen Universität Wien, der Technischen Universität Graz und der Montanuniversität Leoben zusammen. Die Automobilcluster in Oberösterreich oder in der Steiermark unterstützen die Vernetzung von Unternehmen innerhalb der Automobilbranche. Die Bildung von Transformationsnetzwerken und Kooperationen ist jedoch auch industrieübergreifend wichtig, um neue Technologien und innovative Konzepte in die Kfz-Zulieferindustrie einzubringen.

Unterstützung beim Aufbau von Know-how und bei der Erschließung neuer Geschäftsfelder ist insbesondere für KMU von Bedeutung, um ihr langfristiges Bestehen zu sichern. Das Förderwesen sollte hier anknüpfen. Einerseits sollte technologieneutral und mit spezifischen Zielsetzungen die Mobilität der Zukunft gefördert werden¹⁰). Andererseits sollten KMU, die bisher wenig zentral gefördert werden, Unterstützung erhalten, um den Wandel in der Automobilbranche bewältigen zu können. Eine Vernetzung und Weiterbildung der Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger auf KMU-Ebene erleichtert die Anpassung von Produktionsnetzwerken und -technologien sowie die Zukunftssicherung durch verstärkte Diversifizierung. Diversifizierung erfordert zudem Mitarbeiterschulungen und die Entwicklung von Know-how, einschließlich der Ausbildung von Ingenieurinnen und Ingenieuren, die mit den neuen Technologien vertraut sind.

4.4 Aus- und Weiterbildung

Die Komplexität des Zusammenspiels von Sensoren, Aktoren und Steuerelementen im Fahrzeugbau nimmt stetig zu, was eine entsprechende Qualifikation und sektorübergreifende Zusammenarbeit voraussetzt. Österreich ist im internationalen Vergleich ein kostenintensiver Standort, der jedoch über ein hohes Fachwissen verfügt, das für einen erfolgreichen Transformationsprozess be-

¹⁰) In der Förderung von Grundlagenforschung, z. B. durch den Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen

Forschung (FWF), wird das Thema der gesamtheitlichen Dekarbonisierung bisher wenig adressiert.

nötigt wird. Investitionen in Know-how und in das Bildungssystem können bei der Spezialisierung auf Komponenten der E-Mobilität somit Wettbewerbsvorteile gegenüber anderen Ländern darstellen. Verkürzte Technologiekonzepte erfordern einen kontinuierlichen Lernprozess (Lifelong Learning) sowie Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, vor allem innerhalb traditioneller Betriebe. Die Verfügbarkeit gut ausgebildeter Fachkräfte ist eine Grundvoraussetzung, um im globalen Standortwettbewerb zu bestehen.

4.5 Digitalisierung

Das Fahrzeug selbst wird in der Fahrzeugindustrie als mechatronisches System verstanden, das Digitalisierung und Dekarbonisierung, zwei separate Prozesse, miteinander

5. Schlussfolgerungen und Ausblick

Die Dekarbonisierung von Kraftfahrzeugen beschleunigt den Wandel der österreichischen Kfz-Zulieferindustrie. Dies stellt den Produktionsstandort Österreich vor große Herausforderungen. Die Dekarbonisierung trifft hierzulande auf eine Zulieferbranche, deren Ausrichtung von weltweit tätigen Fahrzeugherstellern dominiert wird, die zunehmend hoch komplexe und digitalisierte Fahrzeuge produzieren. Zudem spielt die Industrie 4.0 im Automobilssektor eine immer größere Rolle und die Präferenzen der Konsumentinnen und Konsumenten entwickeln sich rasch und in unterschiedliche Richtungen.

5.1 Ansätze für die Dekarbonisierung

Die Wirtschaftspolitik sollte weiterhin den Rahmen für die Eindämmung des CO₂-Ausstoßes vorgeben. Hierfür ist ein regulatorischer Pfad ein geeignetes, transparentes Instrument, das Planungssicherheit gewährleistet. Dabei sollte auf die Ausgewogenheit des Instrumentenmix geachtet und zumindest mittelfristig auf technologische Lösungen gesetzt werden, die von den Unternehmen selbst selektiert werden und hinsichtlich des CO₂-Ausstoßes den regulatorischen Anforderungen entsprechen.

Ausgehend von bestehenden Kompetenzen sollten Unternehmen versuchen, ihre Produkte und Märkte zu diversifizieren, um das Risiko zu streuen und neue Absatzmärkte zu erschließen. Derartige Diversifizierungsprozesse gelten als Treiber des langfristigen Wachstums (Hidalgo et al., 2007; Reinstaller und Reschenhofer, 2019). Diversifizierung schließt auch mittelfristige Prozesse ein. Die nächsten Jahre erfordern nicht nur die Bereitstellung von Komponenten und Systemen der "alten" Technologien, sondern auch Investitionen in neue, derzeit in Entwicklung befindliche Technologien sowie verstärkt in Systeme elektrifizierter Antriebe. Letztlich bedeutet die Dekarbonisierung auch Strukturwandel, wodurch sich nicht nur Chancen

verbindet. Die Verlagerung von realen Prozessen in digitale Simulationen ermöglicht z. B. wesentlich effizientere Entwicklungen. Dadurch fallen bereits in der Entwicklungsphase eines Fahrzeugs weniger Emissionen an. Industrie 4.0 erlaubt es mit passendem Wissen und entsprechenden Technologien auch, Kostenvorteile gegenüber Niedriglohnländern zu schaffen, z. B. durch einen vollautomatisierten Lagerverwaltungs- und Produktionsprozess. Durch einen entsprechenden Einsatz von digitalen Technologien könnten sich Produktionsvorteile wieder in Länder wie Österreich verlagern. Je schneller die Kosten international konvergieren, desto schneller könnte das Produktivitätsdifferential schmelzen.

ergeben werden, sondern auch ein Teil der heutigen Investitionen stranden wird.

Veränderungen in Antriebssträngen, Materialien, Verkehrskonzepten, Technologien sowie im Nachfrageverhalten führen zu Umgestaltungen und Wandel der Lieferketten, worauf sich die Kfz-Zulieferindustrie frühzeitig einstellen sollte. Aus- und Weiterbildung, beginnend bei den Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern, spielen hierfür ebenso eine zentrale Rolle wie die Umsetzung von Industrie-4.0-Lösungen. Daneben können die Unternehmen durch Innovationen und Kooperationen eine aktivere Rolle in der Mitgestaltung der zukünftigen Mobilität und Mobilitätssysteme einnehmen.

5.2 Weitere Ausblicke zum Wandel der Kfz-Zulieferindustrie

Mit der Umsetzung der Dekarbonisierungsstrategien wird sich die Diskussion über die Kfz-Antriebstechnologien verbreitern. So dürften darin auch übergreifende Aspekte wie die zugrundeliegende Energiebereitstellung (Kraftstoff- und Stromerzeugung) verstärkt Berücksichtigung finden. Dies beinhaltet eine umfassende Lebenszyklus-Betrachtung, die auch Produktions- und Recyclingprozesse miteinschließt.

Die Produktionsstrukturen der Kfz-Zulieferindustrie in Österreich sind stark regional konzentriert. Sollte es zu einem disruptiven Strukturwandel kommen, würde dies einige Regionen vor große Herausforderungen stellen. Regional bestehen große Unterschiede, nicht nur in der Exponiertheit, sondern auch hinsichtlich der wirtschaftlichen Strukturen, die wiederum die Rahmenbedingungen für neuerliches Wirtschaftswachstum schaffen (Friesenbichler und Hölzl, 2020). Das Ziel der Regionalpolitik ist es, die wirtschaftlichen Nachteile schwächer entwickelter Regionen auszugleichen. Hierfür wurde beispielsweise in Deutschland ein einheitliches Förder-

Die Digitalisierung erhöht die Effizienz von Fahrzeugsystemen und somit den Wirkungsgrad von Dekarbonisierungsprozessen.

Dekarbonisierung bedeutet Strukturwandel. Dieser eröffnet den Unternehmen nicht nur neue Märkte und unternehmerische Chancen, sondern führt auch zu gestrandeten Investitionen.

Neue Mobilitätskonzepte können disruptive Veränderungen der Technologien und der Anforderungen an Lieferketten bedeuten.

Neben zentralen Zulieferbranchen wie der Elektrizitätserzeugung wird die Produktlebenszyklus-Perspektive verstärkt in den Fokus der Debatten rücken.

Regionale Konzepte zur Dämpfung der negativen Folgen des Strukturwandels sollten entwickelt werden.

Die Stabilität von Lieferketten rückt auf EU-Ebene verstärkt in den Fokus.

system für strukturschwache Regionen entworfen¹¹⁾. Ein solches Konzept könnte auch in Österreich für Regionen angedacht werden, die einem raschen Strukturwandel ausgesetzt sein könnten. Wie insbesondere Österreicher Erfahrungen mit der verstaatlichten Industrie zeigen, ist eine Diversifizierung ökonomischer Aktivitäten und somit eine Erneuerung der Industriestrukturen durchaus möglich (Friesenbichler, 2018).

Im Jahr 2021 kam es zu Lieferengpässen bei kritischen Vorleistungen, vor allem bei Mikrochips, die in der Produktion von Fahrzeugen eine wichtige Rolle spielen. Dieser Mangel an Vorprodukten befeuerte die Debatte über stabile, regionale Wertschöpfungsketten. Neben Maßnahmen zur Erhöhung der

Resilienz werden EU-weit Außenhandels- und Industriestrategien zur Förderung des Binnenmarktes diskutiert. Dabei wird vor allem die Vereinbarkeit von einzelstaatlichen Beihilfen zur Förderung wichtiger Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse ("Important Projects of Common European Interest" – IPCEI) mit dem Binnenmarkt erwogen¹²⁾. Damit hängt z. B. auch der "European Chip Act" zusammen, der von der Präsidentin der Europäischen Kommission Mitte September 2021 angekündigt wurde. Ziel dieses Vorhabens ist der Aufbau eines hochmodernen europäischen "Chip-Ökosystems", um die europäische Beschaffungssicherheit zu gewährleisten und neue Märkte für europäische Technologien zu erschließen.

6. Literaturhinweise

- Buchal, C., Karl, H.-D., & Sinn, H.-W. (2019). Kohlemotoren, Windmotoren und Dieselmotoren: Was zeigt die CO₂-Bilanz? *ifo Schnelldienst*, 72(08), 15.
- Europäisches Parlament (2021). *New EU regulatory framework for batteries. Setting sustainability requirements*. [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2021/689337/EPRS_BRI\(2021\)689337_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2021/689337/EPRS_BRI(2021)689337_EN.pdf).
- Falck, O., Czernich, N., & Koenen, J. (2021). *Auswirkungen der vermehrten Produktion elektrisch betriebener Pkw auf die Beschäftigung in Deutschland*. ifo Institut, 38. https://www.ifo.de/DocDL/ifoStudie-2021_Elektromobilitaet-Beschaeffigung.pdf.
- Friesenbichler, K. S. (2018). 13 Regional structural policies and industrial evolution. *Strategic Approaches to Regional Development: Smart Experimentation in Less-Favoured Regions*, 227.
- Friesenbichler, K., & Hözl, W. (2020). High-growth firm shares in Austrian regions: The role of economic structures. *Regional Studies*, 54(11), 1585-1595. <https://doi.org/10.1080/00343404.2020.1742316>.
- Friesenbichler, K. S., Hözl, W., Köppl, A., & Meyer, B. (2021). *Investitionen in die Digitalisierung und Dekarbonisierung in Österreich. Treiber, Hemmnisse und wirtschaftspolitische Hebel*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/67181>.
- Helms, H., Kämper, C., Biemann, K., Lambrecht, U., Jöhrens, J., & Meyer, K. (2018). *Klimabilanz von Elektroautos. Einflussfaktoren und Verbesserungspotenzial*. AGORA Verkehrswende, IFEU Institut für Energie und Umweltforschung. https://www.agora-verkehrswende.de/fileadmin/Projekte/2018/Klimabilanz_von_Elektroautos/Agora-Verkehrswende_22_Klimabilanz-von-Elektroautos_WEB.pdf.
- Hidalgo, C. A., Klinger, B., Barabási, A.-L., & Hausmann, R. (2007). The product space conditions the development of nations. *Science*, 317(5837), 482-487.
- Hoekstra, A., & Steinbuch, M. (2020). *Comparing the lifetime green house gas emissions of electric cars with the emissions of cars using gasoline or diesel*. Eindhoven University of Technology, 30.
- Kettner-Marx, C., & Feichtinger, G. (2021). Fit for 55? Das neue Klima- und Energiepaket der EU. *WIFO-Monatsberichte*, 94(9), 665-677. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/67993>.
- Kleebinder, H. P., Kleissner, A., & Semmer, M. (2019). *Auf der Siegerstraße bleiben. Automotive Cluster der Zukunft bauen*. Council4 GmbH.
- Olle, W., Plorin, D., & Chmelik, R. (2021). *Wachstumsmarkt Elektromobilität bei leichten Nutzfahrzeugen – Chancen für die Zulieferindustrie*. automotive thüringen e. V. <https://www.automotive-thueringen.de/documents/5004146/5082862/Nfz-Studie+2021-final.pdf/666307f8-424e-7adb-4902-7f301959eb06>.
- Reinstaller, A., & Reschenhofer, P. (2019). The impact of the scope of technological search on path-dependence in export specialization: Evidence for European countries. *Industrial and Corporate Change*, 28(6), 1611-1635. <https://doi.org/10.1093/icc/dtz026>.
- Sala, A., Lütkemeyer, M., Birkmaier, A., Martineau, S., Bruckmüller, T., Tober, W., Schieder, P., Aichmeier, H., & Heinrich, N. (2020). *E-MAPP2 E-Mobility – Austrian Production Potential, Qualification and Training needs*. Fraunhofer Austria, TU Wien, Smart Mobility Power, 98. https://www.klimafonds.gv.at/wp-content/uploads/sites/16/2020_E-MAPP2_FhA_TU_SMP_v2.3.pdf.
- Schneider, H., Demiroglu, D., Fuchsreiter, K., & Luptáčík, P. (2020). *Internationaler Wettbewerb der Wirtschaftsstandorte in der Automotiven Zulieferindustrie. Berichtsjahr 2020*. Industriewissenschaftliches Institut.

¹¹⁾ Siehe https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Wirtschaft/erster-bericht-der-bundesregierung-zum-gesamtdeutschen-foerdersystem-fuer-strukturschwache-regionen.pdf?__blob=publicationFile&v=12 (abgerufen am 19. 10. 2021).

¹²⁾ Siehe [https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52014XC0620\(01\)&from=EN](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52014XC0620(01)&from=EN) (abgerufen am 19. 10. 2021).

Siskos, P., Capros, P., & De Vita, A. (2015). CO₂ and energy efficiency car standards in the EU in the context of a decarbonisation strategy: A model-based policy assessment. *Energy Policy*, 84, 22-34. <https://doi.org/10.1016/j.enpol.2015.04.024>.

Umweltbundesamt (2021). *Austria's National Inventory Report 2021. Submission under the United Nations Framework Convention on Climate Change and under the Kyoto Protocol*. <https://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/publikationen/rep0761.pdf>.

Wietschel, M., Kühnrich, M., & Rüdiger, D. (2019). Die aktuelle Treibhausgasemissionsbilanz von Elektrofahrzeugen in Deutschland. *Fraunhofer ISI Working Paper Sustainability and Innovation*, (S 02/2019).

Regionalwirtschaftliche Verflechtungen der Kfz-Produktion im Bezirk Steyr

Gerhard Streicher, Stefan Fuchs, Fabian Gabelberger



Zusammenfassung

Die Kfz-Branche in Österreich

Regionale Aspekte
Disaggregation des ÖNACE-Zweistellers C30 (Kfz)

Bedeutung der Kfz-Produktion für die Stadt Steyr – und umgekehrt

Regionalwirtschaftliche Verflechtungen der Kfz-Produktion in Steyr

Simulationsannahmen und Ergebnisse

Der Arbeitsmarkt in der Region

Ein konkreter Blick auf die Kfz-Berufe

Anhang

Untersuchungsmethode – BERIO und ASCANIO
Tabellenanhang

Der Kfz-Bereich ist für den Bezirk Steyr und die angrenzenden Regionen von besonderer Bedeutung. Ebendiese Bedeutung für Standortraum und Regionalwirtschaft soll durch das vorliegende Projekt dargestellt werden, wobei sowohl die direkten als auch die indirekten Verflechtungen – also die regionalen Muster der Vorleistungsbeziehungen – betrachtet werden. Zusätzlich wird versucht, auch die induzierten Effekte auf die Einkommen bzw. den privaten Konsum in die Analyse einzubeziehen. Damit soll abgeschätzt werden, wie sich potentielle Änderungen in der Kfz-Produktion auf den regionalen Arbeitsmarkt auswirken könnten. Die Analyse soll damit auch Grundlagen für mögliche zukünftige wirtschaftspolitische Überlegungen schaffen.

Im Auftrag der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien • März 2021 • 48 Seiten • 40 € • Kostenloser Download:
<https://www.wifo.ac.at/www/pubid/67074>

Bestellungen bitte an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, Team "Publikationen und Abonnentenbetreuung", 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Tel. (+43 1) 798 26 01-214, Fax (+43 1) 798 93 86, publikationen@wifo.ac.at

Die hohen Preise für Rohstoffe und Vorprodukte, Lieferverzögerungen, hohe Transportkosten und eine Knappheit an (qualifizierten) Arbeitskräften hemmen seit dem III. Quartal 2021 das Wachstum der Weltwirtschaft. China und die USA dürften von diesen dämpfenden Effekten stärker betroffen sein als der Euro-Raum und die MOEL 5 (Übersicht 2, Abbildung 1). In **China** wird sich das Wirtschaftswachstum daher von 8,7% im Jahr 2021 auf 5,8% (2022) abschwächen, in den **USA** von 6,1% auf 4,0%⁴⁾. Bis zum Ende des Prognosehorizontes wird eine weitere Verlangsamung der BIP-Entwicklung (2026: China +4½%, USA +2%) in Richtung des Trendwachstums unterstellt.

Für **Europa** sind sowohl die aktuelle Lage als auch die weiteren Aussichten günstig: für 2022 wird im Euro-Raum und in den **MOEL 5** ein Wirtschaftswachstum von 4,7% bzw. 5,2% erwartet. Bis zum Ende der Prognoseperiode wird für den Euro-Raum (1½%) und die MOEL 5 (2,2%) eine Annäherung an den Trendwachstumspfad unterstellt.

Rund 80% der österreichischen Exporte gehen in die EU, die USA und nach China. Gewichtet mit den heimischen Exportanteilen (Marktwachstum) wird die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in dieser Ländergruppe 2022 um rund 4½% wachsen. Bis 2026 wird das Marktwachstum auf rund 1¼% abnehmen.

Nachdem der **Erdölpreis** aufgrund von Uneinigkeiten innerhalb der OPEC+ und infolge der COVID-19-Krise im März bzw. April 2020 auf unter 10 \$ je Barrel der Sorte Brent

eingebrochen war (Tiefstwert am 21. April 2020), wurden seitdem die Fördermengen in den OPEC+-Ländern und in den USA deutlich reduziert. Ab Mitte Mai 2020 stieg der Rohölpreis wieder merklich an (Dezember 2020: 50 \$; Ø 2020: 41,7 \$) und kletterte bis Oktober 2021 auf 84 \$. Die Annahmen des WIFO zur künftigen Entwicklung des Rohölpreises basieren auf den mittelfristigen Markterwartungen, wie sie die Futures-Notierungen für die Sorte Brent bis 2026 wiedergeben. Für 2022/23 wird ein Rohölpreis von 69 \$ bzw. 66 \$ unterstellt (Jahresdurchschnitt) der bis zum Ende des Prognosezeitraumes auf 58 \$ sinkt.

Für den **Wechselkurs** des **Dollars** gegenüber dem **Euro** wird bis 2026 mit einem leichten Rückgang auf 1,08 \$ je € gerechnet (2021: 1,19 \$ je €). Diese Abwertung des Euro ergibt sich aus der unterschiedlichen Geschwindigkeit, mit der die expansive Geldpolitik in den USA und im Euro-Raum zurückgefahren wird. In den USA wird mit einer früheren und deutlicheren Akkommodation gerechnet.

Die kräftige Teuerung in den USA erwies sich als dauerhafter als von der Federal Reserve erwartet: die Inflationsrate (CPI-U) stieg im April 2021 auf 4% und liegt seit Mai durchwegs über 5% (September 2021: 5,4%). Für die **Geldpolitik der USA** wird daher noch im IV. Quartal 2021 eine Reduktion der Wertpapierneuankäufe durch die Federal Reserve erwartet. Zudem könnte bereits in der ersten Jahreshälfte 2022 eine Anhebung der Leitzinsen (Federal Funds Rate) erfolgen. Für die Folgejahre wird mit einer weiteren Straffung des geldpolitischen Kurses gerechnet.

Hohe Rohstoff-, Vorprodukt- und Transportkosten, Lieferengpässe und ein Mangel an (qualifizierten) Arbeitskräften in den Industrieländern bremsen in der zweiten Jahreshälfte 2021 das Wachstum der Weltwirtschaft.

In der Gruppe der fünf für Österreichs Exportwirtschaft wichtigsten Partnerländer wird sich das Marktwachstum abschwächen: von 4½% 2021 auf 1¼% 2026.

Die Geldpolitik der EZB bleibt zwar über den gesamten Prognosezeitraum weiterhin expansiv, ab 2023 ist aber mit einer Straffung des Kurses zu rechnen. 2026 liegt die Sekundärmarkrendite für 10-jährige deutsche Bundesanleihen annahmegemäß bei 1½%.

Übersicht 2: Internationale Konjunktur

	Ø 2012/ 2016	Ø 2017/ 2021	Ø 2022/ 2026	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	
BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %											
Euro-Raum	+ 0,8	+ 0,8	+ 2,4	- 6,4	+ 4,8	+ 4,7	+ 2,5	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,5	
MOEL 5 ¹⁾	+ 2,3	+ 2,9	+ 3,4	- 3,9	+ 5,1	+ 5,2	+ 4,0	+ 3,0	+ 2,5	+ 2,2	
USA	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,7	- 3,4	+ 6,1	+ 4,0	+ 3,0	+ 2,5	+ 2,2	+ 2,0	
Schweiz	+ 1,8	+ 1,3	+ 2,2	- 2,4	+ 3,2	+ 3,1	+ 2,5	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,5	
China	+ 7,4	+ 6,1	+ 5,1	+ 2,3	+ 8,7	+ 5,8	+ 5,5	+ 5,0	+ 4,5	+ 4,5	
Insgesamt, exportgewichtet ²⁾	+ 1,5	+ 1,6	+ 2,7	- 5,1	+ 5,0	+ 4,6	+ 2,9	+ 2,3	+ 1,9	+ 1,8	
Annahmen zur Prognose											
Erdölpreis, Brent	\$ je Barrel	83	60	63	42	69	69	66	62	60	58
Wechselkurs	\$ je €	1,23	1,15	1,09	1,14	1,19	1,13	1,09	1,08	1,08	1,08
Internationale Zinssätze											
Dreimonatszinssatz	in %	0,1	- 0,4	0,2	- 0,4	- 0,5	- 0,4	± 0,0	0,3	0,5	0,8
Sekundärmarktrendite Deutschland	in %	1,0	- 0,1	0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,0	0,5	1,0	1,5

Q: WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. – ²⁾ Euro-Raum, MOEL 5, USA, Schweiz, China: gewichtet mit den österreichischen Exportanteilen.

⁴⁾ Zwei derzeit in den USA diskutierte Maßnahmenpakete wurden in der vorliegenden Prognose nicht berücksichtigt: Der "American Jobs Plan" passierte in einer Kompromissversion – beschränkt auf 1,2 Bio. \$ für

physische Infrastruktur – zwar bereits den Senat, eine Zustimmung im Repräsentantenhaus steht aber noch aus. Der "American Families Plan" befindet sich noch im Verhandlungsstadium.

Im Zusammenspiel der nachlassenden fiskalischen Belastung durch die COVID-19-Krise, der ökosozialen Steuerreform und weiterer budgetwirksamer Entscheidungen wie der Pensionserhöhung oder zusätzlicher investiver Maßnahmen im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfähigkeit wird für 2022 eine Verbesserung des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos auf $-2,4\%$ des BIP erwartet. Ab dem Jahr 2023 wird sich der Maastricht-Saldo weiter in kleineren Schritten verbessern. Dabei profitieren die öffentlichen Haushalte auch vom weiterhin günstigen Zinsumfeld und den daraus resultierenden geringen Zinsausgaben auf die aufgelaufene Staatsschuld. Für 2026 wird noch ein Budgetdefizit von $0,4\%$ des BIP erwartet. Über den Prognosehorizont wird sich die Defizitquote durch die Steuerreform um durchschnittlich $0,6$ Prozentpunkte pro Jahr erhöhen.

Der strukturelle Budgetsaldo nach der Berechnungsmethode der Europäischen Kommission (siehe Kapitel 4.2) verbessert sich von $-2,6\%$ des BIP (2022) schrittweise auf $-0,7\%$ des BIP (2025). Legt man die davon abweichende Berechnungsmethode des WIFO zugrunde, ergibt sich eine nur

geringfügige Verbesserung von $-2,9\%$ (2022) auf $-2,0\%$ (2026). Ob dieser Budgetpfad eine Verletzung der europäischen Fiskalregeln darstellt, hängt auch davon ab, ob bzw. inwieweit das derzeit ausgesetzte Regelwerk bis zu seinem erneuten Inkrafttreten (voraussichtlich 2023) reformiert wird.

Die Staatsausgabenquote wird nach dem Höchststand im Jahr 2020 ($57,1\%$ des BIP) 2022 noch knapp über 50% liegen und bis 2026 auf $47,2\%$ des BIP sinken. Die Einnahmenquote wird als Folge der Budgetbeschlüsse von $48,2\%$ des BIP (2021) auf $47,7\%$ (2022) abnehmen und bis 2026 auf $46,8\%$ zurückgehen. Das politisch angestrebte Ziel, die Abgabenquote auf 40% des BIP zu senken, wird demnach im Prognosefenster bis 2026 verfehlt: für 2026 wird eine "Abgabenquote 2" (ohne freiwillige und imputierte Sozialbeiträge) von 41% des BIP erwartet.

Die Staatsschuldenquote wird nach dem merklichen Anstieg auf $83,8\%$ (2021) im kommenden Jahr auf $80,0\%$ des BIP zurückgehen und – vor allem aufgrund des kräftigen nominellen BIP-Wachstums – bis 2026 wieder auf 71% sinken.

5. Prognoserisiken

Die COVID-19-Pandemie bleibt weiterhin ein bedeutendes Risiko für die künftige Wirtschaftsentwicklung. Verzögerungen in der Durchimpfung der Bevölkerung und/oder neue Virusmutationen bergen die Gefahr weiterer Infektionswellen und somit erneuter gesundheitspolitischer Einschränkungen, die das Wirtschaftsleben beeinträchtigen. Solange auch in den Schwellen- und Entwicklungsländern keine ausreichende Durchimpfung erreicht ist, wird diese Gefahr nicht gebannt sein. Es ist daher im Interesse der reicheren Industrieländer, die Impfkampagnen ärmerer Länder zu unterstützen.

In Österreich bedroht die COVID-19-Pandemie insbesondere den Wintertourismus 2021/22. Sollten ausländische Gäste aufgrund des hohen Infektionsgeschehens in Österreich bei ihrer Rückreise Beschränkungen oder eine Quarantäne befürchten müssen, dürften sie in großer Zahl ausbleiben. Damit wäre auch die Saison 2021/22 von markanten Umsatzausfällen geprägt.

Sollte es aufgrund des Anstiegs der COVID-19-Infektionen und vor allem der Hospitalisierungen neuerlich zu einem generellen Lockdown im IV. Quartal 2021 und/oder im I. Quartal 2022 kommen, würde die Wirtschaftsentwicklung merklich vom unterstellten Prognosepfad abweichen. Eine vorübergehende Kombination aus einer stagnierenden bzw. rückläufigen unterjährigen BIP-Entwicklung und einer hohen (und weiter steigenden) Inflation würde zwar der Definition einer Stagflation entsprechen; die

Gründe, die dazu führen, wären jedoch andere als in den 1970er- und 1980er-Jahren. Aus heutiger Sicht würde ein erneuter genereller Lockdown im IV. Quartal zu einer Abschwächung des Wachstums im Jahr 2021 und einer Verschiebung von Produktion und Nachfrage ins Jahr 2022 führen. Sollte ein Lockdown jedoch bis ins I. Quartal 2022 in Kraft sein, könnte das 2022 zu einem geringeren oder auch höheren Wachstum führen, je nachdem, ob etwaige Nachholeffekte noch 2022 oder erst 2023 wirksam werden.

Daneben gehen von den internationalen Rahmenbedingungen zusätzliche Abwärtsrisiken aus:

- Sollte es nicht – wie aufgrund der hohen Preise zu erwarten – zu Angebotsausweitungen bei Rohstoffen sowie zu einer Verbesserung der Abläufe in den internationalen Logistiknetzwerken kommen, so hätte dies weitere Preisanstiege zur Folge. Dies würde die globale Konjunkturentwicklung hemmen.
- Eine Ausweitung protektionistischer Maßnahmen im Handelsstreit zwischen den USA und China, aber auch mit der EU, und die zu erwartenden Gegenmaßnahmen der betroffenen Länder bergen die Gefahr einer Eskalation von Handelskonflikten, die negative Folgen für die gesamte Weltwirtschaft hätte. Aufgrund der stark verzweigten weltweiten Wertschöpfungsketten würden zusätzliche Hindernisse im Welthandel die Produktion in

Kennzahlen zur Wirtschaftslage

1. Internationale Konjunkturindikatoren

- Übersicht 1: Standardisierte Arbeitslosenquote
- Übersicht 2: Verbraucherpreise
- Übersicht 3: Internationale Aktienkursindizes
- Übersicht 4: Dreimonatszinssätze
- Übersicht 5: Sekundärmarktrendite

2. Kennzahlen für Österreich

2.1 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESGV 2010

- Übersicht 8: Verwendung des Bruttoinlandsproduktes und Herstellung von Waren
- Übersicht 9: Einkommen und Produktivität

2.2 Konjunkturklima

- Übersicht 10: WIFO-Konjunkturklimaindex

2.3 Tourismus

- Übersicht 11: Tourismusedwicklung in der laufenden Saison

2.4 Außenhandel

- Übersicht 12: Warenexporte und Warenimporte

2.5 Landwirtschaft

- Übersicht 13: Markt- und Preisentwicklung von Agrarprodukten

2.6 Herstellung von Waren

- Übersicht 14: Produktion, Beschäftigung und Auftragslage
- Übersicht 15: Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests für die Sachgütererzeugung

2.7 Bauwirtschaft

- Übersicht 16: Bauwesen

2.8 Binnenhandel

- Übersicht 17: Umsätze und Beschäftigung

2.9 Private Haushalte

- Übersicht 18: Privater Konsum, Sparquote, Konsumklima

2.10 Verkehr

- Übersicht 19: Güter- und Personenverkehr

1.1 Wechselkurse

- Übersicht 6: Referenzkurse der wichtigsten Währungen zum Euro

1.2 Weltmarkt-Rohstoffpreise

- Übersicht 7: HWWI-Index

2.11 Bankenstatistik

- Übersicht 20: Zinssätze, Bankeinlagen und -kredite

2.12 Arbeitsmarkt

- Übersicht 21: Saisonbereinigte Arbeitsmarktindikatoren
- Übersicht 22: Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und offene Stellen
- Übersicht 23: Arbeitslosenquote und Stellenandrang

2.13 Preise und Löhne

- Übersicht 24: Verbraucherpreise und Großhandelspreise
- Übersicht 25: Tariflöhne
- Übersicht 26: Effektivverdienste

2.14 Soziale Sicherheit

- Übersicht 27: Pensionen nach Pensionsversicherungsträgern
- Übersicht 28: Pensionen nach Pensionsarten
- Übersicht 29: Durchschnittsalter bei Neuzuerkennung der Pension in Jahren
- Übersicht 30: Beiträge des Bundes zur Pensionsversicherung

2.15 Entwicklung in den Bundesländern

- Übersicht 31: Tourismus – Übernachtungen
- Übersicht 32: Abgesetzte Produktion der Sachgütererzeugung
- Übersicht 33: Abgesetzte Produktion im Bauwesen
- Übersicht 34: Beschäftigung
- Übersicht 35: Arbeitslosigkeit
- Übersicht 36: Arbeitslosenquote

2.16 Staatshaushalt

- Übersicht 37: Staatsquoten

Der Tabellensatz "Kennzahlen zur Wirtschaftslage" bietet monatlich einen Überblick über die wichtigsten Indikatoren zur Entwicklung der österreichischen und internationalen Wirtschaft. Die Daten werden unmittelbar vor Redaktionsschluss aus der Volkswirtschaftlichen Datenbank des WIFO abgefragt. Täglich aktuelle Informationen enthalten die "WIFO-Wirtschaftsdaten" auf der WIFO-Website (<https://www.wifo.ac.at/daten/wifo-wirtschaftsdaten>).

1. Internationale Konjunkturindikatoren

Übersicht 1: Standardisierte Arbeitslosenquote

	2018	2019	2020	2020	2021				2021				
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	April	Mai	Juni	Juli	August	September
	In % der Erwerbspersonen (saisonbereinigt)												
OECD insgesamt	5,5	5,4	7,2	7,0	6,7	6,5	6,0	6,7	6,5	6,3	6,1	6,0	5,8
USA	3,9	3,7	8,1	6,8	6,2	5,9	5,1	6,1	5,8	5,9	5,4	5,2	4,8
Japan	2,4	2,4	2,8	3,0	2,8	2,9	2,8	2,8	3,0	2,9	2,8	2,8	2,8
Euro-Raum	8,2	7,6	7,9	8,2	8,1	8,0	7,5	8,1	8,0	7,8	7,6	7,5	7,4
Belgien	6,0	5,4	5,6	5,9	6,6	6,3	6,3	6,5	6,3	6,2	6,2	6,4	6,3
Deutschland	3,4	3,2	3,9	4,1	3,9	3,6	3,4	3,7	3,6	3,5	3,5	3,4	3,4
Irland	5,8	5,0	5,8	6,3	7,4	7,1	6,5	7,4	7,0	6,8	6,5	6,5	6,4
Griechenland	19,3	17,3	16,4	16,0	16,7	16,0	13,7	17,4	15,8	14,8	14,1	13,8	13,3
Spanien	15,3	14,1	15,5	16,2	15,6	15,4	14,8	15,4	15,4	15,3	15,0	14,8	14,6
Frankreich	9,0	8,4	8,0	8,0	8,0	8,2	7,9	8,3	8,3	8,0	8,0	8,0	7,7
Italien	10,7	10,0	9,3	9,9	10,1	9,8	9,2	10,1	9,9	9,3	9,2	9,3	9,2
Luxemburg	5,5	5,6	6,6	6,3	6,2	6,0	5,5	6,2	6,0	5,8	5,6	5,5	5,4
Niederlande	3,8	3,4	3,8	4,1	3,6	3,3	3,1	3,4	3,3	3,2	3,1	3,2	3,1
Österreich	5,2	4,8	6,1	6,3	7,0	6,7	5,7	7,1	6,7	6,2	6,1	5,9	5,2
Portugal	7,2	6,7	7,1	7,2	6,8	6,9	6,4	7,0	7,0	6,8	6,6	6,3	6,4
Slowakei	6,6	5,8	6,7	7,1	7,1	6,9	6,5	7,0	7,0	6,8	6,7	6,5	6,3
Finnland	7,4	6,8	7,8	8,1	8,0	8,1	7,6	8,5	8,2	7,7	7,8	7,2	7,7
Tschechien	2,2	2,0	2,6	3,1	3,3	3,1	2,7	3,3	3,1	2,8	2,6	2,8	2,6
Ungarn	3,6	3,3	4,1	4,2	4,3	4,1	3,9	4,1	4,2	4,1	4,1	4,1	3,6
Polen	3,9	3,3	3,2	3,3	3,8	3,6	3,4	3,7	3,6	3,5	3,4	3,4	3,4
Schweiz	4,7	4,4	4,8	5,1	5,4	5,4

Q: OECD; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: christine.kaufmann@wifo.ac.at

2. Kennzahlen für Österreich

2.1 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESGV 2010

Übersicht 8: Verwendung des Bruttoinlandsproduktes und Herstellung von Waren

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2020				2021	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)								I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.
Verwendung des Bruttoinlandsproduktes													
Bruttoinlandsprodukt	+ 2,0	+ 2,3	+ 2,5	+ 1,5	- 6,7	+ 4,4	+ 4,8	- 3,4	- 13,5	- 4,4	- 5,7	- 5,1	+ 12,8
Exporte	+ 3,0	+ 4,9	+ 5,1	+ 3,4	- 10,8	+ 8,6	+ 8,9	- 4,8	- 22,6	- 8,8	- 7,5	- 7,7	+ 34,6
Importe	+ 3,7	+ 5,3	+ 5,3	+ 2,0	- 9,4	+ 9,9	+ 8,2	- 4,5	- 20,0	- 9,8	- 3,2	+ 2,2	+ 29,3
Inländische Verwendung ¹⁾	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,5	+ 0,7	- 5,8	+ 4,9	+ 4,3	- 3,0	- 12,0	- 4,8	- 3,4	+ 0,4	+ 10,3
Konsumausgaben insgesamt	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,1	+ 0,9	- 6,3	+ 3,9	+ 4,0	- 3,5	- 11,8	- 4,4	- 5,4	- 4,0	+ 8,6
Private Haushalte ²⁾	+ 1,5	+ 2,0	+ 1,1	+ 0,7	- 8,5	+ 4,5	+ 6,0	- 4,5	- 15,2	- 5,5	- 8,6	- 7,2	+ 8,5
Staat	+ 1,8	+ 0,8	+ 1,2	+ 1,5	- 0,5	+ 2,4	- 0,8	- 1,1	- 2,6	- 1,3	+ 3,2	+ 3,5	+ 8,9
Bruttoinvestitionen ³⁾	+ 4,5	+ 4,5	+ 6,1	- 0,2	- 4,6	+ 7,3	+ 5,0	- 1,6	- 12,3	- 5,3	+ 1,1	+ 10,9	+ 13,6
Bruttoanlageinvestitionen	+ 4,3	+ 4,2	+ 4,4	+ 4,8	- 5,2	+ 8,2	+ 4,1	- 2,6	- 11,2	- 3,1	- 3,8	+ 4,1	+ 15,4
Ausrüstungen und Waffensysteme	+ 9,5	+ 7,4	+ 1,3	+ 4,3	- 8,7	+ 12,5	+ 5,5	- 7,4	- 18,8	- 3,3	- 4,5	+ 5,8	+ 25,9
Bauten	+ 0,3	+ 2,7	+ 5,6	+ 4,0	- 3,7	+ 5,4	+ 2,6	- 0,5	- 8,1	- 2,1	- 3,5	+ 4,2	+ 11,6
Sonstige Anlagen ⁴⁾	+ 5,2	+ 2,5	+ 6,9	+ 7,3	- 3,2	+ 8,0	+ 5,0	+ 1,5	- 5,5	- 5,4	- 3,7	+ 1,7	+ 8,9
Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen													
Herstellung von Waren	+ 4,4	+ 3,2	+ 4,3	+ 0,6	- 7,0	+ 8,0	+ 3,5	- 5,3	- 17,2	- 4,1	- 1,3	+ 2,8	+ 19,9

Saison- und arbeitsstagsbereinigt, gemäß Eurostat-Vorgabe, Veränderung gegen das Vorquartal in %, real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)

Verwendung des Bruttoinlandsproduktes													
	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030	2031	2032
Bruttoinlandsprodukt	- 2,5	- 11,5	+ 11,0	- 2,0	- 0,5	+ 4,0							
Exporte	- 4,4	- 18,9	+ 15,2	+ 3,7	- 2,1	+ 13,7							
Importe	- 1,0	- 15,7	+ 10,8	+ 4,5	+ 6,7	+ 3,7							
Inländische Verwendung ¹⁾	- 0,5	- 9,6	+ 8,8	- 1,7	+ 4,1	- 1,1							
Konsumausgaben insgesamt	- 2,6	- 9,2	+ 9,1	- 2,4	- 0,4	+ 2,3							
Private Haushalte ²⁾	- 3,4	- 12,1	+ 12,2	- 4,7	- 0,7	+ 1,9							
Staat	- 0,4	- 1,7	+ 2,0	+ 3,4	+ 0,0	+ 3,0							
Bruttoinvestitionen ³⁾	+ 3,8	- 9,8	+ 4,1	+ 3,8	+ 12,6	- 5,7							
Bruttoanlageinvestitionen	- 2,3	- 8,4	+ 8,1	- 0,3	+ 5,3	+ 1,5							
Ausrüstungen und Waffensysteme	- 1,7	- 12,7	+ 14,3	- 2,7	+ 8,8	+ 3,7							
Bauten	- 3,3	- 6,7	+ 7,1	+ 0,3	+ 3,7	+ 0,4							
Sonstige Anlagen ⁴⁾	- 1,1	- 5,9	+ 2,0	+ 1,7	+ 4,0	+ 0,9							
Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen													
Herstellung von Waren	- 2,1	- 12,7	+ 14,1	+ 1,1	+ 2,8	+ 0,0							

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. 2021 und 2022: Prognose. – 1) Einschließlich statistischer Differenz. – 2) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – 3) Einschließlich Vorratsveränderung und Nettozugang an Wertsachen. – 4) Überwiegend geistiges Eigentum (Forschung und Entwicklung, Computerprogramme, Urheberrechte). • Rückfragen: christine.kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 9: Einkommen und Produktivität

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2020				2021		
	Veränderung gegen das Vorjahr in %								I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.
Bruttonationaleinkommen, nominell	+ 4,9	+ 2,3	+ 4,3	+ 3,8	- 4,3	+ 6,2	+ 7,3							
Arbeitnehmerentgelte	+ 3,9	+ 3,5	+ 5,1	+ 4,2	- 0,4	+ 4,0	+ 5,2	+ 3,0	- 4,9	+ 0,5	+ 0,8	- 0,6	+ 10,5	
Betriebsüberschuss und Selbständigeneinkommen	+ 4,6	+ 3,2	+ 4,4	+ 1,7	- 0,7	+ 5,3	+ 5,7	- 4,9	- 2,4	- 0,5	+ 4,6	+ 4,3	+ 6,7	
Gesamtwirtschaftliche Produktivität														
BIP real pro Kopf (Erwerbstätige)	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,2	- 5,0	+ 2,4	+ 2,9	- 3,6	- 9,4	- 3,0	- 4,1	- 3,3	+ 7,3	
BIP nominell	Mrd. €	357,61	369,36	385,42	397,52	379,32	404,50	434,58	94,60	88,13	96,70	99,90	91,45	99,98
Pro Kopf (Bevölkerung)	in €	40.917	41.996	43.611	44.778	42.540	45.165	48.330	10.623	9.890	10.839	11.185	10.233	11.177
Arbeitsvolumen Gesamtwirtschaft ¹⁾	+ 2,1	+ 1,0	+ 1,9	+ 1,6	- 8,7	+ 6,4	+ 3,8	- 5,1	- 15,9	- 3,4	- 9,9	- 2,6	+ 16,5	
Stundenproduktivität Gesamtwirtschaft ²⁾	- 0,1	+ 1,2	+ 0,5	- 0,1	+ 2,1	- 1,9	+ 0,9	+ 1,8	+ 2,9	- 1,0	+ 4,7	- 2,6	- 3,1	

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. 2021 und 2022: Prognose. – 1) Von Erwerbstätigen geleistete Arbeitsstunden. – 2) Produktion je geleistete Arbeitsstunde. • Rückfragen: christine.kaufmann@wifo.ac.at

2.2 Konjunkturklima

Übersicht 10: WIFO-Konjunkturklimaindex

	2020		2021		2021						
	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober
Konjunkturklimaindex Gesamtwirtschaft											
Index der aktuellen Lagebeurteilungen	- 11,3	- 12,3	- 9,9	+ 15,5	+ 18,2	+ 15,7	+ 20,4	+ 19,9	+ 17,6	+ 17,3	+ 19,4
Index der unternehmerischen Erwartungen	- 12,4	- 10,3	- 11,8	+ 14,1	+ 21,2	+ 12,8	+ 20,9	+ 22,9	+ 20,5	+ 20,3	+ 20,9
Konjunkturklimaindex Wirtschaftsbereiche											
Sachgütererzeugung	- 17,1	- 10,6	- 5,6	+ 18,3	+ 19,8	+ 17,9	+ 22,1	+ 20,6	+ 19,0	+ 19,6	+ 20,7
Bauwirtschaft	+ 6,9	+ 8,5	+ 16,1	+ 37,4	+ 37,2	+ 36,0	+ 41,7	+ 35,4	+ 36,7	+ 39,4	+ 35,5
Dienstleistungen	- 12,9	- 18,7	- 17,3	+ 12,7	+ 17,2	+ 14,0	+ 18,8	+ 20,0	+ 16,6	+ 15,1	+ 20,0

Q: WIFO-Konjunkturtest; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. <https://konjunktur.wifo.ac.at/>. WIFO-Konjunkturklimaindex: Werte zwischen -100 (pessimistisches Konjunkturklima) und +100 (optimistisches Konjunkturklima). • Rückfragen: birgit.gnezy@wifo.ac.at, alexandros.charos@wifo.ac.at

2.7 Bauwirtschaft

Übersicht 16: Bauwesen

	2018	2019	2020	2020	2021			2021					
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober
Veränderung gegen das Vorjahr in %													
Konjunkturdaten¹⁾													
Produktion ²⁾													
Bauwesen insgesamt	+ 6,3	+ 7,3	- 3,1	- 1,8	+ 9,7	+27,3	.	+22,4	+19,1	+ 8,2	.	.	.
Hochbau	+ 9,1	+ 9,6	- 5,0	- 2,8	+12,7	+23,2	.	+15,9	+13,4	+ 6,1	.	.	.
Tiefbau	- 3,7	+ 5,9	- 3,2	- 4,5	+ 9,2	+27,1	.	+19,2	+18,6	+ 3,2	.	.	.
Baunebengewerbe ³⁾	+ 7,7	+ 6,2	- 1,9	- 0,4	+ 8,0	+30,3	.	+28,3	+23,5	+11,2	.	.	.
Auftragsbestände	+16,3	+ 4,8	- 0,4	+ 3,5	+ 9,6	+19,0	.	+18,6	+19,8	+18,7	.	.	.
Auftragsgänge	+11,4	- 1,7	+ 0,0	+ 7,1	+38,4	+33,8	.	+24,8	+30,6	+ 1,1	.	.	.
Arbeitsmarkt													
Unselbständig aktiv Beschäftigte	+ 3,4	+ 3,8	- 0,1	+ 1,7	+ 6,8	+ 7,4	+ 3,0	+ 7,4	+ 4,9	+ 2,6	+ 3,3	+ 3,2	+ 3,4
Arbeitslose	- 9,8	- 8,6	+29,9	+18,8	- 8,3	-37,0	-22,0	-36,9	-28,7	-23,7	-21,2	-21,0	-22,4
Offene Stellen	+48,0	+10,5	+ 2,2	+ 4,9	+ 7,8	+28,9	+29,3	+26,2	+22,8	+25,6	+30,7	+31,7	+31,8
Baupreisindex													
Hoch- und Tiefbau	+ 2,8	+ 3,1	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,8	+ 4,9	+ 6,2
Hochbau	+ 3,8	+ 3,4	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,6	+ 7,4	+ 9,9
Wohnhaus-, Siedlungsbau	+ 3,7	+ 3,3	+ 3,2	+ 3,1	+ 3,7	+ 7,2	+ 9,6
Sonstiger Hochbau	+ 3,9	+ 3,4	+ 3,1	+ 3,2	+ 3,7	+ 7,7	+10,4
Tiefbau	+ 1,5	+ 2,7	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,3

Q: Statistik Austria; Arbeitsmarktservice Österreich; Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Konjunkturerhebung (Grundgesamtheit). Ab 2020: vorläufig. – 2) Abgesetzte Produktion nach Aktivitätsansatz. – 3) Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe. • Rückfragen: michael.weingaertler@wifo.ac.at

2.8 Binnenhandel

Übersicht 17: Umsätze und Beschäftigung

	2018	2019	2020	2020		2021			2021				
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	März	April	Mai	Juni	Juli	August
Veränderung gegen das Vorjahr in %													
Nettoumsätze nominell	+ 3,7	+ 1,2	- 5,3	- 1,0	- 3,4	+ 3,5	+22,3	+27,1	+33,8	+17,3	+17,6	+ 4,1	+11,7
Kfz-Handel und -Reparatur	+ 2,1	+ 0,6	-10,7	+ 0,6	- 1,3	+17,7	+35,6	+89,4	+82,8	+27,9	+14,4	- 2,3	+ 7,2
Großhandel	+ 4,9	+ 0,9	- 7,0	- 4,8	- 5,8	+ 1,1	+26,7	+16,9	+31,8	+24,1	+24,5	+ 8,6	+17,9
Einzelhandel	+ 2,4	+ 2,1	+ 0,1	+ 4,8	- 0,5	+ 2,1	+10,6	+25,3	+21,4	+ 4,0	+ 8,3	- 0,1	+ 4,2
Nettoumsätze real ¹⁾	+ 1,3	+ 0,6	- 4,8	- 0,5	- 3,2	+ 1,1	+15,4	+21,8	+27,7	+10,3	+10,3	- 2,5	+ 4,4
Kfz-Handel und -Reparatur	+ 0,7	- 1,2	-12,5	- 1,3	- 3,1	+15,7	+32,7	+86,2	+78,7	+25,3	+11,9	- 4,6	+ 4,2
Großhandel	+ 2,1	+ 0,6	- 5,3	- 2,8	- 5,0	- 3,0	+15,5	+ 9,2	+22,0	+12,4	+12,6	- 2,2	+ 5,9
Einzelhandel	+ 0,3	+ 1,2	- 0,2	+ 4,3	- 0,5	+ 2,1	+ 8,6	+24,7	+20,7	+ 1,5	+ 5,9	- 2,0	+ 1,7
Beschäftigte ²⁾	+ 1,3	+ 0,2	- 1,7	- 0,9	- 1,4	- 1,1	+ 2,4	+ 1,8	+ 3,0	+ 2,4	+ 1,8	+ 0,8	+ 0,4
Kfz-Handel und -Reparatur	+ 2,2	+ 0,9	- 1,8	- 1,0	- 1,7	- 1,5	+ 0,9	+ 1,5	+ 2,0	+ 0,8	- 0,2	- 1,0	- 1,2
Großhandel	+ 2,0	+ 0,9	- 1,5	- 1,3	- 1,7	- 1,5	+ 1,3	+ 0,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,6
Einzelhandel	+ 0,8	- 0,4	- 1,8	- 0,7	- 1,1	- 0,8	+ 3,4	+ 2,8	+ 4,1	+ 3,5	+ 2,5	+ 1,4	+ 0,6

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. ÖNACE 2008, 2015 = 100. – 1) Die Preisbereinigung der nominellen Umsatzindizes erfolgt mit den Messzahlen jener Waren des Großhandelspreisindex und des Verbraucherpreisindex, die den einzelnen Gliederungsbereichen entsprechen. – 2) Unselbständige und selbständige Beschäftigungsverhältnisse. • Rückfragen: martina.einsiedl@wifo.ac.at

2.9 Private Haushalte

Übersicht 18: Privater Konsum, Sparquote, Konsumklima

	2018	2019	2020	2020		2021			2021				
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober
Veränderung gegen das Vorjahr in %, real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)													
Privater Konsum	+ 1,1	+ 0,7	- 8,5	- 8,6	- 7,2	+ 8,5
Dauerhafte Konsumgüter	+ 1,0	+ 0,3	- 2,6	+ 7,5	+19,0	+66,1
In % des persönlichen verfügbaren Einkommens													
Sparquote ¹⁾	7,7	8,5	14,4	14,4	14,9	14,4
Saldo aus positiven und negativen Antworten in % aller Antworten (saisonbereinigt)													
Konsumklimaindikator	+ 0,9	- 2,7	-10,1	-13,1	-10,1	- 4,1	- 1,3	- 2,3	- 2,0	- 0,3	- 0,3	- 3,4	- 1,6
Finanzielle Situation in den letzten 12 Monaten	- 1,2	+ 1,9	- 2,3	- 6,2	- 8,0	- 8,1	- 4,2	- 5,8	- 7,6	- 5,5	- 2,4	- 4,6	- 3,0
Finanzielle Situation in den nächsten 12 Monaten	+ 3,4	+ 6,2	+ 0,4	- 2,2	+ 0,4	+ 4,7	+ 4,3	+ 3,3	+ 5,5	+ 4,6	+ 5,7	+ 2,6	+ 1,8
Allgemeine Wirtschaftslage in den nächsten 12 Monaten	+13,0	- 4,9	-22,2	-30,0	-21,6	± 0,0	+ 7,4	+ 5,0	+ 9,6	+10,2	+ 8,5	+ 3,4	+10,2
Größere Anschaffungen in den nächsten 12 Monaten	-11,5	-14,0	-16,3	-14,0	-11,1	-13,0	-12,8	-11,6	-15,4	-10,4	-13,0	-15,0	-15,3

Q: Statistik Austria; Europäische Kommission; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Gleitende Summen über jeweils vier Quartale ("rolling years" bzw. "gleitende Jahre"). • Rückfragen: martina.einsiedl@wifo.ac.at

2.10 Verkehr

Übersicht 19: Güter- und Personenverkehr

	2018	2019	2020	2020		2021			2021				
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober
Veränderung gegen das Vorjahr in %													
Güterverkehr													
Verkehrsleistung													
Straße	+ 1,1	+ 1,7	- 0,9	- 0,5	+ 8,4	+ 17,4
Schiene	- 1,9	- 0,4	- 5,7	+ 4,3	- 6,0	+ 26,6
Luffahrt ¹⁾	+ 4,6	- 4,6	- 26,6	- 25,9	- 9,0	+ 49,6	+ 26,1	+ 43,0	+ 49,0	+ 41,3	+ 21,7	+ 16,7	.
Binnenschifffahrt	- 28,4	+ 20,7	- 10,2	+ 0,1	- 8,4	- 7,4	.	- 12,7	+ 34,7	+ 12,3	.	.	.
Lkw-Fahrleistung ²⁾	+ 5,6	+ 0,9	- 4,6	+ 1,3	+ 5,0	+ 22,6	+ 6,3	+ 16,7	+ 16,5	+ 5,0	+ 11,0	+ 3,6	- 1,2
Neuzulassungen Lkw ³⁾	+ 10,6	+ 1,5	- 17,1	+ 4,0	+ 32,7	+ 125,7	+ 44,5	+ 77,5	+ 197,9	+ 30,6	+ 69,5	+ 35,3	+ 148,4
Personenverkehr													
Straße (Pkw-Neuzulassungen)	- 3,5	- 3,4	- 24,5	- 4,2	+ 16,2	+ 22,0	- 18,2	+ 11,3	- 2,3	- 19,7	- 15,2	- 19,4	- 39,2
Bahn (Personenkilometer)	+ 4,7	+ 0,8	- 44,6
Luftverkehr (Passagiere ⁴⁾)	+ 9,7	+ 14,0	- 74,3	- 90,4	- 90,6	+ 718,0	+ 150,1	+ 1.827,8	+ 433,6	+ 156,8	+ 124,1	+ 179,8	.
Arbeitsmarkt Verkehr und Lagerei													
Unselbständig aktiv Beschäftigte	+ 3,1	+ 1,6	- 3,8	- 5,5	- 5,1	+ 0,8	- 0,5	+ 0,8	+ 0,3	- 0,7	- 0,5	- 0,2	+ 2,2
Arbeitslose	- 6,8	- 1,0	+ 52,0	+ 42,4	+ 11,6	- 34,1	- 30,8	- 34,6	- 34,4	- 32,4	- 29,8	- 30,1	- 31,5
Offene Stellen	+ 34,6	+ 6,0	- 31,4	- 30,9	- 20,0	+ 61,1	+ 109,7	+ 62,6	+ 93,2	+ 107,1	+ 107,3	+ 114,6	+ 108,9
Kraftstoffpreise													
Dieselkraftstoff	+ 10,5	- 1,4	- 12,8	- 15,7	- 3,5	+ 17,8	+ 22,0	+ 19,8	+ 20,8	+ 20,7	+ 21,4	+ 23,8	+ 36,0
Normalbenzin	+ 7,5	- 2,0	- 12,4	- 14,4	- 2,6	+ 20,5	+ 24,1	+ 22,7	+ 23,0	+ 23,5	+ 24,5	+ 24,1	+ 30,2

Q: Statistik Austria; BMK; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Aufkommen im Fracht- und Postverkehr. – 2) Lkw mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von 3,5 t oder mehr im hochrangigen mautpflichtigen Straßennetz. – 3) Lkw mit einer Nutzlast von 1 t oder mehr. – 4) Ankünfte und Abflüge. • Rückfragen: michael.weingaertler@wifo.ac.at

2.11 Bankenstatistik

Übersicht 20: Zinssätze, Bankeinlagen und -kredite

	2018	2019	2020	2020		2021			2021				
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Juni	Juli	August	September	Oktober
In %													
Geld- und Kapitalmarktzinssätze													
Basiszinssatz	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6
Taggeldsatz	- 0,4	- 0,4	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5
Dreimonatszinssatz	- 0,3	- 0,4	- 0,4	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5
Sekundärmarktzinssätze													
Benchmark	0,7	0,1	- 0,2	- 0,3	- 0,4	- 0,1	0,0	- 0,1	0,0	- 0,1	- 0,2	- 0,1	0,1
Umlaufgewichtete Durchschnittszinssätze	0,3	- 0,1	- 0,3	- 0,4	- 0,5	- 0,3	- 0,2	- 0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,3	- 0,3	- 0,2
Soll-Zinssätze der inländischen Kreditinstitute													
An private Haushalte													
Für Konsum: 1 bis 5 Jahre	4,0	4,0	4,0	4,0	3,9	3,7	4,2	4,5	4,2	4,5	4,5	4,5	.
Für Wohnbau: über 10 Jahre	2,3	1,9	1,5	1,5	1,4	1,4	1,4	1,3	1,4	1,4	1,3	1,3	.
An nichtfinanzielle Unternehmen													
Bis 1 Mio. €: bis 1 Jahr	1,7	1,7	1,7	1,6	1,6	1,7	1,6	1,7	1,6	1,6	1,7	1,7	.
Über 1 Mio. €: bis 1 Jahr	1,3	1,2	1,3	1,3	1,4	1,0	1,3	1,5	1,3	1,5	1,4	1,5	.
An private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen													
In Yen	1,5	1,5	1,4	1,8	1,4	1,2	1,2	1,1	1,2	1,2	1,1	1,1	.
In Schweizer Franken	1,0	1,0	1,0	1,1	1,2	1,1	1,1	0,9	1,1	1,2	1,2	0,9	.
Haben-Zinssätze der inländischen Kreditinstitute													
Einlagen von privaten Haushalten													
Bis 1 Jahr	0,2	0,2	0,1	0,1	0,2	0,2	0,0	0,1	0,0	0,1	0,1	0,1	.
Über 2 Jahre	0,6	0,5	0,5	0,4	0,5	0,5	0,4	0,3	0,4	0,4	0,4	0,3	.
Spareinlagen von privaten Haushalten													
Bis 1 Jahr	0,2	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	.
Über 2 Jahre	0,6	0,5	0,4	0,4	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	.
Veränderung der Endstände gegen das Vorjahr in %													
Einlagen und Kredite													
Einlagen insgesamt	+ 5,4	+ 3,7	+ 8,6	+ 6,9	+ 8,6	+ 7,6	+ 6,1
Spareinlagen	- 0,0	+ 0,3	+ 20,0	- 0,1	+ 20,0	+ 21,2	+ 22,0
Einlagen ohne Bindung	.	+ 6,4	+ 13,5	+ 11,7	+ 13,5	+ 12,5	+ 11,3
Einlagen mit Bindung	.	- 1,8	- 2,2	- 3,1	- 2,2	- 3,3	- 6,0
Forderungen an inländische Nichtbanken													
	+ 4,9	+ 4,4	+ 3,8	+ 3,9	+ 3,8	+ 3,7	+ 3,6

Q: OeNB; EZB; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at, cornelia.schobert@wifo.ac.at

2.13 Preise und Löhne

Übersicht 24: Verbraucherpreise und Großhandelspreise

	2018	2019	2020	2020	2021				2021				
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Harmonisierter VPI	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,5	+ 2,6	+ 3,1	+ 3,0	+ 2,8	+ 2,8	+ 3,2	+ 3,3	+ 3,7
Verbraucherpreisindex	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,4	+ 2,6	+ 3,2	+ 2,8	+ 2,8	+ 2,9	+ 3,2	+ 3,3	+ 3,7
Ohne Saisonwaren	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,3	+ 2,5	+ 3,1	+ 2,8	+ 2,8	+ 2,9	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,7
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	+ 1,5	+ 1,0	+ 2,3	+ 2,8	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,4	+ 1,8	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,6	+ 1,1
Alkoholische Getränke, Tabak	+ 3,9	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,4	+ 2,3	+ 3,5	+ 2,7	+ 3,0	+ 3,9	+ 3,3	+ 3,3	+ 1,7
Bekleidung und Schuhe	+ 0,5	+ 0,8	- 0,1	- 0,6	- 0,8	+ 2,2	+ 1,7	+ 2,3	+ 4,2	+ 2,4	+ 2,9	+ 0,1	- 0,9
Wohnung, Wasser, Energie	+ 2,3	+ 2,7	+ 2,4	+ 2,1	+ 2,5	+ 3,0	+ 3,6	+ 3,0	+ 3,0	+ 3,2	+ 3,6	+ 3,9	+ 4,7
Hausrat und laufende Instandhaltung	+ 2,2	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,1	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,9	+ 3,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,4	+ 1,9
Gesundheitspflege	+ 2,2	+ 1,1	+ 2,0	+ 2,4	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,3	+ 2,3	+ 2,1
Verkehr	+ 2,9	+ 0,2	- 1,7	- 2,9	+ 0,7	+ 5,1	+ 8,9	+ 5,4	+ 6,5	+ 8,1	+ 9,3	+ 9,4	+ 11,5
Nachrichtenübermittlung	- 2,8	- 3,1	- 3,0	- 1,7	- 3,6	- 2,4	- 3,1	- 2,2	- 2,4	- 2,9	- 3,2	- 3,3	- 2,6
Freizeit und Kultur	+ 0,5	+ 1,4	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,7	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,6	+ 2,9
Erziehung und Unterricht	+ 2,4	+ 2,6	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,1	+ 1,6
Restaurants und Hotels	+ 3,1	+ 3,0	+ 3,1	+ 3,1	+ 2,4	+ 3,3	+ 3,4	+ 3,8	+ 3,2	+ 3,3	+ 3,7	+ 3,3	+ 4,1
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	+ 2,1	+ 1,7	+ 2,2	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,1
Großhandelspreisindex	+ 4,2	+ 0,0	- 4,1	- 3,5	+ 2,3	+ 10,8	+ 12,8	+ 10,9	+ 11,2	+ 12,1	+ 12,0	+ 13,5	+ 15,8
Ohne Saisonprodukte	+ 4,3	- 0,1	- 4,3	- 3,7	+ 2,1	+ 10,9	+ 12,9	+ 11,0	+ 11,5	+ 12,3	+ 12,1	.	.

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauningner@wifo.ac.at

Übersicht 25: Tariflöhne

	2018	2019	2020	2020	2021				2021				
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Beschäftigte	+ 2,6	+ 3,1	+ 2,3	+ 2,2	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,6
Ohne öffentlichen Dienst	+ 2,6	+ 3,1	+ 2,3	+ 2,1	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,7
Arbeiter und Arbeiterinnen	+ 2,6	+ 3,1	+ 2,4	+ 2,2	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0
Angestellte	+ 2,6	+ 3,1	+ 2,3	+ 2,1	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,5
Bedienstete													
Öffentlicher Dienst	+ 2,4	+ 2,9	+ 2,4	+ 2,4	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Die Werte für das Jahr 2018 beruhen auf dem Tariflohnindex 2006, alle übrigen Werte auf dem Tariflohnindex 2016. • Rückfragen: doris.steininger@wifo.ac.at, anna.brunner@wifo.ac.at

Übersicht 26: Effektivverdienste

	2018	2019	2020	2020	2021				2021				
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Gesamtwirtschaft¹⁾													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto	+ 5,0	+ 4,4	- 0,4	+ 0,4	+ 0,7	- 0,7	+ 10,5						
Lohn- und Gehaltssumme, netto	+ 4,5	+ 4,5	+ 0,4										
Pro-Kopf-Einkommen der unselbständig Beschäftigten													
Brutto	+ 2,7	+ 2,9	+ 2,0	+ 2,4	+ 2,9	+ 1,7	+ 4,9						
Netto	+ 2,2	+ 3,0	+ 2,8										
Netto, real ²⁾	+ 0,2	+ 1,4	+ 1,3										
Herstellung von Waren³⁾													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto ⁴⁾	+ 6,3	+ 4,1	- 1,0	- 2,7	+ 0,5	- 0,5	+ 6,2	- 0,9	+ 1,3	+ 7,6	+ 6,4	+ 5,2	+ 4,6
Pro-Kopf-Einkommen der unselbständig Beschäftigten ⁴⁾	+ 2,7	+ 2,5	+ 0,1	- 1,2	+ 2,2	+ 0,9	+ 5,7	+ 0,7	+ 2,0	+ 7,2	+ 5,8	+ 4,6	+ 4,2
Stundenverdienste der Beschäftigten pro Kopf ⁴⁾	+ 2,9	+ 2,9	+ 1,2	+ 0,1	+ 2,5	+ 1,7	+ 3,1	+ 1,8	- 1,1	+ 5,2	+ 2,4	+ 2,2	+ 4,7
Bauwesen³⁾													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto ⁴⁾	+ 7,3	+ 8,4	+ 4,0	+ 4,4	+ 5,4	+ 5,1	+ 12,4	+ 3,0	+ 12,5	+ 18,7	+ 12,5	+ 8,4	+ 4,6
Pro-Kopf-Einkommen der unselbständig Beschäftigten ⁴⁾	+ 2,6	+ 3,2	+ 2,3	+ 1,9	+ 3,2	- 0,4	+ 5,8	+ 0,6	- 0,3	+ 9,3	+ 6,0	+ 3,8	+ 1,5
Stundenverdienste der Beschäftigten pro Kopf ⁴⁾	+ 2,4	+ 3,4	+ 3,1	+ 2,0	+ 3,5	- 0,5	+ 2,2	+ 1,3	- 4,3	+ 3,2	+ 2,6	+ 2,4	+ 3,2

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Laut ESVG 2010. – ²⁾ Referenzjahr 2015. – ³⁾ Konjunkturerhebung (Primärerhebung). – ⁴⁾ Einschließlich Sonderzahlungen. • Rückfragen: doris.steininger@wifo.ac.at, anna.brunner@wifo.ac.at

- 1/2021** Österreichs Wirtschaftspolitik in COVID-19-Zeiten und danach. Eine Einschätzung zur Jahreswende 2020/21 • Kompensation hoher Wertschöpfungseinbußen. Prognose für 2020 bis 2022 • 2020 Einbruch der Investitionen der Sachgütererzeugung – 2021 leichte Erholung erwartet. Ergebnisse des WIFO-Investitionstests vom Herbst 2020 • Bundeshaushalt und Staatsschuld in der COVID-19-Krise. Bundesvoranschlag 2021 und Mittelfristiger Finanzrahmen 2021 bis 2024 • Der Beitrag der Konjunkturbelebung zur Transformation. Einordnung von Maßnahmen der Bundesländer
- 2/2021** Wirtschaftsentwicklung weiterhin träge • Zweite COVID-19-Welle bestimmt Konjunkturbeurteilung der Unternehmen. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner 2021 • COVID-19-Krise führt zu tiefer Rezession im europäischen Bauwesen. Euroconstruct-Prognose bis 2023 • COVID-19-Krise dämpft die Innovationstätigkeit österreichischer Unternehmen. Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom Dezember 2020 • Ökonomische Wirkung von Interventionen der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds in Österreich seit 1995 • Indikatoren zum österreichischen Energiesystem
- 3/2021** Wirtschaftsaktivität in Österreich bleibt stark beeinträchtigt • Europäische Wirtschaftspolitik in der COVID-19-Krise. Zwischen Rettungspaketen und Maßnahmen zur Konjunkturbelebung • Selbständig Erwerbstätige in Österreich. Struktur, Einkommen und Betroffenheit von der COVID-19-Krise • Importwettbewerb mit China. Auswirkungen auf das Wachstum der Unternehmensproduktivität in der EU • Die Breitbandförderung des Bundes 2015/2018. Ergebnisse der zweiten Zwischenevaluierung des Programmes Breitband Austria 2020
- 4/2021** Editorial • Verzögerte Erholung bei erneutem Lockdown. Prognose für 2021 und 2022 • Update der mittelfristigen Prognose der österreichischen Wirtschaft 2021 bis 2025 • Stärkster BIP-Einbruch seit 1945. Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2020 • Geldpolitik und Kreditwesen in der COVID-19-Krise • Der europäische COVID-19-Aufbauplan
- 5/2021** Konjunkturaussichten verbessern sich • Konjunktüreinschätzungen verbessern sich, Lieferengpässe hemmen die Produktion. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom April 2021 • Der österreichische Arbeitsmarkt im Zeichen der COVID-19-Pandemie • COVID-19-Krise – Aufholprozess nach tiefem Einbruch im Frühjahr 2020. Entwicklung von Warenproduktion, Außenhandel und Investitionen im Jahr 2020
- 6/2021** Zügige Konjunkturerholung zeichnet sich ab • Regionale Konjunkturentwicklung im Zeichen der COVID 19-Krise. Die Wirtschaft in den Bundesländern 2020 • Digitalisierung in Österreich: Fortschritt, digitale Skills und Infrastrukturausstattung in Zeiten von COVID-19 • Unternehmerische Unsicherheit und wirtschaftspolitische Risikofaktoren in der COVID-19-Krise. Ergebnisse des Updates der WIFO-Industriebefragung vom Sommer 2020
- 7/2021** Kräftiger Konjunkturaufschwung in Österreich. Prognose für 2021 und 2022 • Deutliche Erholung der Investitionen der Sachgütererzeugung von der COVID-19-Krise. Ergebnisse des WIFO-Investitionstests vom Frühjahr 2021 • Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft 2021. Sonderthema: Umwelt- und Klimamaßnahmen im österreichischen Aufbau- und Resilienzplan • BERIO – Ein kleinräumiges Input-Output- und Emissionsmodell der österreichischen Wirtschaft
- 8/2021** Aufschwung der heimischen Wirtschaft hält an, Dynamik erreicht jedoch bald Plafond • Mittel-, Ost- und Südosteuropa auf dem Weg der Erholung von der COVID-19-Krise • Konjunktüreinschätzungen verbessern sich weiter, Lieferengpässe und Arbeitskräftemangel hemmen die Produktion. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Juli 2021 • COVID-19-Krise ließ Cash-Flow-Marge in der heimischen Sachgütererzeugung 2020 erneut sinken
- 9/2021** Kräftiger Aufschwung verschärft Preisdruck und Lieferprobleme • Privatversicherungswirtschaft bewies in der COVID-19-Krise Leistungsfähigkeit • Die österreichische Land- und Forstwirtschaft im Kontext der Bioökonomie • Fit for 55? Das neue Klima- und Energiepaket der EU
- 10/2021** Vierte COVID-19-Welle bremst kräftigen Aufschwung. Prognose für 2021 • Starker privater Konsum treibt das Wirtschaftswachstum. Mittelfristige Prognose 2022 bis 2026 unter Berücksichtigung der Steuerreform 2022/2024 • 2020 Verschlechterung der Lohnstückkostenposition, Daten jedoch durch COVID-19-Maßnahmen verzerrt • Wissensproduktion und Wissensverwertung in Österreich im internationalen Vergleich

Präsident

Dr. Harald Mahrer, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich

Vizepräsidentin

Renate Anderl, Präsidentin der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien und der Bundesarbeitskammer

Vorstand

Dr. Hannes Androsch

Kommerzialrat Peter Hanke, Amtsführender Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke

Univ.-Prof. Dr. Robert Holzmann, Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank

Wolfgang Katzian, Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

Georg Knill, Präsident der Vereinigung der Österreichischen Industrie

Abg.z.NR Karlheinz Kopf, Generalsekretär der Wirtschaftskammer Österreich

Kuratorium

Andreas Brandstetter, Renate Brauner, Andrea Faast, Johannes Fankhauser, Günther Goach, Markus Gratzer, Marcus Grausam, Erwin Hameseder, Peter Haubner, Gerhard K. Humpeler, Johann Kalliauer, Christoph Klein, Robert Leitner, Ferdinand Lembacher, Johannes Mayer, Johanna Mikl-Leitner, Helmut Naumann, Christoph Neumayer, Peter J. Oswald, Josef Plank, Günther Platter, Walter Rothensteiner, Walter Ruck, Ingrid Sauer, Heinrich Schaller, Hermann Schultes, Rainer Seele, Michael Strugl, Andreas Treichl, Franz Vranitzky, Christoph Walsler, Thomas Weninger, Josef Wöhrer, Norbert Zimmermann

Direktorium

Direktor: Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD

Stellvertretende Direktorin und Direktoren:

Priv.-Doz. MMag. Dr. Ulrike Famira-Mühlberger, PhD, Mag. Dr. Jürgen Janger, MSc, Mag. Alexander Loidl

Ökonominnen und Ökonomen

Johannes Amann, Stefan Angel, Julia Bachtrögler-Unger, Susanne Bärenthaler-Sieber, Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl, Benjamin Bittschi, Julia Bock-Schappelwein, Michael Böheim, Elisabeth Christen, Stefan Ederer, Rainer Eppel, Ulrike Famira-Mühlberger, Gerald Feichtinger, Marian Fink, Matthias Firgo, Klaus S. Friesenbichler, Oliver Fritz, Christian Glocker, Werner Hölzl, Thomas Horvath, Peter Huber, Alexander Hudetz, Ulrike Huemer, Jürgen Janger, Serguei Kaniovski, Claudia Kettner-Marx, Daniela Kletzan-Slamanig, Michael Klien, Angela Köppl, Agnes Kügler, Simon Loretz, Hedwig Lutz, Helmut Mahringer, Peter Mayerhofer, Christine Mayrhuber, Bettina Meinhart, Birgit Meyer, Ina Meyer, Klaus Nowotny, Harald Oberhofer, Atanas Pekanov, Michael Peneder, Michael Pfaffermayr, Philipp Piribauer, Hans Pitlik, Andreas Reinstaller, Silvia Rocha-Akis, Marcus Scheiblecker, Stefan Schiman, Lukas Schmoigl, Margit Schratzenstaller-Altzinger, Franz Sinabell, Mark Sommer, Martin Spielauer, Gerhard Streicher, Thomas Url, Yvonne Wolfmayr, Christine Zulehner

Konsulentinnen und Konsulenten

Harald Badinger, René Böheim, Jesús Crespo Cuaresma, Peter Egger, Stefan Schleicher, Philipp Schmidt-Dengler, Andrea Weber, Hannes Winner

Vizepräsidentin

Univ.-Prof. DD. Ingrid Kubin, Vorständin des Instituts für Außenwirtschaft und Entwicklung der Wirtschaftsuniversität Wien

Mag.^a Maria Kubitschek, Stellvertretende Direktorin und Bereichsleiterin Wirtschaft der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Josef Moosbrugger, Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich

Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny, Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik

Mag. Harald Waiglein, Sektionschef im Bundesministerium für Finanzen

Mag. Markus Wallner, Landeshauptmann von Vorarlberg

WIFO-Partner und Goldene Förderer

A1 Telekom Austria AG, AIC Androsch International Management Consulting GmbH, Berndorf AG, Energie-Control Austria, Julius Blum GmbH, Österreichische Hoteliervereinigung, Raiffeisen-Holding NÖ-Wien reg.Gen.mBH, Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG, Raiffeisen Bank International AG, UNIQA Insurance Group AG, Verbund AG

WIFO Associates

Jarko Fidmuc, Georg Fischer, Markus Leibrecht, Peter Mooslechner, Ewald Nowotny, Karl Pichelmann, Gertrude Tumpel-Gugerell

Wissenschaftliche Assistentinnen und Assistenten

Anna Albert, Elisabeth Arnold, Anna Brunner, Astrid Czaloun, Sabine Ehn-Fragner, Martina Einsiedl, Nathalie Fischer, Stefan Fuchs, Fabian Gabelberger, Ursula Glauning, Andrea Grabmayer, Kathrin Hofmann, Christine Kaufmann, Katharina Köberl-Schmid, Irene Langer, Christoph Lorenz, Susanne Markytan, Maria Riegler, Nicole Schmidt-Padickakudy, Cornelia Schobert, Birgit Schuster, Tim Slickers, Martha Steiner, Doris Steininger, Anna Strauss-Kollin, Andrea Sutrich, Dietmar Weinberger, Michael Weingärtler, Stefan Weingärtner, Eva Wretschitsch

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Dienstleistungsbereich

Birgit Agnezy, Bettina Bambas, Georg Böhs, Alexandros Charos, Tamara Fellingner, Michaela Gaber, Lucia Glinsner, Claudia Hirschall, Gabriela Hötzer, Markus Kiesenhofer, Annemarie Klozar, Gwendolyn Kremser, Thomas Leber, Florian Mayr, Anja Mertinkat, Elisabeth Neppl-Oswald, Birgit Nowotny, Robert Nowotny, Lorenz Pahr, Peter Reschenhofer, Gabriele Schiessel, Gabriele Schober, Kristin Smeral, Eva Sokoll, Klara Stan, Karin Syböck, Agnes Tischler-Lechthaler, Fabian Unterlass, Tatjana Weber, Michaela Zinner-Doblhofer

Emeriti Consultants

Karl Aiginger, Kurt Bayer, Fritz Breuss, Alois Guger, Heinz Handler, Gunther Tichy, Ewald Walterskirchen

